



**Jusos
Saar**
LANDESVERBAND

Beschlussbuch

*Außerordentliche
Landeskonferenz
der Jusos Saar*

6. September

2015



*St. Wendel
Alsfassen*

P B	<p>Arbeitsprogramm der Jusos Saar</p> <p>P1: Systemfragen stellen <i>Landesvorstand</i></p>	
	<p>Bildung/ Schule/ Aus-und Weiterbildung</p> <p>B1: Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen! <i>Saarlouis</i></p> <p>B2: Personalvertretung auch für studentische Hilfskräfte <i>HSG</i></p> <p>B3: Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende <i>Merzig-Wadern</i></p> <p>B4: Echte Religionsfreiheit für Schüler_Innen <i>Merzig-Wadern</i></p> <p>B5: Stärkung der Auszubildenden <i>Saarbrücken-Stadt</i></p> <p>B6: Verbesserung von Schulausstattungen <i>Merzig Wadern</i></p>	

A

Arbeit und Soziales

**A1: Missbrauch von befristeten
Arbeitsverträgen stoppen!**

Saarlouis

**A2: Ausbeutung in den Pflegeberufen
stoppen**

80

St. Wendel

A3: Für ein soziales Europa

Saarlouis

**A4:
Gedenkkultur stärken – Frieden
sichern!**

Saarbrücken- Stadt

**A5:
Freiheit stärken, §166 StGB streichen**

Merzig- Wadern

**A6: Gleiche Pflichten, Gleiche
Rechte! – Für ein uneingeschränktes
Wahlrecht für alle Einwohner und
Einwohnerinnen!**

Saarlouis

**A7: Bundesweit angemessene
Aufwandsentschädigung im
Praktischen Jahr für
Medizinstudenten**

Landesvorstand

**A8: Die Architektur
jungsozialistischer Asylpolitik**

Landesvorstand

D	<p>A9: Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarpfalz</i></p>	
	<p>Digitales Leben und Medien</p> <p>D1: IPV6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarlouis</i></p> <p>D2: Ausbau von freiem und kostenlosen WLAN im öffentlichen Raum</p> <p style="text-align: right;"><i>Merzig –Wadern</i></p> <p>D3: Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarlouis</i></p> <p>D4: Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarpfalz</i></p>	
K	<p>Kommunales</p> <p>K1: Taktwechsel im ÖPNV</p> <p style="text-align: right;"><i>SB-Stadt und Land</i></p> <p>K2: Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!</p> <p style="text-align: right;"><i>St.Wendel</i></p> <p>K3: Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland</p> <p style="text-align: right;"><i>Landesvorstand</i></p>	

<h1 style="font-size: 4em; margin: 0;">I</h1> <h1 style="font-size: 4em; margin: 0;">G</h1>	<p>K4: Schwimmunterricht im Saarland ausbauen</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarpfalz</i></p>	
	<p>Internationales</p> <p>I1: Für ein neues Internationales Klimaabkommen</p> <p style="text-align: right;"><i>Merzig-Wadern</i></p>	
	<p>Gesundheit</p> <p>G1: Medizinische Versorgung für Flüchtlinge im Saarland verbessern!</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarlouis</i></p> <p>G2: Verköstigung</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarbrücken-Land</i></p> <p>G3: Therapiekostenübernahme bei Lipödemen</p> <p style="text-align: right;"><i>Merzig Wadern</i></p> <p>G4: Drogenprävention durch Aufklärung</p> <p style="text-align: right;"><i>Merzig-Wadern</i></p> <p>G5: Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit</p> <p style="text-align: right;"><i>Merzig- Wadern</i></p> <p>G6: Bessere Kennzeichnung von Lebensmittelinhaltsstoffen für Allergiker</p> <p style="text-align: right;"><i>Merzig-Wadern</i></p>	

<p style="font-size: 48px; margin: 0;">@</p> <p style="font-size: 48px; margin: 20px 0 0 0;">#</p>	<p>Organisatorisches</p> <p>01: Aufgaben der Antragskommission klar definieren!</p> <p style="text-align: right;"><i>Saarlouis</i></p>	
	<p>#Systemfragen stellen</p> <p>#1: Kapitalismuskritik</p> <p style="text-align: right;"><i>Landesvorstand</i></p> <p>#2: Internationales</p> <p style="text-align: right;"><i>Landesvorstand</i></p> <p>#3: Gemeinde als Keimzelle der Demokratie</p> <p style="text-align: right;"><i>Landesvorstand</i></p> <p>#4: Bildung</p> <p style="text-align: right;"><i>Landesvorstand</i></p> <p>#5 Grundsatzprogramm</p> <p style="text-align: right;"><i>Landesvorstand</i></p>	

P1

Antragsteller:

Landesvorstand

1 **Arbeitsprogramm der Jusos Saar**

2

3 Die Jusos Saar haben sich im vergangenen Jahr auf den Weg gemacht, ein neues
4 Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Ziel war es, sowohl die inhaltliche Arbeit zu
5 stärken, als auch Menschen zu erreichen, die sich mit einem bestimmten Thema
6 befassen wollen, ohne direkt bei den Jusos oder der SPD-Mitglied werden zu wollen,
7 und an unserer politischen Arbeit zu beteiligen.

8 Unter dem Motto *#Systemfragen stellen* markiert unsere Landeskonferenz eine
9 bedeutsame Wegmarke hin zu einem inhaltlichen Neu- und breiteren Aufstellung
10 unseres Verbandes.

11 Nachdem die Themensammlung und -clustering abgeschlossen wurde, haben wir
12 zentrale Themenschwerpunkte herausgearbeitet, um sie auf Veranstaltungen zu
13 diskutieren und weitere Impulse für unsere inhaltliche Weiterentwicklung zu setzen.

14

15 Eine vitale inhaltliche Arbeit ist ohne starke Arbeitskreise undenkbar. In jüngerer
16 Vergangenheit spiel(t)en die Arbeitskreise Asyl und Drogenpolitik bei unserer
17 inhaltlichen Profilschärfung eine zentrale Rolle. Gemeinsam mit den in den
18 Grundsatzdebatte eingebundenen beschlussfassenden und ausführenden Gremien
19 (Landesausschuss und Landesvorstand) diskutier(t)en ExpertInnen über die jeweiligen
20 Fachthemen. Der Arbeitskreis Asyl, der sich in gemeinsamen Sitzungen und
21 Themenforen, ebenso wie in Podiumsdiskussionen und Expertenrunden,
22 grundlegend und tiefergehend mit der Lage von Asylsuchenden, dem Asylsystem

1 insgesamt sowie den Notlagen von Flüchtlingen im Saarland, Deutschland und
2 Europa auseinandersetzt, ist in diesem Arbeitsgebiet der Jusos Saar eine wichtige
3 Stütze für die inhaltliche Profilierung unseres Verbandes. Der Arbeitskreis
4 Drogenpolitik konnte mit Rahmen der Kampagne „Legalize it“ einen wichtigen Beitrag
5 zum Agenda-Setting unseres Verbandes leisten: Mit der Forderung, Cannabis im
6 Saarland zu legalisieren, konnten wir in einem breiten Bündnis mit anderen
7 Jugendorganisationen und den Parteilugenden linksjugend[‘solid] und Julis Inhalte in
8 die politische Arena tragen und ein Zeichen für Entkriminalisierung setzen. Diese
9 Bündnisarbeit, die für uns Jusos so wichtig ist und worauf wir weiter aufbauen
10 können, soll auch in der kommenden Zeit themenbezogen fortentwickelt werden.
11 „Als Grenzregion wird unser Leben tiefgreifend durch die Entwicklungen in Europa
12 geprägt. Wir wollen uns daher in Zukunft noch stärker inhaltlich mit Europa
13 auseinandersetzen und in Richtung eines freien, sozialen, demokratischen und
14 geeinten Europa wirken. Der Landesvorstand lädt bis Ende diesen Jahres zu einem
15 Gründungstreffen eines AK Europa ein. Dieser soll allen interessierten Genossinnen
16 und Genossen des Landesverbandes offen stehen und von einer quotierten
17 Doppelspitze geleitet werden. Sein erstes Thema wird die Erarbeitung eines
18 Grundlagenantrags für die LaKo 2016 zum Thema soziales Europa sein.

19 Auf dieser Landeskonferenz werden die Grundsatzanträge behandelt und als
20 Grundsatzprogramm der Jusos Saar verabschiedet.

21 Um unsere Herzensanliegen in den politischen Diskurs zu tragen, wollen wir in
22 folgenden Bereichen weiter aktiv sein:

23

24 **Verbandskommunikation und -vernetzung**

25 Wir wollen als moderner Landesverband nicht nur einen ansprechenden Social-
26 Media-Auftritt auf unterschiedlichen Kanälen (wie bspw. Facebook, Twitter,
27 Homepage etc.) bieten, sondern durch eine Verknüpfung von Social Web und „real
28 life“ als Jugendverband unseren Beitrag dazu leisten, dass wir beide Lebensbereiche
29 „auf dem Schirm haben“ und sie noch stärker als bislang miteinander verknüpfen
30 wollen – nicht nur, um politische Stimmungen aufzufangen, sondern die politische

1 Willensbildung unseres Verbandes noch umfassender ablaufen zu lassen und daraus
2 Schlussfolgerungen für unsere politische Arbeit zu ziehen.

3 Darüber hinaus wollen wir mit einem Social Media – Wettbewerb unsere Mitglieder
4 dazu aufrufen, ihre politische Arbeit noch stärker in den öffentlichen Raum, wozu das
5 Social Web gehört, zu tragen. Auf der kommenden Landeskonferenz soll das
6 eindrucksvollste Bild und Video prämiert werden.

7

8 Genauer zum Procedere findet ihr schon bald in den neuen Roten Zeilen. Diese
9 sind neu aufgelegt worden, um mit dem Relaunch unseren Mitgliedern in einem
10 neuen, ansprechenden Design in Printform mind. viermal im Jahr eine informative
11 Lektüre und damit ein weiteres Kommunikationsmedium unseres Verbandes zu
12 bieten. Mit einem Überblick über Aktionen können sich AGen vor Ort Inspiration
13 holen und sich über Aktivitäten von Jusos im ganzen Land informieren. Des Weiteren
14 sollen die Roten Zeilen verstärkt zur Mobilisierung eingesetzt werden und die
15 Termine des Landesverbandes in komprimierter Form zusammenfassen.
16 Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, dass unsere Mitglieder auch selbst
17 Beiträge für die Roten Zeilen verfassen können. Koordiniert werden die Roten Zeilen
18 durch einen Redaktionskreis.

19

20 **Seminare / Weiterbildung**

21 Die Jusos sind der feministische, sozialistische und internationalistische
22 Richtungsverband in der SPD. Um diesem Anspruch zu genügen, ist es notwendig,
23 Personal herauszubilden, das von diesen Grundsätzen überzeugt ist und
24 entsprechend handeln kann. Viele Mitglieder haben von dem gemeinsamen
25 Seminarprogramm der Jusos Saar und Rheinland-Pfalz profitiert. Andere haben als
26 politische Praktiker wertvolle Erfahrungen gesammelt, die sie den Jusos zur
27 Verfügung gestellt haben. Doch auch die überzeugtesten Jusos müssen den Verband
28 spätestens mit Vollendung des 35. Lebensjahres verlassen. Häufig verlässt ihr Wissen
29 und ihre Erfahrung den Verband mit ihnen. Den einen um den anderen
30 Generationenwechsel haben die Jusos so verschlafen.

1

2 Als Verband sind wir dann stark, wenn wir es schaffen, Wissen und Erfahrung
3 frühzeitig an jüngere Mitglieder weiter zu geben und Sie damit im Verband zu halten.
4 Weiter werden damit die Arbeitskreise und AGen gestärkt, indem sie in die Lage
5 versetzt werden, ihre Arbeit zu optimieren.

6

7 Wir werden – um die im vergangenen Arbeitsprogramm bereits angesprochene
8 Thematik fortzuschreiben – junge GenossInnen im Rahmen eines Mentorings dazu in
9 die Lage versetzen, politische Aufgaben zu bewältigen – dafür werden wir in einem
10 offenen und für die BewerberInnen transparenten Verfahren fünfzehn
11 JungsozialistInnen auf eine „Winterschule“ einladen. Die TeilnehmerInnen sollen dort
12 das Rüstzeug erlangen, um häufig anfallende Aufgaben zu bewältigen. Zu nennen
13 sind hier Pressearbeit, Finanzierung, Veranstaltungsorganisation und Aktionsformen,
14 Social Media etc. Ihnen sollen aber auch die grundsätzlichen Inhalte der Jusos
15 vermittelt werden. Dies umfasst die Themengebiete Gleichstellung, Internationale
16 Zusammenarbeit, Politische Ökonomie und Antifaschismus. In den Workshops
17 verbinden wir theoretische Inhalte mit praxisnahen Übungen. Zusätzlich sind die
18 TeilnehmerInnen verpflichtet, an einem Wochenendseminar aus dem
19 Bildungsprogramm teilzunehmen.

20 Die AbsolventInnen erhalten ein Zertifikat, das dokumentiert, dass sie über
21 Basiswissen und -kompetenzen verfügen. Die Workshops können von den
22 Unterbezirken oder AGen auch separat angefordert werden und werden wohnortnah
23 durchgeführt. JungsozialistInnen, die außerhalb der Winterschule alle Seminare
24 besucht haben, erhalten das gleiche Zertifikat.

25

26 Innerparteiliche Vernetzung

27 Wir Jusos sind das Aktivzentrum unserer Partei. Doch gemeinsam ist man immer
28 stärker! Im Rahmen der Diskussion um die Öffnung der Ehe für Alle hat sich deutlich
29 gezeigt, wie unfassbar wichtig die Zusammenarbeit einerseits mit der Partei,
30 andererseits aber auch den Arbeitsgemeinschaften untereinander ist. Die

1 Zusammenarbeit der Jusos mit den Schwusos ist in diesem Kontext modellhaft und
2 beispielgebend für die Zusammenarbeit von Arbeitsgemeinschaften in der SPD Saar.
3 Deshalb wollen wir die innerparteiliche Vernetzung zwischen den Jusos und allen
4 weiteren SPD-Arbeitsgemeinschaften forcieren. Der Juso-Landesverband ist offen für
5 weitere Formen der Kooperation, es gilt das „Prinzip der Offenen Tür“, um themen-
6 oder aktionsgebunden Politik für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu machen.

7

8 **Internationale Vernetzung**

9 Die Jusos sind der feministische, sozialistische und internationalistische
10 Richtungsverband in der SPD. Als Jusos Saar muss es unser Anspruch sein, uns mit
11 anderen sozialistischen Jugendverbänden noch intensiver als bisher austauschen. Wir
12 haben durch unsere geographische Lage einen Vorteil gegenüber anderen
13 Verbänden, den wir unbedingt ausnutzen sollten.

14

15 Im diesem und im nächsten Jahr werden wir versuchen, den wieder aufgenommenen
16 Kontakt mit den GenossInnen aus Luxemburg und Frankreich wieder aufleben zu
17 lassen, zu versuchen, noch intensivere Kontakte zu knüpfen und uns mit ihnen
18 auszutauschen, um die europäische Idee zu leben.

19

20 Internationale Delegationsreisen stellen einen wesentlichen Bestandteil unserer
21 politischen Bildungsarbeit dar. Die vergangenen Delegationsreisen, bspw. nach Israel
22 oder Irland, haben gezeigt, dass das Interesse unserer Mitglieder an internationalem
23 Austausch auch über die Großregion hinaus groß ist. Gemeinsam mit den
24 Genossinnen und Genossen aus Rheinland-Pfalz und in Abstimmung mit den
25 Gewerkschaftsjugenden werden wir Planungen mit Blick auf eine internationale
26 Delegationsreise initiieren und konkretisieren.

27

28 **Jugendverbands-Vernetzung: Für unsere politischen Ziele Mehrheiten organisieren**

1 Mehr denn je braucht das Saarland eine progressive und zukunftsgerichtete Politik,
2 die sich an der Lebensrealität unserer Mitmenschen orientiert. Dies ist nur in
3 Koalitionen außerhalb einer großen Koalition möglich

4

5 Bei Themen, die uns am Herzen liegen, gibt es viele inhaltliche Überschneidungen mit
6 anderen saarländischen politischen Jugendorganisationen, die wir – wie
7 beispielsweise beim Thema Öffnung der Ehe für Alle oder im Rahmen der Kampagne
8 zur Cannabis-Legalisierung im Saarland – herzlich dazu einladen, gemeinsam mit uns
9 für unsere politischen Ziele zu kämpfen.

10

11 Um dies zu erreichen, bedarf es eines offenen Dialogs, Umgangs und Austauschs, den
12 wir als Jusos Saar offensiv suchen und gestalten wollen.

13

B1

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 **Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!**

2 Am 25. Juni 2014 hat der Landtag des Saarlandes das Gesetz zur Umsetzung der UN-
3 Behindertenrechtskonvention im Bereich der Bildung beschlossen. Dieses Gesetz
4 besagt, dass alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, mit oder ohne
5 Beeinträchtigung, das Recht haben, eine allgemeinbildende Regelschule zu besuchen.
6 Seit Beginn des Schuljahres 2014/2015 findet dieses Gesetz erstmals beim Besuch der
7 Grundschule Anwendung; Kinder mit oder ohne Beeinträchtigung können seitdem
8 gemeinsam die allgemeinbildende Grundschule besuchen. Mit dem Schuljahr
9 2016/2017 werden die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in die
10 Umstrukturierung mit einbezogen. Zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 sollen dann
11 nach dem Vorhaben des Bildungsministeriums des Saarlandes auch die beruflichen
12 Schulen folgen.

13 Laut den aktuellsten Zahlen (2014) einer bildungsstatistischen Analyse der
14 Bertelsmannstiftung zum Fortschritt in der Umsetzung der Inklusion in
15 allgemeinbildenden Regelschulen, besuchten im Saarland 6.504 Schülerinnen und
16 Schüler mit Förderbedarf eine allgemeinbildende Schule im Schuljahr 2012/2013.
17 Diese Zahl wird aufgrund der Umsetzung der Inklusion in den weiterführenden
18 allgemeinbildenden Schulen sowie in den beruflichen Schulen in den nächsten Jahren
19 weiter ansteigen.

20 Bezüglich der Lehrerbildung im Saarland bietet die erste Phase der Ausbildung,
21 das Studium, so gut wie keine Möglichkeit, zukünftige Lehrerinnen und Lehrer im
22 Umgang mit Inklusion entsprechend auszubilden. Es fehlt an entsprechenden
23 Modulen, die sich während der universitären Ausbildung ganz konkret mit Inklusion
24 in allgemeinbildenden Regelschulen befassen. Frühestens während der Ausbildung

1 am Studienseminar kommen angehende Lehrerinnen und Lehrer erstmals mit
2 Inklusion in Berührung.

3 Für eine Umsetzung der Inklusion, die den förderbedürftigen Kindern und
4 Jugendlichen gerecht werden, benötigt es aber entsprechend ausgebildetes Personal
5 sowie Schulgebäude, die den Bedürfnissen von Kindern mit Beeinträchtigungen
6 gerecht wird (z.B. Fahrstühle, größere Klassenräume etc.). Wir fordern daher bei der
7 weiteren Umsetzung der Inklusion an allgemeinbildenden Regelschulen:

- 8 • die qualifizierte (und evtl. verpflichtende) Fortbildung von Lehrkräften bezüglich
9 des Umgang mit Inklusion bzw. des Umgang mit förderbedürftigen Kindern und
10 Jugendlichen,
- 11 • die ausreichende Unterstützung der Lehrkräfte durch Förderschullehrkräfte und
12 Schulpsychologen sowie Schoolworkern,
- 13 • eine qualifizierte Betreuung beeinträchtigter Kinder und Jugendlicher durch
14 Assistenzkräfte, die sich je nach Art der Beeinträchtigung nur um dieses Kind oder
15 diesen Jugendlichen während des Unterrichts kümmern und sie oder ihn in der
16 Bewältigung der gestellten Aufgaben unterstützen,
- 17 • die Einbindung des Themas Inklusion bzw. Behinderung/Beeinträchtigung in den
18 Unterricht, damit auch die Mitschüler förderbedürftiger Kinder und Jugendlicher
19 die eventuell mit der Beeinträchtigung verbundenen Probleme verstehen und
20 wissen wie sie damit umgehen können,
- 21 • in der Schülerzahl reduzierte Klassen, damit die Lehrkräfte auf Kinder und
22 Jugendliche mit Beeinträchtigung während des Unterrichts eingehen können und
23 nicht überfordert werden
- 24 • oder - wenn der vorangegangene Punkt nicht durchführbar ist- eine verstärkte
25 Umsetzung des sogenannten „Teamteachings“ (zwei Lehrkräfte unterrichten eine
26 Klasse gemeinsam),
- 27 • gleichzeitig den Erhalt der Lehr- und Lernqualität an den Schulen für die nicht-
28 förderbedürftigen Kinder und Jugendlichen
- 29 • die sachgerechte Umgestaltung des Schulgebäudes sowie der Klassenräume, die
30 den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigung gerecht wird
31 (z.B. Fahrstühle im Treppenhaus für Kinder und Jugendliche, die im Rollstuhl sitzen

1 oder gehbehindert sind oder Tische, die man an die entsprechende Sitzhöhe des
2 jeweiligen Schülers anpassen kann),

- 3 • die Integration von Inklusion in beide Phasen der Lehrerbildung anhand von
4 Modulen, die an der Universität verpflichtend belegt werden müssen.

5

6 Unserer Ansicht nach kann die Inklusion von beeinträchtigten Schülerinnen und
7 Schülern in Regelklassen und in Regelschulen nur dann erfolgreich und zielgerecht
8 umgesetzt werden, wenn diese Forderungen erfüllt werden. Ansonsten besteht die
9 Gefahr, dass nicht nur Lehrkräfte sondern auch Mitschüler mit der neuen
10 Entwicklung in den Regelschulen überfordert sind. Darüber hinaus muss den
11 Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit gegeben sein, mit
12 allen, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln am Unterrichtsgeschehen
13 teilnehmen zu können. Dies kann nur durch eine angepasste Gestaltung ihrer
14 schulischen Umwelt gewährleistet werden.

15

16

B2

Antragsteller:

**Juso Hochschulgruppe und
Unabhängige Saar**

1 **Personalvertretung auch für studentische Hilfskräfte**

2

3 Momentan sind hunderte studentische Hilfskräfte an der Saar-Uni angestellt. Deren
4 Arbeitnehmerrechte sind häufig unklar geregelt. Zudem existiert keine
5 Arbeitnehmervertretung für diese Gruppe. Oftmals stehen diese in
6 Arbeitsverhältnissen zu Lehrstühlen, welche auch für das Studium und die Benotung
7 ihrer studentischen Hilfskräfte verantwortlich sind. Dies führt zu instabilen und
8 zeitlich stark befristeten Arbeitsverhältnissen. Studierende, die auf ihre
9 Arbeitnehmerrechte bestehen, laufen schnell Gefahr ihren Job zu verlieren oder mit
10 negativen Konsequenzen für ihr Studium rechnen zu müssen.

11 Hierbei kann eine Arbeitnehmervertretung helfen, unfairen
12 Beschäftigungsverhältnissen entgegen zu treten und sie zu bekämpfen.

13 Forderung:

14 Die Jusos Saar fordern daher die Anpassung des saarländischen
15 Personalvertretungsgesetzes, sodass auch studentische Beschäftigte der
16 saarländischen Hochschulen die Möglichkeit haben an Personalratswahlen
17 teilzunehmen.

18 Dabei muss es je Personalrat zwei studentische Grundmandate geben, um eine
19 entsprechende Vertretung studentischer Interessen zu gewährleisten.

20

21 Begründung: Erfolgt mündlich

B3

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 **Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende**

2 Auszubildende verdienen je nach Branche und Region sehr unterschiedlich. So haben
3 nach einer Vergütungstabelle der Hans-Böckler-Stiftung Auszubildende im
4 Bauhauptgewerbe mehr als 1400 Euro Brutto Monatslohn, wohingegen
5 Auszubildende im Transport- und Verkehrsgewerbe nur ein wenig mehr als 300 Euro
6 monatlich als Vergütung erhalten. Auszubildende in den neuen Bundesländern
7 verdienen durchschnittlich 60 Euro weniger pro Monat als Auszubildende in den
8 alten Bundesländern.

9

10 **Um Ausbildungen attraktiver zu gestalten, fordern wir für alle Auszubildenden**
11 **einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn.**

12 Einige Auszubildende sind momentan auf BAFÖG-Mittel angewiesen. Es ist
13 unzumutbar, dass Auszubildende, welche Vollzeit arbeiten, teilweise schwerste
14 körperliche Arbeit leisten und sich daneben noch ihrer theoretischen Ausbildung
15 widmen müssen, mit der Ausbildungsvergütung nicht einmal ihre Ausbildungskosten
16 (Arbeitskleidung, Fahrtkosten, Fachbücher,...), geschweige denn ihren
17 Lebensunterhalt leisten können. Neben den Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung,
18 etc. benötigen Auszubildende, insbesondere in ländlichen Regionen mit leider immer
19 noch häufig schlechten Busverbindungen, oftmals ein Auto um zu ihrer
20 Ausbildungsstelle und zur Berufsschule gelangen zu können. Aber auch der
21 öffentliche Nahverkehr ist mit teils hohen Kosten verbunden. Dies muss von einer
22 Ausbildungsvergütung finanzierbar sein.

1 Sowohl Unternehmen als auch Auszubildende profitieren zwar beiderseits von der
2 Ausbildung, dennoch sollte die geleistete Arbeit zumindest angemessen vergütet
3 werden. Die Höhe des Mindestlohns für Auszubildende sollte dem Maximalbetrag
4 des BAföG entsprechen. Viele Ausbildungsstätten finden nicht genügend
5 Auszubildende, unter anderem auch, weil sich immer mehr junge Menschen nach
6 dem Schulabschluss für ein Studium entscheiden. Dies wirkt sich verstärkend auf den
7 derzeitigen Fachkräftemangel in Deutschland aus. Eine bessere
8 Ausbildungsvergütung würde dazu beitragen eine Ausbildung wieder attraktiver zu
9 machen.

B4

Antragsteller:

Merzig- Wadern

1 **Echte Religionsfreiheit für Schüler_Innen**

2 Solange es in noch schulischen Religionsunterricht gibt fordern wir:

3 Schüler_innen an saarländischen Schulen sollen bereits ab Vollendung des 14.
4 Lebensjahres das uneingeschränkte Recht haben, die Teilnahme am
5 Religionsunterricht abzulehnen.

6 Hierzu werden die Saar-SPD und die SPD-Fraktion im saarländischen Landtag
7 aufgefordert, sich für eine entsprechende Änderung des Artikels 29, Absatz 2 der
8 Verfassung des Saarlandes einzusetzen.

9

10 Begründung:

11 Die Regelung in der Verfassung des Saarlandes zum Religionsunterricht an
12 saarländischen Schulen machen es Schüler_innen unmöglich vor der Vollendung des
13 18. Lebensjahres gegen den Willen ihrer Eltern dem Religionsunterricht
14 fernzubleiben.

15 In fast allen deutschen Ländern können Jugendliche mit Erlangen der
16 Religionsmündigkeit (Vollendung des 14. Lebensjahres) frei darüber entscheiden ob
17 sie am Religionsunterricht teilnehmen oder ggf. einen Ersatzunterricht wie Ethik
18 besuchen. Lediglich in Bayern und hier im Saarland wird den Schüler_innen dieses
19 Recht nicht zugestanden: Nur mit Erlaubnis der Eltern oder durch einen
20 Kirchenaustritt können Jugendliche dem Religionsunterricht fernbleiben, sofern sie
21 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

22 Wer frei darüber entscheiden kann, ob er/sie einer Religion zugehören möchte oder
23 nicht, muss auch das Recht haben, sich gegen den Besuch des Religionsunterrichts
24 und z.B. für den Ethikunterricht zu entscheiden – unabhängig vom Willen der
25 Erziehungsberechtigten. Die unnötige Altersunterscheidung dieser beiden Rechte ist
26 nicht nachvollziehbar und sollte daher aus der Verfassung des Saarlandes gestrichen
27 werden.

28

B5

Antragsteller:

Unterbezirk Saarbrücken-Stadt

1 **Stärkung der Auszubildenden**

2

3 Die Jusos Saarbrücken Stadt fordern die SPD Bundestagsfraktion und die
4 Bundesregierung auf, sich für die Stärkung der Rechte der Auszubildenden
5 einzusetzen. Das Arbeitsjüngerschutzgesetz muss eingehalten werden, dies muss
6 kontrolliert werden.

7 Wir fordern die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, einen
8 Ansprechpartner/ eine Ansprechpartnerin im Arbeitsministerium für Beschwerden
9 über Ausbilder und Ausbilderinnen einzurichten, vermehrte Beschwerden müssen
10 zum Entzug der Ausbildungslizenz führen. Das wichtigste Ziel des Ausbilders muss es
11 sein, den Auszubildenden gut und richtig auszubilden, die Auszubildenden sind
12 vorerst angestellt um etwas zu lernen und nicht um „billige Arbeitskräfte“ zu sein.

13 Die Ausbildungsbetriebe müssen alle bei der Ausbildung anfallenden Kosten für
14 Seminare und Fortbildungen übernehmen.

15

16 **Begründung:**

17 Immer weniger Menschen beginnen eine Ausbildung. Ausbildungen sind für junge
18 Menschen uninteressant. Das liegt auch an den schlechten Arbeitsbedingungen der
19 Auszubildenden. Auszubildende sind oft der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt.
20 Hält sich dieser z.B. nicht an das Arbeitsjüngerschutzgesetz haben die Auszubildende
21 kaum Möglichkeiten sich dagegen zur Wehr zu setzen. Aus diesem Grund soll es
22 zukünftig ein Ansprechpartner/ eine Ansprechpartnerin im Arbeitsministerium auf
23 Landesebene geben, der/die diese Beschwerden entgegen nimmt und es auch zu

1 Konsequenzen führt. Viele AusbilderInnen wollen aus diesem Grund auch keine
2 jungen Auszubildenden mehr annehmen.

3 Ein Mensch beginnt eine Lehre, um dort wichtige Fertigkeiten für den Beruf zu
4 lernen. Leider ist es öfters so, dass Auszubildende als „billige Arbeitskräfte“ gelten
5 und sich viele Dinge selber beibringen müssen oder auf Seminare bzw. Fortbildungen
6 fahren müssen, die diese noch selbst bezahlen müssen. Ein/e AusbilderIn verpflichtet
7 sich mit dem Ausbildungsvertrag, dem Auszubildenden etwas beizubringen, dafür soll
8 auch notfalls rechtlich gesorgt werden. Die Seminare und Fortbildungen, die die
9 Auszubildenden während der Ausbildung absolvieren, gehören zur Ausbildung und
10 müssen somit vom Betrieb übernommen werden, solange der Betrieb die Teilnahme
11 verlangt.

12 Die Rechte der Auszubildenden müssen gestärkt werden!

13

B6

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 **Verbesserung von Schulausstattungen**

2

3 Die Funktionsräume von saarländischen Schulen, insbesondere Realschulen,
4 Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Förderschulen, sind im Vergleich zu
5 Gymnasien häufig weniger gut ausgestattet. Oftmals fehlt es in den
6 naturwissenschaftlichen Funktionsräumen der betroffenen Schulen an elementaren
7 Ausstattungselementen wie Versuchsaufbauten, Präparaten oder auch
8 Mediengeräten wie Beamern, Whiteboards oder PCs. Ein Blick in die Bildungspolitik
9 der vergangenen Jahre zeigt, dass Gymnasien höhere Summen zur Nutzung und zum
10 Ausbau von Funktionsräumen von öffentlichen Geldgebern erhalten haben.
11 Zusammen sind also Schulformen wie Realschulen, Gesamtschulen, Förderschulen,
12 Berufsschulen etc hinsichtlich ihrer gesamten Ausstattung tendenziell benachteiligt.

13

14 **Wir fordern:**

15 - Gerechte Aufteilung von Geldern bezüglich der Ausstattung von
16 Funktionsräumen.

17

18 - Keine Benachteiligung von erw. Realschulen, Gesamtschulen,
19 Gemeinschaftsschulen, Förderschule etc. bei der Zuteilung dieser Fördermittel

20

21 **Begründung:**

22 Funktionsräume (für Biologie, Chemie, Physik) spielen im Lernprozess von
23 Schüler_innen im Fachunterricht eine wichtige Rolle, da sie das Gelernte
24 veranschaulichen und dabei helfen Vorgänge nachzuvollziehen. Speziell in den
25 naturwissenschaftlichen Fächern lebt das Verständnis und Interesse der
26 Schüler_innen davon nicht nur die Theorie der Wissenschaft vermittelt zu

1 bekommen, sondern sie (im Idealfall selbst) mit Experimenten und praktischem
2 Unterricht zu erleben. Dies ist nur möglich, wenn beispielsweise die Physik- und
3 Chemieräumen mit funktionierenden Versuchsaufbauten, Arbeitsflächen,
4 Schutzkleidung etc ausgestattet sind, die Biologiesäle über anschauliche Präparate
5 verfügen und der Standard in Computerräumen nicht der aus dem letzten Jahrzehnt
6 ist. Es ist unabdingbar, dass alle Schulen gleichwertig aus der öffentlichen Hand
7 gefördert werden, ungeachtet dessen, ob es sich um Gymnasien,
8 Gemeinschaftsschulen oder Realschulen handelt.

9

A1

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 **Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!**

2 Ein großer Teil der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung im
3 Rahmen der Agenda 2010 waren vor allem ein Geschenk für die Arbeitgeber*innen.
4 Neben der Lockerung des Kündigungsschutzes und der Erhöhungen der
5 Sozialabgaben für Beschäftigte hat die Schröder'sche Politik außerdem eine
6 sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ermöglicht. Als eine Auswirkung
7 hat sich Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse in den letzten 20 Jahren fast
8 verdreifacht.

9 Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen sind nach dem bestehenden
10 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) möglich und eröffnen Arbeitgeber*innen
11 die Möglichkeit, flexible Arbeitsverträge ohne einen vorliegenden sachlichen Grund
12 abzuschließen. Die Befristung ohne sachlichen Grund kann dabei eine der folgenden
13 drei Arten sein:

- 14
- 15 • die kalendermäßige Befristung bis zu zwei Jahren (§14, Abs. 2)
 - 16 • die Befristung im Fall einer Unternehmensgründung (§14, Abs. 2a)
 - 17 • die Befristung bei älteren Arbeitnehmern (§14, Abs. 3).

18 Neben der sachgrundlosen Befristung regelt das TzBfG auch die Möglichkeit
19 befristete Arbeitsverhältnisse mit einem sachlichen Grund abzuschließen. Ein
20 sachlicher Grund für eine Befristung kann dabei beispielweise Urlaubs- oder
21 Krankheitsvertretung sein.

22 Wenn ein befristetes Arbeitsverhältnis abgelaufen ist, besteht für die/den
23 Arbeitgeber*in die Möglichkeit, dem/der Arbeitnehmer*in erneut einen befristeten

1 Arbeitsvertrag anzubieten. Diese erneute Befristung muss der/die Arbeitgeber*in je
2 nach Befristungsverhältnis (sachgrundlos, mit Sachgrund) Rechtfertigen. Diese Art
3 von befristeten Arbeitsverträgen werden auch Kettenverträge genannt. Die aktuelle
4 Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) erlaubt grundsätzlich eine
5 unbeschränkte Anzahl von aufeinanderfolgenden, befristeten Arbeitsverträgen.
6 Weiterhin ist außerdem eine Ausgliederung in deutlich niedrigere Entlohnungen im
7 Rahmen der Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses erlaubt.

8 Befristete Arbeitsverhältnisse stellen für die Betroffenen häufig eine starke
9 psychische Belastung dar. Nach Chadi und Hetschko beeinträchtigen befristete
10 Arbeitsverträge das Wohlbefinden von Arbeitnehmer*innen erheblich. Den
11 Hauptgrund dafür stellt die fehlende Arbeitsplatzsicherheit dar. Die Folgen für die
12 Betroffenen sind Existenzängste, Stress und fehlende Planbarkeit der eigenen
13 Zukunft. Befristete Arbeitsverhältnisse erlauben weder privat, noch beruflich eine
14 langfristige Lebensperspektive zu entwickeln. Als Konsequenz fällt es Betroffenen
15 beispielsweise oft schwer, Kreditverträge abzuschließen oder eine Wohnung zu
16 mieten.

17 Neben der Belastung für die Betroffenen bedeuten befristete Arbeitsverträge,
18 insbesondere sachgrundlose Befristungen, weitere Einschränkungen. Befristete
19 Arbeitnehmer*innen neigen weniger dazu, sich gegen schlechte Bedingungen am
20 Arbeitsplatz und Lohndumping zur Wehr zu setzen. Es besteht außerdem die
21 Möglichkeit für Arbeitgeber*innen, tarifvertraglich vereinbarte Leistungen wie
22 beispielsweise Probezeiten nach der Ausbildung auszuhebeln. Wenn in diesem
23 Zusammenhang auch noch eine Entfristung in Aussicht gestellt wird, ist das
24 Wohlverhalten der Betroffenen bis zur Entfristung sehr wahrscheinlich.

25 Somit verändern befristete Arbeitsverhältnisse auch das Kräfteverhältnis zwischen
26 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen zugunsten der Arbeitgeber*innen und
27 schwächen die gewerkschaftliche Schlagkraft.

28 Während eine Befristung mit Sachgrund in Einzelfällen durchaus Sinn ergeben kann,
29 stellen sachgrundlose Befristungen ein unzumutbares Instrument zur Ausbeutung der
30 Arbeitskraft von Arbeitnehmer*innen dar. Sie widersprechen unserem Verständnis
31 von guter Arbeit und angemessener Behandlung von Arbeitnehmer*innen.

1 Wir fordern deshalb:

- 2 • ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen bei Arbeitsverträgen.
3 • die Einschränkung von Kettenverträgen dahingehend, dass
4 Arbeitnehmer*innen keine vertraglich schlechteren Konditionen angeboten
5 werden dürfen. Es müssen mindestens die gleichen Arbeitsbedingungen
6 angeboten werden.

7 Insbesondere fordern wir die SPD Landtagsfraktion auf zu prüfen ob eine
8 kurzfristige Möglichkeit der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen
9 auf Landesebene möglich ist.

10 Langfristig fordern wir den Parteivorstand der SPD Saar, die SPD Landtagsfraktion,
11 sowie die saarländischen Bundestagsabgeordneten auf, sich für die Umsetzung
12 dieser Forderungen im Bundestag einzusetzen.

13

14

A 2

Antragsteller:

Unterbezirk St.-Wendel

1 **Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen**

2 Wir fordern:

3

- 4 ➤ Vereinfachung der Dokumentationspflicht von Pflegekräften
5 ➤ Angemessener Lohn für Pflegepersonal auch in der Ausbildung
6 ➤ einen festen und angemessenen Personalschlüssel für alle Einrichtungen
7 ➤ Beendigung der Kommerzialisierung von „Pflege“

8

9 Unsere Gesellschaft wird immer älter, der Bedarf an Pflegekräften steigt, doch die
10 Politik reagiert kaum auf die Versäumnisse der letzten Jahre im Pflegebereich.

11 Die Situation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verschärft sich immer
12 mehr.

13 Pflegekräfte bekommen immer mehr Verantwortung übertragen und müssen für den
14 gleichen Lohn mehr Leistung erbringen.

15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern
16 dürfen nicht länger unter einer hohen psychischen wie physischen Belastung
17 ausgebeutet werden. Die hohen Anforderungen führen das Personal an die
18 Belastungsgrenzen, wodurch eine „Gute Pflege“ nicht mehr zu gewährleisten ist.

19 Die komplexe Dokumentationspflicht nimmt dem Pflegepersonal notwendige Zeit,
20 wodurch der zu pflegende Mensch in den Hintergrund gerät.

1 Die kürzlich angekündigte Pflegereform, die eine Pflegekraft mehr pro Krankenhaus
2 verspricht, wird bei mehr als 72.000 fehlenden Planstellen ihre Wirkung völlig
3 verfehlen.

4 Es wird Zeit, dass die Bundesregierung endlich die Versäumnisse der letzten Jahre
5 aufholt und eine gute Qualität der Pflege sichert, sodass die Pflegekräfte wie auch die
6 Patienten und nicht die Gewinnmaximierung der Unternehmen in den Mittelpunkt
7 von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern rückt.

8

9

10

11

12

13

A3

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 **Impulse für europäische Arbeitsmarktpolitik**

2 Die Europäische Union erleidet zurzeit eine von nationalen Handlungsmuster und
3 Maximen getriebene Krise. Insbesondere die Bundesregierung in Person von Angela
4 Merkel und Wolfgang Schäuble üben massiven Druck auf einzelne Länder aus.
5 Sparzwänge für Regierungen, die insbesondere zu Kürzungen von sozialen Leistungen
6 für die Menschen in den betroffenen Ländern führen, sind die Folge. Aber nicht nur
7 die Sparzwänge stellen ein massives Problem für die betroffenen Länder dar; Die
8 Europäische Union als supranationales Gebilde weist in ihrer derzeitigen
9 Ausgestaltung insbesondere in sozialer Hinsicht einige massive Defizite auf, die in den
10 letzten Jahren nicht abgebaut wurden und sich zuweilen sogar verschärft haben:

11

12 Zum Abbau dieser Ungleichheit bedarf es einem starken wirtschaftlichen Wachstum
13 in den ärmeren Mitgliedstaaten und dort vor allem vermehrt Direktinvestitionen.
14 Durch die Verbesserung der Einkommenssituation der breiten europäischen
15 Bevölkerung kann die Nachfrage an Waren, Gütern und Dienstleistungen gesteigert
16 und damit gesamtwirtschaftliches Wachstum und gesteigerter Wohlstand erzielt
17 werden. Dabei müssen Investitionen Arbeitsplätze mit guten sozialen und finanziellen
18 Bedingungen schaffen.

19

20 Deutschland und andere wirtschaftlich gewichtige EU-Mitgliedsstaaten haben in
21 jüngster Vergangenheit in Griechenland zu genüge demonstriert, welche
22 schwerwiegenden Folgen das entgegengesetzte Modell von Ausgabenkürzungen und
23 restriktiven Strukturreformen für die dort lebenden Menschen nach sich zieht.
24 Weltweit kritisieren führende Ökonom_innen das Spardiktat, welches von
25 Regierungen und Institutionen auf verschuldete Länder ausgeübt wird. Insbesondere

1 die Forderungen an die griechische Regierung waren in den vergangenen Wochen
2 Gegenstand umfassender Berichterstattung.

3

4 Auch wenn die neue Europäische Kommission mittlerweile erkannt hat, dass es
5 anderer politischer Wege bedarf, um Wohlstand und Gerechtigkeit in Europa zu
6 erzielen, sind ihre Schlussfolgerungen nicht weitreichend genug: das geplante
7 Investitionsprogramm ist bei weitem nicht umfangreich genug und hängt zu sehr
8 von dem Beteiligungswillen privater Investoren ab.

9 Die Beschlüsse der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in den vergangenen Jahren
10 wurden immer positiv gegenüber der Idee der europäischen Einigung gefasst.
11 Dennoch haben wir auch immer eine Verstärkung der sozialen Dimension der
12 Europäischen Union gefordert. Wir sprechen uns gegen ein neoliberales Gebilde aus,
13 das lediglich die Produktivkraft der Arbeiter_innen ausbeutet. Unsere Vision eines
14 geeinten Europas sieht anders aus!

15

16 Auch wenn sich die Europäische Union leider in den vergangenen Jahren unter
17 sozialen Gesichtspunkten eine vor allem negative Entwicklung erfahren hat, halten
18 wir eine merkliche Verbesserung der sozialen Dimension der Europäischen Union für
19 möglich.

20

21 Wir Jusos fordern daher:

- 22 • die Gleichstellung wirtschafts- und sozialpolitischer Akteure und die Stärkung der
23 Tarifautonomie als sozialpolitisches Ziel im Europäischen Semester
- 24 • die gleichwertige Beteiligung und quantitative Anzahl von sozial- und
25 wirtschaftspolitischen Akteuren (Rat und Ratsarbeitsgruppen, Generaldirektion
26 Beschäftigung, Sozialpartner) bei der Erstellung länderspezifischer Empfehlungen
- 27 • die Stärkung der Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften (insbesondere durch
28 die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung durch europäische Betriebsräte,

- 1 der Unternehmensmitbestimmung und der Arbeitnehmerrechte bei
2 Unternehmensverlagerungen)
- 3 • europäische Konzepte und Programme zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen
4 und Arbeitsmigration
 - 5 • die deutliche Ausweitung und zügige Umsetzung der von der Europäischen
6 Kommission geplanten Investitionsprogramme auf der Grundlage öffentlicher
7 Finanzen.
 - 8 • eine europäische Steuerharmonisierung und europaweite Maßnahmen gegen
9 Steuervermeidung und Steuerdumping

10

A4

Antragsteller:

Unterbezirk Saarbrücken-Stadt

1 **Gedenkkultur stärken – Frieden sichern!**

2

3 Die SPD Saarbrücken Stadt fordert den Interregionalen Parlamentarierrat dazu auf,
4 eine Karte aller Erinnerungsstätten der Großregion anzulegen, gestützt auf eine
5 Datenbank, bei der Kommunen, Länder und Organisationen die Möglichkeit haben,
6 alle Gedenkstätten und Mahnmale einzutragen. Diese Datenbank sollte über das
7 Internet jedem frei zugänglich sein, jedoch der Kontrolle der öffentlichen Hand
8 unterliegen. Somit wäre auch ausgeschlossen, dass bestimmte Gruppen ideologisch
9 zweifelhafte Gedenkstätten etablieren und bekannt machen.

10

11 **Begründung:**

12 Krieg, Gewalt und Leid haben das Leben der Menschen maßgeblich beeinträchtigt.
13 Nur so erkennen wir die wahre Bedeutung des Wortes Frieden und nur so lernen wir,
14 dessen Wert tatsächlich schätzen.

15

16 Gedenkstätten und Mahnmale sind sichtbar oder bisweilen auch „versteckt“ über die
17 Großregion Saar-Lor-Lux verstreut. Orte wie das SS-Sonderlager Hinzert, das Gestapo-
18 Lager Neue Bremm in Saarbrücken, das Fort de Queuleu in Metz, die Gedenkstätte
19 der Deportation Bahnhof Hollerich in Luxembourg, die Zwangsarbeiterinnen und
20 Zwangsarbeiter auf dem Saarbrücker Hauptfriedhof, um nur einige Wenige zu
21 nennen, erinnern uns an das von den Nationalsozialisten und ihren Gefolgsleuten

1 über ganz Europa und damit auch die Großregion gebrachte Verbrechen. Auch wenn
2 die Geschichte sich nicht wiederholt: sie mahnt uns, vergleichbar diktatorische und
3 menschenfeindliche Entwicklungen -wo auch immer -zu verhindern. Gedenkstätten
4 und Mahnmale setzen hier als „beredete Zeugen der Vergangenheit“ ein weithin
5 sichtbares Zeichen, wenn sie denn von der Öffentlichkeit „gefunden“ und aufgesucht
6 werden.

7

8 Eine zentrale Aufgabe der Politik ist es, diese Erinnerungsarbeit zu ermöglichen und
9 tatkräftig zu fördern. Gerade in der Großregion kann diese Arbeit nicht von einer
10 Kommune oder einer Region allein geschultert werden. Das ist zweifellos ein
11 Gemeinschaftsprojekt von vielen Partnern und über alle Grenzen hinweg.

12

13 Begründung erfolgt mündlich.

14

A5

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress und den SPD- Landesparteitag

2 **Freiheit stärken, §166 StGB streichen**

3 Wir fordern die Streichung des §166 StGB.

4 In §166 des Strafgesetzbuches steht:

5 *(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des*
6 *religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft,*
7 *die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei*
8 *Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

9 *(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs.*
10 *3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder*
11 *Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise*
12 *beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.*

13

14 Dieser Paragraph beruht auf einer gesetzlichen Regelung, die schon 1871 im
15 Reichsstrafgesetzbuch des Deutschen Reichs verankert wurde. Doch diese
16 überkommene Regelung passt nicht mehr in unsere Zeit, denn sie steht einer
17 demokratischen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft entgegen. Es hat sich
18 zum Glück die Erkenntnis durchgesetzt, dass Religion nicht mehr eine Sache des
19 Staates, sondern die zutiefst persönliche Entscheidung eines jeden einzelnen
20 Menschen ist. Private Meinungen und Vorlieben bedürfen keines besonderen
21 staatlichen Schutzes. Und im Gegensatz zur weitverbreiteten Ansicht, der
22 Paragraph 166 StGB schütze religiöse Empfindungen, schützt er allein den

1 öffentlichen Frieden - genau in diesem normativen Begriff liegt aber das Problem.
2 Denn wer sagt eigentlich, wann der öffentliche Friede gestört ist? Letztlich wird dies
3 von Radikalen, Extremisten und Fundamentalisten definiert. Denn eben sie sind es,
4 die sich durch kritische Äußerungen provoziert fühlen. Während die aufgeklärte
5 Mehrheit der gläubigen Menschen mit satirischer Kunst umzugehen weiß, nutzen
6 Fundamentalisten seit Jahrzehnten immer wieder den Paragraph 166 StGB um die
7 Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit einzuschränken. Dies macht ihn zum
8 Schutzparagraph für Fanatiker, mit dem sie ihren Hass auf alles rechtfertigen können,
9 was sie in unserer freien Gesellschaft stört. Dabei wurde der öffentliche Friede
10 niemals durch kritische Kunst bedroht, sondern durch religiöse oder politische
11 Fanatiker, die nicht in der Lage waren, die künstlerische Infragestellung ihrer
12 Weltanschauung rational zu verarbeiten.

13

14 Eine Abschaffung dieses Paragraphen macht religiöse Gruppen aber nicht schutzlos,
15 denn §130 StGB stellt Volksverhetzung unter Strafe:

16 „1. Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

17 (1) gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft
18 bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen
19 seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der
20 Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert
21 oder

22 (2) die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete
23 Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu
24 einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft,
25 böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

26 wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

27

28 Wenn religiöse Gruppen aber ohnehin ausdrücklich in diesem Umfang vom Strafrecht
29 geschützt sind, so bedarf es keines privilegierten Religionsschutzes mehr. Im

1 Paragraphen 130 StGB wird deutlich, was das durch Strafdrohung geschützte
2 Interesse unserer Gesellschaft ist: Das friedliche, von Angst, Gewalt und Selbstjustiz
3 freie Zusammenleben von Gruppen der Bevölkerung, die sich gleichberechtigt und in
4 demokratischem Diskurs begegnen.

5 Der privilegierte Schutz von Teilen der Bevölkerung unterläuft jedoch den
6 demokratischen Konsens. Denn dadurch wird neben dem Rechtsprinzip der
7 Gleichberechtigung ein System der „bevorzugten Berechtigung“ und der besonderen
8 Schutzbedürftigkeit aufgebaut. Dies sind Reste einer Lebenswirklichkeit, die schon
9 lange nicht mehr unsere ist. Wir können darauf ohne jede Einbuße an Sicherheit und
10 Frieden verzichten. Religiöser Glaube ist kein öffentliches Schutzgut und Kritik an
11 Religion oder empfundene Beleidigungen religiöser Gefühle müssen in einer freien
12 Gesellschaft, sofern sie nicht den Tatbestand der Volksverhetzung oder individueller
13 Beleidigungen erfüllen, hingenommen werden wie jede andere Gefühlsverletzung
14 auch.

15

16 Nicht zuletzt wäre die Streichung von §166 StGB auch eine angemessene
17 rechtsstaatliche Reaktion auf die Einschüchterungsversuche religiöser Extremisten
18 wie zuletzt beim Attentat auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo. Denn
19 mit einer ersatzlosen Streichung würden wir als Demokraten unmissverständlich
20 klarstellen, dass Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit in einer modernen offenen
21 Gesellschaft höheres Gewicht beizumessen ist als den verletzten Gefühlen religiöser
22 Fundamentalisten.

23

A 6

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Saar

2 Zur Weiterleitung an die Landtagsfraktion der SPD Saar

3

4 **Gleiche Pflichten, Gleiche Rechte! – Die demokratische Partizipation aller**
5 **Einwohner und Einwohnerinnen stärken!**

6 Die Jusos Saar setzen sich für das aktive Kommunalwahlrecht für alle Einwohner und
7 Einwohnerinnen Deutschlands unabhängig von der Staatsangehörigkeit und mit
8 unbefristeter Aufenthaltstitel ein.

9

10 Das aktive Wahlrecht gehört zu den wichtigsten demokratischen Rechten. Ein
11 demokratisches System lebt davon, dass alle Einwohner und Einwohnerinnen durch
12 Wahlen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Eine Ausweitung des
13 Wahlrechts bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen für Menschen mit
14 nichtdeutscher Staatsbürgerschaft bringt große Chancen mit sich. Es gilt nicht nur das
15 Interesse an Politik zu fördern, sondern auch die Demokratie zu beleben.

16

17 Die Entscheidungen unserer Politik auf allen Ebenen, wirken sich nicht nur auf
18 Bürgerinnen und Bürger, sondern auf alle Einwohner und Einwohnerinnen aus: Sei es
19 auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem, in der Wirtschafts- oder in der
20 Bildungspolitik.

21 Viele Einwohner und Einwohnerinnen in Deutschland haben den Entschluss gefasst

1 dauerhaft in Deutschland zu leben. Zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis wird
2 der fünfjährige Besitz einer Aufenthaltserlaubnis, Sicherung des Lebensunterhalts,
3 Straffreiheit, eine Arbeitserlaubnis, ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache,
4 60 Beitragsätze zur Rentenversicherung, genügend Wohnraum, sowie
5 Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung im Bundesgebiet erwartet. Es
6 werden von ihnen alle Pflichten verlangt, aber es werden ihnen nicht viele Rechte
7 gewährt.

8 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserem Land Willkommen fühlen und dazu
9 gehört auch das Recht ihre politischen RepräsentantInnen in den Parlamenten zu
10 wählen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht nur Politik für
11 einen Teil, sondern für die gesamte Bevölkerung machen.

12 Forderungen:

- 13 • Änderung des § 13 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) im Saarland in der
14 Fassung der Bekanntmachung vom 9. November 2008 dahingehend, dass auch
15 Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger, die sich mindestens 5 Jahre im
16 Geltungsbereich des Grundgesetzes gewöhnlich aufhalten und eine
17 Niederlassungserlaubnis besitzen oder als EWR Staatler den Daueraufenthalt
18 bestätigt bekommen haben oder geduldet werden, wahlberechtigt sind.
- 19 • Änderung des Grundgesetzes, dass das aktive Wahlrecht nicht mehr an die
20 deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Es soll sich an den oben genannten
21 Aufenthaltsstati orientieren. Der Begriff des „Volkssouveräns“ muss sich der
22 Realität der fortschreitenden Globalisierung und Europäisierung anpassen.

23

24

A7

Antragsteller:

Juso Landesvorstand

1 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und den SPD- Bundesparteitag

2

3 **Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für**
4 **Medizinstudenten**

5 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die folgende Änderung der
6 Approbationsordnung einzusetzen:

7 Die Aufwandsentschädigung für Medizinstudierende im Praktischen Jahr muss
8 bundesweit auf den Betrag des BAföG Höchstsatzes, geregelt in § 13 BAföG,
9 festgelegt werden.

10 **Begründung:**

11 Die geltende Approbationsordnung von 2013 gestattet es den Medizinstudierenden
12 im Praktischen Jahr (PJ) eine Aufwandsentschädigung zu zahlen, auf der Grundlage
13 des § 13 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Daraus folgt eine
14 Deckelung der Aufwandsentschädigung bei aktuell 597€ monatlich. Dies setzt sich
15 aus 373€ für die Hochschule plus 49€ fürs Wohnen bei den Eltern, bzw. plus 224€ für
16 das nicht bei seinen Eltern Wohnen.

17

18 In der Praxis werden bundesweit Aufwandsentschädigungen von 0€ bis 597€ gezahlt.
19 Auf Seiten der Studierenden wird die Höhe der Aufwandsentschädigung so zu einem
20 maßgeblichen Kriterium bei der Wahl ihrer PJ-Stelle. Das Kriterium
21 Ausbildungsqualität läuft dabei Gefahr in den Hintergrund zu treten.

22 Zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes sind viele Studierende auf Zuverdienste
23 angewiesen. Während des PJ werden sie häufig als Vollzeitkräfte fest eingeplant.
24 Durch den Arbeitsumfang und die Arbeitszeiten sowie den studienbedingten
25 Zeitaufwand werden Zuverdienstmöglichkeiten massiv eingeschränkt oder gehen zu

1 Lasten von Konzentration und Leistungsvermögen, damit nicht zuletzt zu Lasten der
2 Patientensicherheit.

3 Auf Seiten der Universitätskliniken und Lehrkrankenhäuser zählt die Höhe der
4 Aufwandsentschädigung als wichtiges Werkzeug um Assistenzärzte zu gewinnen, da
5 diese

6 ihre zukünftigen Assistenzärzte meist während des PJ im eigenen Haus anwerben.

7 Die angemessene, bundesweit einheitliche Aufwandsentschädigung in Höhe des
8 Bafög- Höchstsatzes stellt keinen Standortvorteil dar sondern sorgt dafür, dass sich
9 die Universitätskliniken und Lehrkrankenhäuser an der Qualität ihrer Lehre messen
10 lassen müssen und nicht an den finanziellen Anreizen für die Medizinstudierenden.

11

12

13

AS

Antragsteller:

Juso-Landesvorstand

1 **Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik**

2

3 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des
4 Syrischen Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen
5 Umgang mit denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den
6 Flüchtlinge aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja
7 schlichtweg dem Menschsein unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische
8 Asylpolitik sind nach wie vor von der Einstellung geprägt, dass es sich bei den
9 Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die keinen Schutz verdient hätten,
10 die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus leitet sich die primäre
11 Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell als Flüchtling
12 anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass man
13 nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird,
14 dass eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer
15 Säuberungen, klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen.
16 Die meisten Menschen, die zu uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht
17 aus freiem Entschluss, sondern weil sie ihre Heimat aus guten Gründen verlassen
18 mussten. Diese Analyse muss auch Konsequenzen für praktisches politisches Handeln
19 haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer Gesellschaft teilhaben können – alles
20 andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der Flüchtlinge als "Fremde" zu
21 verfestigen.

22

23 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

24

25 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im
26 Mittelmeerraum? Zehn, Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht
27 ist, dass auch heute weiter gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien,

1 Eritrea, Afghanistan oder Somalia, stehen verzweifelt an Europas verschlossenen
2 Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im
3 Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von Lampedusa waren nur einige von
4 vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die Katastrophe von
5 Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins Leben rief.
6 Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und
7 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere
8 humanitäre Mission. Die EU rief im November 2014 „Triton“ ins Leben, eine unter
9 dem Dach der EU-Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der
10 reine Grenzschutz! Natürlich muss und soll auch Triton Schiffbrüchige retten, aber
11 eben nur noch in der Nähe der italienischen Küsten. Im Mai 2015 wurde die Lücke im
12 staatlichen Rettungsbereich, die die Ersetzung von Mare Nostrum durch Triton
13 gerissen hat, zunächst durch einen improvisierten Rettungseinsatz vieler EU Länder
14 geschlossen. Im Juni 2015 wurde dieser Rettungseinsatz durch den EU-Militäreinsatz
15 EUNAVFOR Med abgelöst. Auch hier ist der Auftrag nicht die Seenotrettung, die
16 sowieso für alle Schiffe verpflichtend ist, sondern zunächst die Aufklärung und
17 Überwachung der Schleppernetze, und später deren Bekämpfung.

18 Doch nur mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen
19 auf lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie
20 und legale Wege für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur
21 menschenwürdigen Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten
22 müssen, brauchen unseren Schutz!

23

24 Deshalb fordern wir Jusos:

25

26 1. Einführung des Botschaftsasyls

27 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland
28 und alle weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland
29 erlaubt es Flüchtlingen nicht, in den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder
30 Durchreisestaaten einen Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies
31 möglich; der Antrag würde in Deutschland im regulären Verfahren vom Bundesamt
32 für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln des Asylrechts geprüft
33 werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der Botschaft im
34 Herkunftsland erfolgen. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden ohnehin

1 nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss
2 nach wie vor möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die
3 Betroffenen und senkt gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.

4

5 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

6 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden
7 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München,
8 Frankfurt am Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden
9 Menschen haben das Recht auf ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-
10 Asylschnellverfahren können sich die Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die
11 Befragungen durch die zuständigen Behörden vorbereiten. Das führt zum Beispiel
12 dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen, die ihr Asylgesuch
13 begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden
14 Asylanspruchs sein.

15

16 **3. Fahren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

17 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten
18 Anrainerstaaten des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam
19 Verantwortung übernehmen und eine dauerhafte humanitäre Mission zur
20 Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche Verfolgung von couragierten Seeleuten,
21 die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, und EUNAVFOR Med müssen endlich
22 aufhören. Triton muss durch eine wirkliche Seenotrettungsmission ersetzt werden,
23 die speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.

24 Natürlich erkennen wir den hoch-motivierten Einsatz und die harte Arbeit zur
25 Rettung und Erstversorgung von Schiffbrüchigen an, die die Besatzungen der dort im
26 Einsatz befindlichen Schiffe leisten, insbesondere von NGOs oder privaten Initiativen
27 aber auch europäischen Marinestreitkräften, darunter auch der Bundeswehr.

28

29 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden
30 Militäroperationen in Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt,
31 dürfen nicht umgesetzt werden. Mit solchen völker- und europarechtlich höchst
32 fragwürdigen Beschlüssen will die EU Migrant_innen in den Transitstaaten abfangen
33 und schon dort daran hindern in die EU einzureisen. So wird verhindert dass eventuell

1 Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden betreten können, was allerdings nach
2 geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag stellen zu können.

3
4 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte
5 Kooperation mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist
6 geplant die Türkei noch stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit
7 Asylberechtigte nicht über die türkisch-bulgarische oder türkisch-griechische
8 Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können. Grund ist auch hier, dass die
9 Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst geschaffen werden
10 sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht umgesetzt
11 werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU nicht
12 versperrt werden.

13

14 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**
15 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und**
16 **ausgebildet ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und**
17 **Abschottungsk Kooperationen mit Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise**
18 **eingestellt werden.**

19

20

21 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

22 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das
23 Asylverfahren eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht
24 selbst aussuchen, sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem
25 sie zum ersten Mal europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die
26 Staaten der EU- Außengrenzen wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der
27 Praxis gilt das Dublin-System als gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-
28 Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

29

30 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

31

32 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr
33 von den Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von
34 Flüchtlingen diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum,

1 die Arbeitslosenquote, die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der
2 Asylbewerber_innen berücksichtigt. Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass
3 jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa
4 beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen Belastung einzelner Staaten ist zu
5 begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen Ansatzes: Er berücksichtigt
6 nur den Ausgleich zwischen den EU Mitgliedsstaaten und nicht das Wohl der
7 Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine
8 Flüchtlingsaufnahme werden außer Acht gelassen.

9

10 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den
11 jeweiligen Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen
12 Herkunftsländern bestehen beziehungsweise ob ein Netzwerk von Verwandten oder
13 engen Bekannten besteht, die den Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern
14 können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es den Migrant_innen möglich sein
15 wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob es soziale
16 Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Teilweise liegt
17 die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen Vergangenheit begründet.
18 Untersuchungen haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene Verbindungen
19 betreffend Sprache, sozialen Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen
20 zwischen dem Herkunftsland und dem Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl
21 des Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden sein können. Diese Verantwortung
22 aus ihrer Geschichte heraus müssen die betreffenden Staaten annehmen.

23

24 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage,
25 haben dazu geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und
26 einige überhaupt keine Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen
27 Flüchtende in diesen Staaten systematisch unter unmenschlichen Bedingungen
28 leben. Diese gravierenden Unterschiede in den europäischen Asylsystemen bestehen
29 noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine einheitlichen Asylstandards in
30 Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht lösen können. Eine
31 wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die
32 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern
33 vergleichbar sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach
34 oben. Die Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Einhaltung

1 europäischer Standards der Leistungen für Flüchtlinge und damit auch ihre Chance
2 auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ganz allgemein auf ein
3 menschenwürdiges Dasein darf nicht davon abhängen in welchem EU-Land der
4 Antrag gestellt wird.

5
6 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen
7 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder gar zum Motiv
8 staatlicher Handlungen wird. Solch ein Klima muss verhindert beziehungsweise
9 bekämpft werden, damit Flüchtlinge sich nicht faktisch zur Weiterreise in einen
10 anderen Mitgliedsstaat gezwungen sehen. In einem solchen Klima würde die freie
11 Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz setzen die Situation für Flüchtlinge so
12 weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes Land zur Einreise suchen.
13 Solche rise-to-the-bottom- Effekte müssen vermieden und stattdessen die
14 solidarische Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

15 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-
16 Länder an der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll
17 sich nach der Größe, wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und
18 Bevölkerung jedes Landes richten. Es muss außerdem gewährleistet sein, dass
19 Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie
20 Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder Erfahrungen mit einem
21 bestimmten Land zwingend in die Entscheidungsfindung mit einfließen.

22
23 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die
24 Flüchtenden.

25 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in
26 welchem Staat in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu
27 einer solch gerechten Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten
28 führen wie das Quotensystem, aber dafür könnte Abhilfe über finanzielle
29 Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten geschaffen werden, die unverhältnismäßig
30 hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem würden unverhältnismäßige
31 Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden durch ihre familiären
32 und engen bekanntschaflichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.
33 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert
34 diese als Menschen

1

2 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die
3 Legalisierung der Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt
4 vorherrschenden irregulären Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre
5 Weiterwanderung in der Union ist inzwischen Bestandteil der zwischen Flüchtenden
6 und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das geltende Dublinsystem,
7 sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender Berücksichtigung
8 individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine
9 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige
10 Mitgliedsstaaten würde dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum
11 Teil größere Wege zurücklegen müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu
12 gelangen. Es würde ihnen dadurch nur erschwert werden und sie wären schutzlos
13 auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein Untertauchen nach der ersten Meldung
14 wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat bekannten sozialen Netzwerken in
15 Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der Union durch das Prinzip
16 der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der Asylsuchenden sicher
17 stellen.

18 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU-**
19 **Länder an der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem**
20 **gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**
21 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**
22 **einzuführen.**

23

24

25

26 **5. „Sichere“ Drittstaaten**

27 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos
28 sämtliche sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt
29 die Heimat. Schaut man sich die Situation in den sogenannten „sicheren“
30 Herkunftsländern an, so sieht man eine strukturelle Diskriminierung und auch
31 Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit durchaus Asylgründe! Kein
32 Mensch kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat gelten.
33 Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und
34 Finnland zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als

1 Asylberechtigte an, im Fall von bosnischen Antragsteller_innen liegt die
2 Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien bei ca. 20%. Die erheblich geringeren
3 Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3% werfen mehr Fragen über
4 das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

5

6 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als
7 „sicher“ steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und
8 wirft damit auch rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“
9 beinhaltet außerdem die Möglichkeit eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das
10 dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene strafrechtliche Sanktionierung vorsieht.
11 Außerdem wird durch das Konzept der sicheren Herkunftsländer die Duldung von
12 jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich ausgeschlossen, wodurch
13 grade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses Vorgehen ist schlicht
14 unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein diskriminierenden Praxis
15 kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und
16 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

17

18 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

19

20 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

21 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben
22 einen europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und für die mit
23 einem solchen Pass Geborenen schon gar keine eigene Leistung. Es ist daher für uns
24 schlichtweg unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber_innen und Geduldete
25 nicht die gleichen Rechte, wie wir haben. Wir wollen, dass allen die gleichberechtigte
26 Teilhabe in unserer Gesellschaft möglich ist. Voraussetzung dafür ist die Befriedigung
27 der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Die Bereiche Unterbringung, Bildung,
28 staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt bedürfen wichtiger Verbesserungen.

29

30 6.1 Unterbringung

31 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt.
32 Während in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der
33 Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur
34 rund ein Drittel. Auch wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen

1 mittlerweile verändern, zeigen sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland
2 eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist
3 es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder sie nun landet.

4

5 Eine **bundesweite Umverteilung von minderjährigen Flüchtlingen lehnen wir ab.**

6 Jede weitere Umsiedlung stellt für Geflüchtete eine extreme Belastung dar, da erneut
7 das bekannte Umfeld zwangsweise ins Unbekannte verlassen werden muss. Auf
8 soziale Bindungen, Wünsche oder Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade
9 Minderjährige stellen eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar.
10 Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten sie oft in Gruppen mit anderen
11 Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer Ersatzfamilie einnehmen.
12 Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute Umverteilung zu zerstören
13 lehnen wir strikt ab.

14

15 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

16 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung in Lagern, abseits
17 von der Erstaufnahme, ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf
18 die kürzest mögliche Zeit zu beschränken. Asylbewerber_innen sollten so schnell wie
19 möglich in eine normale Wohnung ziehen dürfen. **Bestehende sogenannte**
20 **Gemeinschafts- oder Sammelunterkünfte sind zu schließen.** Um diese Schließung zu
21 ermöglichen müssen die dadurch wegfallenden Unterkunftsplätze vorher durch
22 dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten ersetzt werden, deren Schaffung folglich
23 unverzüglich in Angriff genommen werden muss. Es wird von den Ländern kein Hehl
24 daraus gemacht, dass diese vor allem der Abschreckung durch schlechte
25 Lebensbedingungen dienen. Das dies bei Menschen, die um ihr Leben fürchten
26 müssen keine Wirkung erzielt, sollte eigentlich jeder_m klar sein. Da dreigliedrige
27 Unterbringungssysteme auf der zweiten Ebene eine Verpflichtung für
28 Gemeinschaftsunterkünfte vorsehen, lehnen wir diesen Aufbau ab.

29 Mit der dezentralen Unterbringung ist für uns aber auch nicht die Praxis einiger
30 Länder gemeint, Flüchtlinge möglichst abgelegenen in kleine Dörfer zu verteilen.

31

32 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss,**
33 **also die tatsächliche Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung,**
34 **Bildungs- und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.**

1

2 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur
3 Verfügung steht. Durch jahrelange Reduzierung von UnterbringungsKapazitäten
4 waren die heute so oft von Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei
5 der Unterbringungen absehbar und hausgemacht. Die Unterbringung von
6 Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus**
7 gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum** geschaffen werden,
8 welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen Schwankungen der
9 Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus Zelten
10 zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.

11

12 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder
13 Aufnahme in WGs oder Privatwohnungen zu fördern und Gleichzeitig bürokratische
14 Hürden abzubauen. Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten sozialen Kontakt und
15 erleichtert die Eingewöhnung in einer unbekanntem Umgebung.

16

17 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**

18 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich
19 von dem Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der
20 Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist
21 ein selbstbestimmtes Leben möglich.

22

23 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist
24 aber bislang nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihnen
25 zugewiesenen Ort zu melden haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist
26 die Residenzpflicht reine Schikane. **Deshalb fordern wir die Aufhebung der
27 Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.**

28

29 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**
30 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalsystem kommt in den
31 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf
32 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und
33 tatsächlichen Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen,
34 Ausgaben zu senken – im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf

1 regional unterschiedliche Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder
2 Verkehrsanbindung und daraus entstehenden Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht
3 genommen.
4

5 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die
6 Unterbringung. Und selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann
7 daher auch nicht der Schluss gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort
8 schlecht ist, wo keine Standards bestehen und dort gut, wo es solche auf dem Papier
9 gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis heute gar keine Einigung über
10 diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so banales wie eine Toilette in
11 jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von Mindeststandards zur**
12 **Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken: Mindestwohn- und
13 Schlaffläche. Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen, abgeschlossene
14 Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume und
15 Freizeitmöglichkeiten.
16
17

18 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der
19 Abschiebung für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell
20 kann bei einer angeordneten „Abschiebung“ ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft
21 genommen werden. Vom EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen
22 Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind. Gesetzlich soll ein milderer Mittel immer
23 vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen. Jede Inhaftierung der
24 Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür zu
25 verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der
26 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden
27 Asylbewerbenden ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat
28 oder die Zahlung von erheblichen Summen an einen Schleuser zur Inhaftierung. Das
29 sind aber praktisch nahezu die einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland
30 zu kommen und diese Regelung kriminalisiert Flucht damit insgesamt.
31

32 **Wir Jusos fordern, dass sowohl die Abschiebehaft, als auch der Ausreisegewahrsam**
33 **abgeschafft und werden**
34

1 **Wir fordern also insgesamt bezüglich der Unterbringung:**

- 2 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die
3 tatsächliche Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs-
4 und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.
- 5 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.
- 6 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 7 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert
8 abrechnen dürfen.
- 9 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 10 • Abschaffung der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams
- 11 • Die separate und geschützte Unterbringung mit spezifischer Beratung für
12 alleinreisende Frauen und alleinerziehenden Flüchtlingsfrauen mit Kinder.
- 13 • Frauen dürfen während der Schwangerschaft oder kurz nach Geburt nicht auf
14 andere Erstaufnahmestellen umverteilt werden. Eine familiengerechte
15 Unterbringung muss gewährleistet sein.

16

17 6.2 Bildung

18 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen sollte mit im
19 Mittelpunkt der Integration vor Ort stehen. Dazu zählen die frühkindliche Bildung, die
20 Schule, der Erwerb der Sprache oder auch Dinge wie zum Beispiel die Anerkennung
21 von Bildungsabschlüssen für den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den
22 Erwerb des Führerscheins.

23

24 • 6.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

25 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland
26 kommt ab dem ersten Lebensjahr, das Anrecht auf einen Platz in einer
27 Kindertageseinrichtung haben, genauso wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses
28 Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit dem Kind die
29 Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils
30 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das
31 Anrecht ist sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben,
32 gemeinsam mit anderen Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien
33 aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder kennen und erlernen die deutsche Sprache

1 durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So beginnt die Integration in die
2 Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale Bedingungen für alle
3 Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung sogenannter
4 „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten
5 einher gehen.

6

7 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung**
8 **von KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz**
9 **gibt.**

10 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des**
11 **KiTa-Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**
12 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

13

14

15 6.2.2 Grundschulen/weiterführende Schulen

16 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im
17 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und
18 Jugendliche, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht
19 in den Bundesländern deutlich unterschiedlich ausgestaltet beziehungsweise noch gar
20 nicht für Flüchtlinge speziell geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In
21 diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht für Alle, die eine Wohnung in diesen
22 Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für Asylsuchende abgeleitet wird.
23 So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin, Hamburg und
24 Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg, Hessen,
25 Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz
26 besteht die Schulpflicht, sobald ein_e Asylsuchende_r nicht mehr verpflichtet ist, in
27 einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde
28 In Bayern und Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg
29 sechs Monate nach Zuzug ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine
30 Schulpflicht, sondern lediglich ein Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen
31 Ländern keine Garantie darauf besteht, dass diese Kinder tatsächlich beschult
32 werden.

33

1 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die**
2 **Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben**
3 **beschult zu werden.**

4

5 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen
6 wird oft der Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine
7 minderjährigen Flüchtlinge aufnehmen zu müssen.

8

9 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

10

11 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie
12 sollen das Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das
13 „Mitkommen“ beim Stoff erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche
14 Konzepte. In verschiedenen Bundesländern wird nach dem sogenannten
15 niedersächsischen Erlass mit dem Titel »Integration und Förderung von Schülerinnen
16 und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache« eine Sprachlernklasse eingerichtet,
17 wenn eine Schule von mindestens zehn solcher Schüler_innen besucht wird.
18 „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei maximal 16
19 Schüler_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch
20 fachbezogen und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt
21 werden; in ausgewählten Fächern sollen die Schüler_innen am Unterricht der
22 künftigen Regelklasse teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im
23 Sekundarbereich I und II ist an zentralen Schulstandorten in einer Region auch
24 jahrgangs- und schulformübergreifend möglich. Der Besuch einer Sprachlernklasse
25 dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem Stand der
26 Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann
27 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

28

29 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

30 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme, für Kinder und Jugendlichen eine
31 Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden.

32 • Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

33

1 • 6.2.3 Universität/ Hochschule

2 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb
3 des Abiturs oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche
4 Möglichkeit offen stehen ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die
5 bereits ein angefangenes Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen
6 können, muss die Weiterführung in Deutschland problemlos möglich sein.
7 Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium in Deutschland allgemein,
8 als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall. Wichtig sind
9 außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse. Auch der Zugang
10 zu BaföG muss gewährleistet werden.

11

12 • 6.2.4 Sprachkurse

13 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den
14 Zugang zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

15 Der Besuch eines sogenannten „Integrationskurses“ ist jedoch erst nach Gewährung
16 von Asyl möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser
17 Zugang kann vor der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs
18 allerdings bestimmte Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem
19 bürokratischen Aufwand im Vorhinein beginnen. Dies stellt für Bildungsträger_innen
20 einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar. Derzeitige Alternativen bieten oft
21 ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des Besuches eines
22 Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft, ist wichtig, damit sich die Menschen,
23 auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und
24 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und
25 ihre Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit
26 Mobilitätshemmnissen garantiert werden.

27 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für jede_n**
28 **Asylbewerber_innen vom ersten Tag an zugänglich sein.**

29

30 • 6.2.5 Führerschein

31 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die
32 Möglichkeit einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen
33 Arbeitsplatz und die Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der
34 Führerschein neben Deutsch auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese

1 sind: Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch,
2 Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch. Viele Flüchtlinge/Asylbewerber_innen
3 kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel Arabisch Landessprache ist.
4

5 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die**
6 **theoretische Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch**
7 **auf weiteren durchführen zu können.**
8
9

10 • 6.2.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

11 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im
12 Bereich Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind,
13 können Kompetenzen oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die
14 Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch hohe bürokratische Hürden
15 genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung eines
16 Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,
17 mehrere hundert Euro, die von den Menschen getragen werden müssen. Dieses Geld
18 können sie natürlich nicht selbst aufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht
19 möglich ist. Vielen ist dieses Verfahren auch unbekannt so dass die Gefahr besteht,
20 dass viele in den Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die
21 Anerkennung und Feststellung eines Abschlusses ist für Menschen somit eine
22 Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer Qualifikation entsprechend ist.
23

24 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und
25 informeller Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von
26 Kenntnissen in Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische
27 Kompetenzen haben ohne jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss
28 erworben haben, diese auch zukünftig in Deutschland ausüben.
29

30 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen, kostenlos ist.**
31 **Wir begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten**
32 **Zugang zur Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von**
33 **Kenntnisprüfungen oder ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation**
34 **anderweitig nachweisen zu können.**

1

2 • 6.2.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

3 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit
4 Gleichaltrigen. Dies geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen
5 in Vereinen. Der Zugang dazu ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den
6 Flüchtlingen selbst oft nicht getragen werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang
7 verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine einen kostenfreien Zugang von sich aus
8 ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des kostenfreien Zugangs die Regel und
9 nicht die Ausnahme sein.

10

11 Deswegen fordern wir die Finanzierung weitgreifender Integrationsprogramme für
12 Vereine, deren Mittel zur Integration von Flüchtlingen in den Vereinsalltag zur
13 Verfügung gestellt werden. Sie sollen ermöglichen, dass Flüchtlinge, die einen
14 Mitgliedsbeitrag nicht zahlen können, trotzdem am Vereinsalltag teilnehmen können.
15 Natürlich kann kein Verein dazu gezwungen werden, und der Aufruf bezieht sich
16 nicht auf Vereine, bei denen nur die Rechtsform „Verein“ für eine quasi
17 unternehmerische Tätigkeit gewählt wurde und der Beitrag als Versicherung oder als
18 Vorauszahlung zur eventuellen Erbringung einer Dienstleistung oder Ähnlichem
19 verbunden ist, wie etwa bei der Lohnsteuerhilfe oder dem ADAC

20

21 **7. Teilhabe durch Arbeit!**

22 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle
23 und würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut
24 werden, wo die Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit
25 anderen zu verwenden. Deswegen fordern wir Jusos:

26 • **Die Abschaffung der Vorrangprüfung bei Stellen mit einer Bezahlung, die
27 nicht unter der in der Branche beziehungsweise dem Tätigkeitsbereich üblichen
28 Bezahlung liegt**

29 • **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit
30 Deutschen.**

31

32 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon
33 Qualifikationen mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon

1 im Herkunftsland Schul- und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine
2 Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

3

4 • **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu**
5 **bekommen, fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette**
6 **Ausbildungszeit und die Dauer der darauffolgenden Weiterbeschäftigung bei Erhalt**
7 **eines solchen Vertrages.** Auch muss den Personen danach Zeit eingeräumt werden
8 eine Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer Ausbildungsstelle für eine_n
9 Asylsuchende_n stellt allerdings momentan noch keine Garantie dar, in Deutschland
10 bleiben zu dürfen. Aus dem Grund der Planungsunsicherheit verweigern sich viele
11 Arbeitgeber_innen einem_r qualifizierten Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu
12 geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen
13 reichen nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

14 • **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher**
15 **betrieblicher Ausbildungsplätze für Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge
16 Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche Arbeitswelt ist der Erste - deswegen braucht
17 es eine notfalls auch materielle Motivation gerade für kleinere und mittlere Betriebe,
18 ihnen einen Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist darüber hinaus die
19 Förderung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch hier sind
20 materielle Förderungen für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu
21 ermöglichen.

22 • **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Flüchtlinge.**
23 **Dies beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von**
24 **Schulabschlüssen und anderen Qualifikationen sowie den Ausbau**
25 **englischsprachiger Kurse. Eine umfassende Betreuung während des Studiums**
26 **ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

27 Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb
28 nicht nur häufig voraus - diese Einbindung in die Universitäten und
29 Fachhochschulen kann auch helfen, Vorurteile abzubauen und gleichzeitig
30 aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen, tatsächlich alle Türen offen
31 stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen müssen
32 nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

33 • **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen**
34 **Beschäftigungssektors, in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für**

1 **Flüchtlinge vorgehalten wird**; eine Sofortmaßnahme, die aus kommunaler
2 Perspektive sofort realisiert werden kann, um direkt die Arbeit an kommunalen
3 Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

4 Es müssen schnelle Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass Flüchtlinge
5 unbürokratisch andere Flüchtlinge unterstützen können. Zum Beispiel dürfen
6 medizinisch geschulte Flüchtlinge nicht zur Untätigkeit verdammt sein, während
7 dringend notwendige medizinische Versorgung für Flüchtlinge fehlt.

8

9 **8. Leistungen/ Gesundheit:**

10 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des**
11 **Asylbewerberleistungsgesetzes fest.**

12 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem
13 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

14 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber_innen einen gleichwertigen
15 **Zugang zur Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden
16 momentan zur Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar
17 akute Erkrankungen und Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der
18 Schmerzen und Besserung der Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch
19 die Betonung liegt bei dieser Leistung auf dem Wort „akut“. So werden chronische
20 Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls behandelt

21 . Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die
22 zuständige Verwaltung , das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim
23 Amt die Erlaubnis einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und
24 Wöchnerinnen werden hierbei zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise
25 fordern wir zumindest die Einführung einer Krankenkarte nach dem Bremer Modell
26 durch die Bundesländer.

27

28 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf
29 der Flucht traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten
30 Psycholog_innen gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die
31 sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die
32 sprachlichen Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der
33 Zugang soll bereits Asylbewerber_innen ermöglicht werden.

34

1 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**,
2 halten jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss
3 Flüchtlingen allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die
4 Verteilung von standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben,
5 als reine Schikane gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine
6 individuellen Wünsche oder Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber
7 hinaus durch den Lager- und Personalaufwand auch deutlich teurer, als das
8 Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die an anderer Stelle dringend
9 gebraucht werden.

10

11 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein**
12 **Konto zu eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur
13 Verfügung stehen und ist oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen.
14 Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge kann so außerdem gesenkt werden.

15 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**

16 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes das
17 Asylbewerberleistungsgesetz besteht fordern wir die Einführung einer
18 Gesundheitskarte

19 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle
20 Asylbewerber_innen.

21 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.

22 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und
23 minderjährige Flüchtlinge spezialisieren.

24 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.

25

26 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**

27 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft
28 mitzubestimmen, in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen
29 kann aber nur gelingen, wenn auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative
30 ist. Eine solche Gesellschaft wollen und müssen wir aktiv fördern und ständig
31 einfordern.

32

33 **9.1 Ehrenamt stärken!**

1 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg
2 in Syrien und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im
3 Bereich Hilfe für Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor
4 allem vor Ort oft täglich für die Unterstützung dieser Menschen.

5 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor
6 allem geht es darum die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren
7 und dort auch zu begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu
8 stehen, wie auch kulturelles Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären,
9 damit es nicht zu Missverständnissen kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann.
10 Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen und „Einheimischen“ zu ermöglichen,
11 tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/ Begegnungsstätten oder ähnliche
12 Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrig schwellig Kontakte zwischen
13 Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut werden
14 und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen
15 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

16 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient
17 den allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat
18 bereitstellt, könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches
19 Engagement darf aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben
20 zurückzieht.

21 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit
22 Flüchtlingen, wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche
23 übernehmen hier oft den Part des_r Fürsprechers_in und Vermittlers_in.

24 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten**
25 **des Staates!**

26 Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf
27 den Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts
28 zu suchen haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt
29 werden, sollen der Anerkennung der Arbeit und des Engagements weichen.

30 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder,
31 wenn diese oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von
32 Formularen geht oder auf die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist
33 es notwendig, die Migrationsdienste vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden,
34 wie Caritas, AWO, IB etc. angegliedert sind, mit hauptamtlichen Stellen, die vom Bund

1 bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch können die Ehrenamtlichen unterstützt
2 werden und die Beratung der Flüchtlinge in rechtlichen Fragen innerhalb des
3 Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann ausgeweitet werden, damit
4 jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien Beratung
5 haben kann.

6 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen**
7 **Stellen mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

8

9 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen
10 Vorschriften und Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe
11 brauchen. Dies ist jedoch oft sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was
12 gemeint ist oder das Formular sehr bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

13 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**
14 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden,**
15 **um die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als
16 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

17 Für die Arbeitnehmer_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend
18 interkulturelle Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden
19 Kulturen abgebaut und das Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem
20 soll gewährleistet sein, dass in den Verwaltungen jedes in den benötigten Sprachen
21 vorhanden ist.

22

23 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

24 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können
25 Missverständnisse, Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die
26 Ehrenamtlichen zum Beispiel über Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines
27 Ehrenamts informiert und verschiedene Dokumente und Verfahren erklärt werden,
28 die jeder Flüchtling braucht.

29 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche
30 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit
31 diese Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können,
32 brauchen Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

33

1 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**
2 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

3 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**
4 **Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**
5 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

6
7 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

- 8 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 9 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für
10 Flüchtlinge.
- 11 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich
12 Tätigen.
- 13 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

14 15 16 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

17 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die
18 Aktivitäten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.

19
20 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im
21 Februar 2014 im bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im
22 Wohngebiet zur Qual", bis hin zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz
23 am 04.04.2015.

24
25 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von
26 Gewalt- und Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und
27 damit um mehr als das Doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das Dreifach
28 auf 162 rechtsextrem motivierte Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-
29 Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein für das Jahr 2014 zu auf 186 gewalttätige
30 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35 Brandstiftungen, und 79 tätliche
31 Übergriffe auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als alarmierend! Und sie sind
32 wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer deutlich höher
33 liegen.

1

2 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik
3 gelten, sind die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem
4 kein „Ost“- oder reines „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der
5 gesamten Gesellschaft.

6

7 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus
8 und dem Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder
9 geplante Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die
10 Antonio-Amadeu-Stiftung kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien
11 nutzen Sozialneid und Ängste von Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche
12 Propaganda aus. Dem muss man sich klar entgegenstellen! Wir **rufen daher**
13 **regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch weiter **öffentlich in aller**
14 **Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen Flüchtlinge und
15 Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich klar als das erkannt
16 werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge
17 und Brandanschläge auf ihre Wohnungen.

18

19 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden
20 fremdenfeindliche Proteste in unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu
21 untersagen. Diese haben massive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der
22 Bewohner_innen und führen im schlimmsten Fall zu einem Rückfall in erlebte
23 Traumata.

24

25 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der
26 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative**
27 **Beteiligung der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die
28 Gemeinden. Es hat sich gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben,
29 Bürger_innensprechstunden und ähnlichem die Anwohner_innen ernst genommen
30 fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals daraus Angebote
31 entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht nur die
32 Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur_innen den Nährboden und kommt
33 damit auch den Flüchtlingen zu gute.

34

1



Antragsteller:

Unterbezirk Saarpfalz

2 **Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!**

3 Unsere Mutterpartei lässt derzeit wenig Chancen aus, um einen Politikstil zu
4 verfolgen, der den Kern der Sozialdemokratie aushöhlt. Ob es um Asylkompromisse
5 geht, Liebäugeln mit Werten wie Patriotismus oder Einschnitten an dem Megaprojekt
6 Mindestlohn. Die SPD nimmt ihre Führungsrolle als stärkste Kraft des linken Lagers im
7 Parteienspektrum zu wenig wahr und fokussiert ihre Kräfte auf einen Politikstil der
8 Mitte. Vor dem Hintergrund eines verhältnismäßig linken Regierungsprogramms von
9 2013 werden solche konservativen Positionen als „Sprünge“ oder - schlimmstenfalls -
10 als Kontinuitätsbrüche wahrgenommen, die eng mit dem Parteivorsitzenden Sigmar
11 Gabriel verknüpft sind. In unseren Augen sind die großen Foren des
12 sozialdemokratischen Austauschs, der Bundeskongress und das Parteikonvent, in der
13 Pflicht emanzipierter mit Inhalten und dem Aufarbeiten unserer desaströsen
14 Wahlergebnissen umzugehen. Da ein Großteil der Delegierten allerdings in Lohn und
15 Brot der SPD steht, ist eine kritische Aufarbeitung der Themen nur schwer
16 möglich. Im Sinne einer stärkeren Basisemokratie fordern wir daher:

17 **Forderungen:**

- 18 • Das Abstimmungsverhalten der saarländischen Delegationen muss transparent
19 sein.

20

21

22

23

D1

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 Zur Weiterleitung an die Juso Landeskonferenz
2 und an die Juso Bundeskonferenz

3

4 **IPv6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!**

5 Situation:

6 Das Internet ist ja bekanntlich kein rechtsfreies Medium. Jedoch wird bis jetzt die
7 relative Anonymität der User untereinander dadurch gestärkt dass sie alle 24
8 Stunden eine neue Adresse (IP) von ihrem Internetanbieter beziehen.

9 Jedoch befinden wir uns zurzeit technisch gesehen in einer Systemweiten Umstellung
10 vom System IPv4, welches 32 Bit großen Adressen verwendet (übersetzt z.B. so
11 aussehend 192.168.0.2), zum System IPv6 das 128 Bit große Adressen verwendet
12 (übersetzt z.B. so aussehend 2001:0db8:85a3:08d3:1319:8a2e:0370:7344). Dies an
13 sich ist eine positive Entwicklung da die IPv4 Adressen durch die steigende Anzahl der
14 User im Internet immer knapper werden.

15 Jedoch ist die IPv6 Adresse in ihrem aktuellen Zustand aus der Sicht von
16 Datenschützern eine Gefahr. Der Hauptgrund hierfür liegt in der Generierung der
17 IPv6 Adresse.

18 Zur Hälfte besteht die IPv6 Adresse aus einem Teil den der Internetprovider
19 beisteuert. Bis jetzt ist es Praxis Internetadressen dynamisch(täglich wechselnd) zu
20 vergeben. Diese dynamische Vergabe ist im Ursprung die Folge des weltweiten
21 Adressmangels und könnte mit der immensen Größe des neuen Adresspools
22 wegfallen. Dies ist zwar unwahrscheinlich da bis jetzt Internetprovider für statische

1 Adressen mehr Geld verlangen konnten als für Dynamische, jedoch nicht
2 ausgeschlossen.

3 Die andere Hälfte der Adresse ist eine sehr brisanten Information, die eigene MAC
4 Adresse des Internet-Users.

5 Folgen:

6 Die MAC Adresse ist eine eindeutige Identifikationsnummer die euer Internetfähiges
7 Gerät (Sei es ein Smartphone, ein PC, ein Tablet ...) eindeutig Identifizierbar macht!
8 Das bedeutet dass eine Internetseite genau feststellen könnte wie oft das gleiche
9 Gerät und so höchstwahrscheinlich der gleiche USER sie besucht hat. Diese
10 Information ließe sich Problemlos mit anderen Internetseiten teilen um ein
11 Bewegungsprofil zu erstellen. Dieses Bewegungsprofil ließe sich auf mannigfaltige
12 Weisen missbrauchen.

13 Somit wäre der Status Gläsernes Internet erreicht.

14 Der gleiche Fall könnte auch eintreten wenn sich die Internetprovider jemals dazu
15 entschließen nur noch statische IP-Adressen zu vergeben. Dann wäre man außerdem
16 noch über den Hostanteil eindeutig Identifizierbar.

17 Was tun?

18 Zum Glück ist die Problematik bei Herstellern von Internetfähigen Geräten schon
19 entdeckt worden. Es wurde ein Konzept entwickelt das sich Privacy-Extension nennt.
20 Dabei meldet das internetfähige Gerät wenn es sich mit dem Netz verbindet statt
21 seiner eigenen Mac-Adresse eine täglich zufällig generierte Adresse. Alle
22 gebräuchlichen Betriebssysteme unterstützen in ihren neueren Versionen diese
23 Funktion und haben sie ab Werk aktiviert. Jedoch erlauben nicht alle, die Funktion zu
24 deaktivieren beziehungsweise wieder zu aktivieren

25 Forderungen

26 Deshalb fordern wir:

- 27 • Jedes neue IPv6-fähige Gerät das verkauft wird muss über die Option Privacy
28 Extension verfügen.

- 1 • Diese Option ist standardmäßig zu aktivieren wenn das Gerät kein Server sein
2 soll.

3 Die Beibehaltung des Systems der dynamischen IP-Vergabe für die Hälfte der IPv6
4 Adresse die vom Internetprovider stammt. „ Da der Standard für Privacy Extensions,
5 RFC 4941, dies sowieso in Section 3.6 vorschreibt, sollten die Geräte auch über die
6 Möglichkeit verfügen, die Funktion zu aktivieren beziehungsweise zu deaktivieren
7 sofern dies vom Kunden gewünscht ist.

8

9

10

D 2

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 **Ausbau von freiem und kostenlosen WLAN im öffentlichen Raum**

2

3 In der Digitalen und Vernetzen Welt wächst die Nachfrage aller Bürgerinnen und
4 Bürger auf die Verfügbarkeit von Drahtloser Netzwerkkommunikation. Besonders im
5 Öffentlichen Raum gibt es seither wenige Möglichkeiten, ein kostenloses und freies
6 Wireless Local Area Network (WLAN) zu nutzen. Aktuell bieten nur einige große
7 Internet Service Provider (ISP) ihren Bestandskunden die Möglichkeit einer WLAN
8 Nutzung, welche jedoch nicht immer kostenlos ist und des Weiteren nicht „frei“ ist.
9 In den meisten Fällen entscheidet ein ISP, ob der Nutzer eine bestimmte Adresse im
10 Internet erreichen darf. Die kommerziellen Anbieter verlangen zudem horrend
11 Nutzungsgebühren, die sich nicht jeder leisten kann. Vor allem in ländlichen Gebieten
12 sehen die großen Konzerne nicht genügen Gewinnpotenzial, was dazu führt, dass hier
13 kein Ausbau stattfindet. Als nicht kommerzielles und vor allem „freies“ Pendant zu
14 den großen Anbietern baut die Initiative bauen Freifunker kostenlose WLAN
15 Zugangspunkte überall, und in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, in
16 ehrenamtlicher Arbeit auf. Die Nutzung dieses freien WLAN's ist für jeden kostenlos
17 und frei von Zensurierung.

18

19 Wir fordern daher:

20 Verstärkte Bemühungen zum Aufbau eines drahtlosen, kostenlosen und unzensierten
21 Internetzugangs für alle im öffentlichen Raum, und Wohlwollen der Verwaltungen für
22 Projekte von Freifunk-Initiativen

23 - Abschaffung der Störerhaftung für öffentlich zugängliches freies WLAN

D3

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 Zur Weiterleitung an den SPD Kreisparteitag

2

3 **Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte**

4

5 Wir erleben im 21. Jahrhundert einen technologischen Fortschritt in einer
6 Geschwindigkeit wie es ihn in der Geschichte wohl noch nie gegeben hat. Er
7 verändert unsere Gesellschaft, er verändert die Menschen und unser Denken. Die Art
8 der Kommunikation, das Konsumverhalten und die Ver- und Bearbeitung von
9 Informationen aller Art werden unseren Alltag einer fundamentalen Änderung
10 unterziehen. Das soziale Miteinander als solches ist durch soziale Netzwerke, durch
11 die Nutzung des Internets an jedem Ort ein anderes geworden.

12

13 Auch die Politik ist davon keineswegs unberührt geblieben. Die Verbreitung von
14 (politischen) Informationen geschieht heutzutage nahezu in Echtzeit bspw. über
15 Twitter, facebook oder direkte Pushnachrichten aufs Smartphone. Dank dem
16 Fortschreiten des Internets haben sich der politische Prozess und Partizipations- und
17 Protestmechanismen grundlegend gewandelt. Neue Formen politischer Beteiligung
18 sind auf dem Vormarsch. Sie bieten den Bürger*innen bessere Möglichkeiten,
19 direkten Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und teilzuhaben am
20 Wandel der Gesellschaft.

21 Dieser Wandel der Gesellschaft hin zu einer von Informationen gesteuerten
22 Gesellschaft bedeutet aber auch eine große politische Herausforderung. Neben
23 zahlreichen Chancen stellen die neuen technologischen Möglichkeiten auch

1 zahlreichen Risiken dar. Neue vermeintlich kostenlose Dienste à la Google und
2 Facebook sind mitnichten umsonst. Gezahlt wird mit den Daten der Bürger*innen -
3 sie sind die Währung im Internet des 21. Jahrhundert. Diese Preisgabe von Daten
4 birgt neue Angriffspunkte für Kriminelle. Setzt man verschiedene Daten wie ein
5 Puzzle in ein Ganzes zusammen, sind unsere Daten sehr begehrt und für viele
6 Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes „Gold wert“. Aber nicht nur
7 Unternehmen, sondern auch staatliche Akteur*innen und Institutionen nutzen
8 zunehmend Daten der Bürger*innen, um an Informationen zu gelangen und diese zu
9 verarbeiten. Dies geht mit einer noch nie da gewesenen Durchleuchtung und
10 Überwachung aller Nutzer*innen von digitaler Technologie einher. Der digitale
11 Fingerabdruck ist allgegenwärtig, wie die Veröffentlichung von
12 Überwachungsmaßnahmen verschiedener Staaten uns deutlich vor Augen geführt
13 hat.

14

15 Doch was bedeutet diese neue digitale Gesellschaft nun für die Bürger*innen?
16 Zunächst ist es an der Politik, Fragen von Sicherheit und Freiheit, von Privatheit und
17 Transparenz neu zu denken. Die Pole sind wieder in ein Gleichgewicht, in eine neue
18 Balance zu bringen. Dort, wo es Spannungsfelder gibt, müssen diese abgebaut
19 werden. Dabei sollten wir jedoch stets an die Worte von Willy Brandt denken. Sie
20 stammen aus einer Zeit, in der digitaler Fortschritt wenn überhaupt in den
21 Kinderschuhen steckte, sollte aber bis heute noch unser Leitmotiv des Handelns sein:

22

23 "Deutsche Sozialdemokraten dürfen Kränkungen der Freiheit nie und nimmer
24 hinnehmen. Im Zweifel für die Freiheit!"

25 Eine sozialdemokratische Politik im digitalen Zeitalter muss diesen Grundsatz bei
26 allen Entscheidungen und Diskussionen berücksichtigen. Dies betrifft sowohl
27 Datenschutz, als auch Transparenz- und Freiheitsrechte!

28

29 Datenschutz und Datensicherheit verbessern

30 Daten, insbesondere die, die der Staat erhebt, unterliegen einem besonderen Schutz.

1 Per Staatsvertrag wurde der IT-Planungsrat gebildet mit dem Auftrag der
2 verbindlichen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen in der IT und im
3 E-Government. Im Jahr 2013 wurde u.a. die „Leitlinie für die Informationssicherheit
4 in der öffentlichen Verwaltung“ verabschiedet die für den Bund und die Länder
5 verpflichtend ist.

6

7 Dies allein halten wir jedoch für unzureichend. Während im Saarland bereits mit den
8 „Bürgerdiensten Saar“ ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde halten wir
9 die Einführung eines umfassenden E-Government Gesetzes für längst überfällig.
10 Bereits im Jahr 2013 wurde dieses Vorhaben von Minister Toscani gepriesen.

11

12 Nach ersten Schätzungen des Normenkontrollrats der Bundesregierung könne bei
13 vollständiger Umsetzung des E-Government-Gesetzes des Bundes mit jährlichen
14 Einsparungen von 35 Millionen Euro bei den Bürgern, 208 Millionen Euro bei der
15 Wirtschaft und 930 Millionen Euro bei der Verwaltung gerechnet werden. Bei einer
16 weiteren Umsetzung in Ländern und Kommunen liegen die Einsparpotenziale noch
17 höher, frohlockte der Minister damals. Leider wurde bisher jedoch kein Gesetz auf
18 den Weg gebracht, obwohl es offensichtlich hohe Einsparpotenziale birgt.

19

20 Doch nicht nur Daten, die der Staat erhebt, sollen einem hohen Schutzniveau
21 unterliegen. Auch bei Daten, die von Unternehmen als „Währung“ ihrer vermeintlich
22 kostenlosen Dienste erhoben und verarbeitet werden, muss der Staat
23 Kontrollbefugnisse ausüben.

24 Wir fordern

- 25 • die Maßstäbe der Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen
26 Verwaltung“ in allen Kommunen umzusetzen.
- 27 • die rasche Einführung eines eigenen und umfassenden E-Government Gesetz
28 im Saarland

29

1 Datenschutz im Straßenverkehr

2 Auch die technische Entwicklung und Automation im Straßenverkehr schreitet stetig
3 voran. Autonome KFZ können in wenigen Jahren zum alltäglichen Bild des
4 Straßenverkehrs dazugehören. Dies führt zu digitalen Spuren über den Zustand des
5 Kraftfahrzeugs (Kfz), das Verkehrsgeschehen, den Halter und den Fahrer sowie über
6 äußere Umstände des Verkehrs sowie über die Verkehrsteilnehmer. Mit Erfassung
7 der Daten beim Betrieb eines KFZ ist es u.a. möglich Halter und Fahrer zu ermitteln,
8 sämtliche Standort- und Bewegungsdaten zu erfassen sowie die Fahrgewohnheiten
9 zu analysieren. Mittlerweile überlegen einige Versicherer, günstigere Policen
10 anzubieten, wenn sich die Versicherten bereit erklären, ihr komplettes Verhalten im
11 Straßenverkehr offen zu legen.

12

13 Was sich zunächst nach einem guten Service und günstigem Angebot für die
14 Versicherten anhört ist in Wahrheit die Erstellung des komplett gläsernen
15 Verkehrsteilnehmers. Anonymität wird bei der Mobilität aufgehoben mit der Folge
16 möglicher Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens. Dies kann u. a. dazu führen, dass
17 zulässiges, aber unangepasstes und für unerwünscht angesehenes Verkehrsverhalten
18 diskriminierend behandelt und unterdrückt wird.

19

20 Wir fordern

- 21 • die Umsetzung der Maßgabe der Datensparsamkeit im
22 Bundesdatenschutzgesetz. Sie müssen jederzeit selbst die Möglichkeit haben
23 über ihre Daten und deren Verarbeitung entscheiden zu können. Eine
24 vorherige Zustimmung zu allen Änderungen seitens des Vertragsgebers muss
25 verpflichtend sein.
- 26 • ein gesetzliches Verbot der Erstellung von Bewegungsprofilen und detaillierten
27 Fahrgewohnheiten ohne Zustimmung des Betroffenen, oder ohne Möglichkeit,
28 diese Zustimmung jederzeit zu widerrufen
- 29 • Kameras auf Ampeln dienen ausschließlich der Verkehrsflussbeobachtung und
30 sollten daher nach Möglichkeit weder Gesichter noch Fahrzeugkennzeichen

1 erkennbar zeigen. Dies ist über eine Anonymisierung per Software oder einfach
2 eine ausreichend schlechte Auflösung zu gewährleisten. Die Bilder der Kameras
3 sind nur in Echtzeit anzuzeigen und dürfen nicht gespeichert werden. Darüber
4 hinaus ist visuell anzuzeigen, wann die Kamera eingeschaltet ist

5 Datenschutz bei Polizeieinsätzen

6 Viele Einsätze der Polizei sorgen im Nachhinein für Diskussionen. Die Aussagen der
7 Beteiligten widersprechen sich häufig, insbesondere wenn es im Rahmen der Einsätze
8 zu weiteren Straftaten oder gewalttätigen Aktionen gekommen ist. Gerade in solch
9 einer Situation kann eine Kameraaufzeichnung als objektives Beweismittel Klarheit
10 schaffen.

11
12 Schon heute tragen Videoinformationen zur Aufklärung von Straftaten am Rande von
13 Demonstrationen bei. So konnte ein Polizeibeamter der schweren Körperverletzung
14 überführt werden, nachdem er am Rande einer Demonstration gegen die
15 Verherrlichung des NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke einen Demonstranten
16 geschlagen hatte. Der Beamte ist inzwischen verurteilt und wird – vorbehaltlich des
17 Revisionsverfahrens – aus dem Polizeidienst entlassen werden. Das Gericht stellte
18 fest, dass ohne dieses Beweisstück wahrscheinlich gegen den Geschädigten dieser
19 Körperverletzung wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollzugsbeamte
20 ermittelt worden wäre. Ohne dieses Video wäre demnach Unrecht gesprochen
21 worden. Niemand kann sagen, wie häufig dies heute geschieht.

22
23 Solche privat gedrehten Videos erfüllen jedoch häufig nicht die Ansprüche, die im
24 Gerichtsverfahren an die Dokumentation angelegt werden. Sie zeigen oft nur einen
25 minimalen Ausschnitt des Geschehens und dokumentieren nicht, wie eine Situation
26 überhaupt entstanden ist. Solche Privatvideos können eine gerichtsfeste Einsatz-
27 dokumentation jedoch sinnvoll ergänzen.

28
29 In der Öffentlichkeit werden häufig gewalttätige Situationen am Rand von ansonsten
30 friedlichen Fußballspielen oder Demonstrationen diskutiert. Die meisten
31 gewalttätigen Einsatzsituationen finden jedoch in alltäglichen Einsätzen statt; vor der
32 Diskothek, bei häuslicher Gewalt, nach einem Ladendiebstahl.
33 Darum sind Präventionsmaßnahmen hier besonders wichtig. Ein vorausschauendes

1 und deeskalatives Verhalten von Beamten fordern wir in solchen Situationen ein!

2

3 In den USA existiert seit Jahren eine Videoüberwachung in den Einsatzfahrzeugen der
4 Polizeieinheiten. Nachdem deren Einsatz das Fehlverhalten einiger Cops aufgedeckt
5 hat, wurden bei einigen Polizeien auch Körperkameras angeschafft. Damit wurden
6 auch die Forderungen von Bürgerrechtler_innen umgesetzt, die eine videografische
7 Dokumentation von Einsätzen gefordert hatten, um Polizeigewalt zu verhindern.
8 Und die Zahlen geben den Bürgerrechtler_innen recht: In Rialto (Kalifornien / USA)
9 sank die Zahl der der Beschwerden gegen Polizeibeamte um 88% und die Zahl der
10 Einsätze von Gewalt durch Polizeibeamt_innen sank um fast 60% nach dem Einsatz
11 der Kameras.

12

13 Auf der anderen Seite steigt auch die Gewalt gegen Polizeibeamte seit Jahren an.
14 Auch hier sind es oft Alltagssituationen in denen es zu Gewaltausbrüchen kommt. Die
15 Schuldfrage ist oft im Nachhinein nicht mehr zu klären sind. Eine frühzeitige
16 Dokumentation kann allen Beteiligten – Polizeibeamt_innen wie ihrem Gegenüber –
17 aufzeigen, dass ihre Handlungen dokumentiert werden und somit Gewalt verhindern.

18

19 Auch im Saarland ist ein Modellprojekt zum Einsatz von BodyCams für Ende 2015
20 geplant. Es existieren allerdings noch keine verlässlichen Zahlen, wie viele dieser
21 Kameras angeschafft werden sollen. So nannte Minister Bouillon innerhalb von drei
22 Wochen bei unterschiedlichen Medien unterschiedliche Zahlen.

23

24 Neben dem saarländischen Modellprojekt laufen Testphasen in den Bundesländern
25 und Hamburg und Rheinland-Pfalz.
26 Ein entsprechendes Projekt in Hessen ist inzwischen evaluiert. In Frankfurt (Alt-
27 Sachsenhausen) sank die Zahl der Widerstände gegen Vollzugsbeamte von 40 auf 25
28 im Jahr nach der Einführung der BodyCams. Auch die Anzahl der Maßnahmen, die mit
29 körperlichem Zwang durchgesetzt wurden nahm signifikant ab.

30

31 Auch eine Evaluation des Saarländischen Pilotprojektes ist vor einer Ausweitung
32 dringend notwendig. Schließlich werden die Anschaffungskosten aus dem
33 Polizeihaushalt bestritten und fehlen zum Beispiel im Beförderungsbudget für die

1 Schutzleute. Die Ausgaben müssen aber nicht nur vor den Polizeibeamt_innen,
2 sondern vor allen Steuerzahler_innen gerechtfertigt werden.“

3

4 Ein Mehrwert durch die Einführung für BodyCams entsteht, durch das Erfassen der
5 konkreten Interaktion zwischen Bürgern und Polizisten, so dass im Streitfall neben
6 der Aussage der Polizisten und der Bürger auch ein objektives Beweismittel zur
7 Verfügung steht, auf dem auch Details erkennbar sind. Das könnte deeskalierend auf
8 alle Beteiligten wirken.

9

10 Um die Bürger*innen dabei vor übermäßigen Eingriffen in ihre Grundrechte auf
11 informationelle Selbstbestimmung zu schützen, müssen deshalb klare und
12 transparente rechtliche Vorgaben an den Einsatz dieser Überwachungsinstrumente
13 gestellt werden. Nur so kann künftigen Fehlentwicklungen vorgebeugt werden, die
14 dazu führen, dass im Verhältnis Bürger – Polizei eine technische Drohkulisse
15 aufgebaut wird, die allein einseitigen Interessen zu dienen bestimmt ist.

16

17 Daneben sind die Einsatzbereiche für die kleinen Kameras klar vorzugeben. Im Sinne
18 der Datensparsamkeit ist jegliche Videoaufzeichnung auf das zwingend notwendige
19 Maß zu beschränken. Es muss jedenfalls ein konkreter und klar definierter Anlass
20 vorliegen, in der die Kamera eingeschaltet wird. Dies kann bspw. eine konkrete
21 Gefahrensituation sein. „Die Herausforderungen digitaler Gesellschaft treffen auch
22 die Polizei. Durch den technischen Fortschritt und neue Möglichkeiten zur
23 Kommunikation muss das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei an einigen Stellen
24 neu verhandelt werden. Einen solchen Prozess wollen wir begleiten.

25

26 Aus diesem Grund fordern wir die SPD auf einen parteiöffentlichen Polizeikongress zu
27 veranstalten. In diesem Polizeikongress sollen vor allem die neuen
28 Herausforderungen an die Polizei in der digitalen Gesellschaft auf der Tagesordnung
29 stehen.

30

1 Ein wichtiges Thema für einen solchen Kongress ist die Einführung der BodyCams. Die
2 Einführung der BodyCams macht das Argument der Polizeigewerkschaften obsolet,
3 dass es durch die Einführung einer Kennzeichnungspflicht zu ungerechtfertigten
4 Anzeigen gegen Polizeibeamt_innen kommen würde. Darum wollen wir darüber
5 reden, wie eine Einführung der Kennzeichnungspflicht gestaltet werden kann.

6

7 Das (fehlende) Auftreten der saarländischen Polizei in sozialen Netzwerken lässt
8 Raum für private Fahndungsaufrufe, Hetze gegen Minderheiten und erschwert die
9 Überprüfung reißerischer Berichterstattung. Wir wollen darüber diskutieren, wie ein
10 Auftritt der Polizei in Sozialen Medien aussehen kann.

11

12 Beamte der Saarländischen Polizei gaben in diesem Jahr als Whistleblower
13 Informationen über Missstände in der Polizei weiter. Wir wollen darüber sprechen,
14 ob die Einführung eines Polizeibeauftragten beim Saarländischen Landtag eine –
15 strafbare – Weitergabe von Dienstgeheimnissen hätte verhindern können. Weiter
16 muss Thema sein, wie Whistleblower in Behörden geschützt werden können.

17

18 Als Jusos wollen wir in die Ausgestaltung eines solchen Kongresses einbezogen
19 werden.“

20

21 Diese Anlassbezogenheit dient dazu, um einer durch Einschüchterung drohenden
22 Verschlechterung des Vertrauensverhältnisses der Bürger zur Polizei vorzubeugen.
23 Auch in der Zukunft muss es noch möglich sein, Polizeibediensteten gegenüber Kritik
24 zu äußern, ohne allein deshalb mit Ton und Bild aufgenommen zu werden. Trotz aller
25 technischen Möglichkeiten, die der digitale Wandel mit sich gebracht hat, sollte das
26 gegenseitige Vertrauen in das jeweilige Handeln zwischen Bürger*innen und
27 Behörden an oberster Stelle stehen.

28 Wir erwarten von der Landesregierung, dass zunächst sämtliche rechtlichen und
29 tatsächlichen Fragen geklärt werden, bevor übereilt Body Cams zum Einsatz kommen.
30 Unklar sind beispielsweise Fragen wie, wer die Daten sehen und auswerten, wie
31 lange sie gespeichert werden und von wem genau. Gerade vor dem Hintergrund,
32 dass sich auf den Bildern hauptsächlich unschuldige Bürger*innen befinden, ist
33 ebenso zu klären, wer die Auswertung kontrolliert und wie ein Missbrauch der Daten

1 ausgeschlossen werden kann.

2

3 Wir fordern

4 • die saarländische Landesregierung auf, vor der Einführung von BodyCams
5 sämtliche rechtlichen und tatsächlichen Fragen und Unklarheiten zu klären und
6 den Menschen im Saarland transparent zur Verfügung zu stellen.

7 • eine klare Definition über den Kreis der Institutionen, welche die Auswertung
8 des Datenmaterials vornehmen, sowie die Begrenzung der Dauer der
9 Speicherung des Datenmaterials.

10 • Nach dem Pilotprojekt muss eine kritische Evaluation dieses Einsatzmittels
11 erfolgen. Bei der Evaluation muss auch die Möglichkeit geprüft werden, dass
12 das Pilotprojekt keine Verbesserungen gebracht hat und demnach keine
13 Einführung erfolgt.

14

15 • Darum müssen alle Änderungen am Saarländischen Polizeigesetz (SPolG) zum
16 Ende der Evaluation wieder automatisch rückgängig gemacht werden, falls das
17 Projekt nicht in eine Einführung mündet.

18

19 • Der Beginn und das Ende einer Einsatzdokumentation mittels BodyCam ist
20 durch einen Polizeiführer oder die Führungs- und Lagezentrale anzuordnen
21 und darf nicht vom gutdünken der Schutzleute vor Ort abhängen.
22 Die Uhrzeit und Dauer der Aufzeichnung ist zu dokumentieren.

23 Die Aufzeichnung muss die gesamte Einsatzsituation dokumentieren und darf
24 nicht nur auf einzelne Ausschnitte begrenzt werden.

25

26 • Für Bürger_innen muss die Ausstattung eines Polizeikommandos mit
27 Körperkameras aus einer Entfernung von mindestens 10 Metern klar
28 erkennbar sein. Weiter muss erkennbar sein, ob die Kamera eingeschaltet ist.
29 Wir begrüßen, dass die Beschaffung der Hessischen Warnwesten vorgesehen
30 ist – auch weil diese bereits über Klettfolien zur Anbringung einer persönlichen
31 Kennzeichnung verfügen.

32

1 • Die Einbindung des Datenschutzbeauftragten der Landesregierung ist
2 sicherzustellen.“

3
4 • sollte es zur Einführung der BodyCams kommen, die klare Kennzeichnung von
5 Polizeibeamt*innen, die mit BodyCams ausgerüstet sind. Dies kann
6 beispielsweise durch eine spezielle Weste (vgl. Warnweste) geschehen, welche
7 von Beamt*innen mit BodyCams getragen werden muss.

8 • sollte es zur Einführung der BodyCams kommen, die Einrichtung einer
9 unabhängigen Treuhandstelle, welche die Gewährleistung der Sicherheit
10 polizeilicher Datenverarbeitung zur Aufgabe hat.

11

12 Polizeikongress

13 Daneben wirft die geplante Anschaffung von BodyCams bei der saarländischen Polizei
14 viele Fragen auf, die vor Inbetriebnahme einer kritischen rechtlichen Prüfung
15 bedürfen. Und auch die Debatte um die Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen hat
16 beispielhaft gezeigt, dass auch die Thematik der Dokumentation und Transparenz
17 polizeilichen Handelns ein wichtiger Faktor für das Vertrauen von Bürger*innen in die
18 saarländische Polizei darstellt. Damit das Bildmaterial auch dem Schutz der Bürger
19 dienen kann darf eine Löschung vor Ablauf eventueller Mindestspeicherfristen
20 technisch nur für die zuständige Stelle, etwa die Innenrevision, aber nicht für die
21 beteiligten Polizisten selber oder ihre Kollegen auf der Wache möglich sein. Ebenso
22 wäre es zur objektiveren Erfassung der Situation hilfreich, wenn ein Abschalten der
23 Kamera nur mit einer Zeitverzögerung, z.B. 30 Sekunden, möglich wäre.“

24

25 All dies zum Anlass nehmend fordern wir

26 • die SPD Saar auf einen parteiöffentlichen Polizeikongress zu veranstalten.
27 Bei diesem Kongress sollen die im Antrag aufgeworfenen und weitere Fragen
28 bzgl. Datenschutz, Bürger*innenrechte und Transparenz umfassend von
29 Expert*innen beleuchtet werden.
30 Insbesondere fordern wir die SPD Saar in diesem Zusammenhang auf,
31 Expert*innen und Vertreter*innen von

- 1 • Polizei,
2 • Gewerkschaft,
3
4 • Wissenschaft (bspw. Professor Dr. Rafael Behr von der Akademie der Polizei
5 Hamburg) und
6 NGO's (bspw. Amnesty International, als Referent*innen für einen solchen Kongress
7 zu gewinnen.

8

9

D4

Antragsteller:

Unterbezirk Saarpfalz

1 **Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!**

2

3 **Analyse:**

4 *„Die Presse muß die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die*
5 *Freiheit haben, alles zu tun.“ - Stewart Alsop.*

6 Die Pressefreiheit ist eines der fundamentalen Grundrechte unserer Bundesrepublik
7 und neben der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) eine Säule unseres
8 demokratischen Rechtsstaates. Generationen von Bürgerinnen und Bürgern haben
9 für dieses Recht gekämpft, das selbst im 21. Jahrhundert nicht in allen globalen
10 Demokratien selbstverständlich ist.

11 Die bundesdeutsche Geschichte zeigt, dass auch in der jüngeren Vergangenheit
12 dieses Recht nicht vor politischer Einflussnahme, Manipulation oder vor
13 Beschneidung geschützt war. Die „Spiegel-Affäre“ von 1962 steht symbolisch für den
14 gescheiterten Versuch des Staates eine unbequeme Meinung zum Schweigen zu
15 bringen und eine missbilligende Publikation aus dem Fokus der Öffentlichkeit zu
16 rücken. Das Instrument, mit dem Zensur betrieben werden sollte und die Akteure
17 hinter der „Spiegel-Affäre“ mundtot machen sollte, war der § 94 StGB Landesverrat.
18 Heute, 50 Jahre nach den Ereignissen um Jakob Augstein und die Redaktion des
19 Spiegels wirkt die Affäre wie ein Menetekel für den Umgang der Staatsmacht mit den
20 freien, kritischen Medien eines freien Landes. Die jüngsten Ereignisse um die
21 Plattform netzpolitik.org zeigen, dass die Affäre auch noch ein halbes Jahrhundert
22 später nachwirkt: als Lektion, wie dieser Umgang eben nicht sein sollte.

23 Im deutschen Strafrecht ist Landesverrat ein in § 94 StGB geregeltes Verbrechen, das
24 sich gegen die äußere Sicherheit und den Bestand des Staates richtet.

25 Der genaue Wortlaut des Gesetzes:

26 (1) Wer ein Staatsgeheimnis

27 1.einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder

1 2. sonst an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um die
2 Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu
3 begünstigen, und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere
4 Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht
5 unter einem Jahr bestraft.

6 (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder
7 Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel
8 vor, wenn der Täter

9 1. eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung von
10 Staatsgeheimnissen besonders verpflichtet, oder

11 2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere
12 Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

13 Das Instrument wirkt im Angesicht der Ereignisse um die beiden Betreiber der
14 journalistischen Plattform netzpolitik.org, Markus Bechedahl und Andre Meister, als
15 wolle man mit Kanonen auf Spatzen schießen. Der völlig unverhältnismäßige Vorwurf
16 des Landesverrats stellt eine Gefahr für den investigativen Journalismus in
17 Deutschland dar, der seines gleichen sucht. Durch das repressive Vorgehen des
18 Staates werden Journalisten von kritischer Arbeit abgeschreckt und ein
19 Klima der Angst konstituiert sich. Ein Klima, in dem die „vierte Macht im Staat“ weder
20 wachsen, noch gedeihen kann.

21 Der Vorwurf des Landesverrats hat in Deutschland eine unselige Tradition und die
22 Bundesanwaltschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten mit solchen Vorwürfen
23 gegen Journalisten - selbst bei heikleren Geschichten zurückhaltend umgegangen.
24 Nun machten sich Journalisten möglicherweise strafbar, wenn die über die
25 Ausspähtaktiken des US-Geheimdienstes NSA berichten, dabei ist die NSA-Affäre
26 auch in der BRD noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden.

27 Der Vorwurf des Landesverrates im Kontrast zu dem Ziel die Öffentlichkeit über die
28 Praktiken der US-amerikanischen Ausspähdienste zu informieren ist heuchlerisch und
29 falsch.

30 **Forderungen:**

31 • Bei Staaten, die ihr Handeln geheim halten, weil sie in einem von Grundrechten und
32 Verfassung losgelösten Raum agieren, ist demokratische Kontrolle unmöglich. In
33 diesen Situationen sind es

1 „Whistleblower“, die eine demokratische Öffentlichkeit informieren. Der Vorwurf
2 des Landesverrats ist ein völlig unverhältnismäßiges Mittel, um diese Journalisten
3 einzuschüchtern. Wir fordern Straffreiheit für Whistleblower die im öffentlichen
4 Interesse handeln um einen Missstand abzustellen der schwerer wiegt als berechnete
5 Geheimhaltungsinteressen. Wir brauchen einen staatlichen Whistleblowerschutz.

6 • Wir fordern, dass der § 94 StGB Landesverrat durch einen weiteren Artikel ergänzt
7 wird, der

8 Journalisten vor dem Vorwurf des Landesverrats nachhaltig schützt.

9 (3) Die rechtlichen Konsequenzen aus Artikel (1) und (2) entfallen, wenn sie von
10 Journalisten mit

11 dem Ziel vorgenommen werden, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu informieren
12 und das öffentliche Interesse in ausreichendem Maße das
13 Geheimhaltungsinteresse des Staates zum Schutz der äußeren Sicherheit der
14 Bundesrepublik Deutschlands aufwiegt

15

16 **Begründung:** erfolgt mündlich.

17

Antragsteller:

K1

**Saarbrücken Land und Saarbrücken
Stadt**

1 **Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag**

2 **Taktwechsel im ÖPNV**

3

4 Forderungen :

5 -Die Jusos Saar fordern die Einführung eines Saarland-Tickets für die Einwohnerinnen
6 und Einwohner auf Steuerbasis, was durchaus mit einer Erhöhung von einkommens-
7 oder vermögensbezogenen Steuern einhergehen sollte.

8

9 -Gleichzeitig fordern wir für InhaberInnen des Saarland-Tickets die Abschaffung des
10 aktuellen Fahrscheinsystems des ÖPNVs im Saarland, sowie die Abschaffung des
11 Semestertickets für die Studierenden der Saarländischen Hochschulen.

12

13 Wir fordern außerdem die Fusionierung aller saarländischen Verkehrsbetriebe zu
14 einem einheitlichen großen Verkehrsbetrieb für den saarländischen ÖPNV, welcher
15 durch das Land als Träger geführt wird.

16 -Ebenso fordern wir die Stärkung des aktuellen Streckennetzes im saarländischen
17 ÖPNV, durch bessere Abstimmungen der einzelnen öffentlichen Verkehrsmittel, den
18 Ausbau bestehender Streckennetze und die Entwicklung neuer Streckenrouten.

19

20 -Außerdem fordern wir die Stärkung des grenzüberschreitenden ÖPNVs im
21 Metropolraum SaarMoselle. Zudem soll hierfür ein grenzüberschreitender
22 Oberträger eingerichtet werden, der diese länderübergreifende Stärkung des
23 Metropolraums in der SaarLorLux Region nachhaltig ausbauen und garantieren kann.

1

2 Begründung :

3 Lange Wartezeiten , teure Fahrpreise , schlechte Verbindungen und zahlreiche
4 Verspätungen prägen die heutige Landschaft des saarländischen ÖPNVs Eine
5 zuverlässige und interessante Daseinsvorsorge ist nicht mehr gegeben
6 und die Entwicklung der letzten Jahre ist mehr als besorgniserregend.

7 Aufgrund dieser Situation erscheint ein enormer Rückgang der beförderten Personen
8 durch den ÖPNV nicht sonderlich überraschend.

9 Im Jahre 2013 nutzten ungefähr 88¹ Millionen Personen den Nahverkehr.

10 Ein Jahr später zählte das Statistische Bundesamt nur noch 84² Millionen.

11 Zum Vergleich: Der Bundestrend verläuft in die entgegengesetzte Richtung, da
12 die deutschlandweiten Fahrgastzahlen um 0,6³ Prozentpunkte auf 11 Mrd.⁴
13 anstiegen.

14 Dennoch sehen die Verantwortlichen des SAARVVs keinen dringenden
15 Handlungsbedarf , da dieser negative Prozess durch natürliche Umstände beeinflusst
16 werden würde .

17 Hierbei sieht das Unternehmen die sinkende Schülerzahl als gewichtigen Grund der
18 geringeren Fahrgastzahlen an, was letztlich durch den demografischen Prozess
19 resultieren würde. Daraus resultieren auch die jährlichen Fahrpreissteigerungen, die
20 einerseits wegen erhöhten Energiekosten und andererseits wegen weniger Ticket-
21 Erlösen entstehen würden. Die finanzielle Mehrbelastung für die Fahrgäste könnte
22 nur durch eine Stärkung der Regionalisierungsmittel vermieden werden d.h. einen
23 Zuschuss von insgesamt 8,5⁵ statt 7,3⁶ Milliarden Euro pro Jahr. Jedoch verweigert
24 der

25 Bund weiterhin eine Erhöhung dieses Grundbetrages . Das Saarland erhält derzeit
26 einen Betrag von ungefähr 96,4 Mio. Euro durch das Regionalisierungsgesetz .

27 Letztlich werden die Fahrgäste mit jährlichen Preiserhöhungen konfrontiert, obwohl
28 sich das Streckennetz nicht signifikant vergrößert hat.

¹www.sr-online/Politik/Wirtschaft/WenigerSaarländerinBusundBahn

²www.sr-online/Politik/Wirtschaft/WenigerSaarländerinBusundBahn

³www.sr-online/Politik/Wirtschaft/WenigerSaarländerinBusundBahn

⁴www.sr-online/Politik/Wirtschaft/wenigerSaarländerinBusundBahn

⁵www.tagesschau.de/inland/nahverkehr-101.html

⁶www.tagesschau.de/inland/nahverkehr-101.html

1 Zudem wird die durch den SAARVV angestrebte Reform im Jahr 2016 zu einer
2 grundlegenden ``Hängepartie`` und hängt davon ab, wann die Revision des
3 Regionalisierungsgesetzes beschlossen ist. Bis dahin werden sich weitere Personen
4 von den Öffentlichen Verkehrsmitteln (OV) distanzieren. Und die Fahrpreise werden
5 weiterhin erhöht.

6
7 Das Saarland-Ticket – eine solidarische Grundleistung

8 Für die oben genannten negativen Tendenzen sind Maßnahmen erforderlich, die
9 dafür sorgen, dass das öffentliche Interesse für die Benutzung des ÖPNVs wieder
10 gesteigert wird. Hierfür ist die Einführung eines sogenannten Saarland-Tickets am
11 geeignetsten, da es insbesondere den Grundwert der Solidarität – des Gemeinwohls
12 – in den Vordergrund stellt. Die Daseinsvorsorge ÖPNV soll nicht nur interessanter
13 werden, sondern wieder ein Teilstück des gesellschaftlichen Prozesses werden.
14 Modern, progressiv und pluralistisch !

15 Zumal macht das Festhalten des bisherigen Systems keinen Sinn, da die
16 Fahrgastzahlen weiterhin sinken werden und das bisherige Streckennetz stagniert
17 oder sogar noch verkleinert wird. Eine pauschale Nahverkehrsabgabe kann diesen
18 negativen Trend beenden.

19

20 Welche zusätzlichen Einnahmen würden sich durch diese Ticketeinführung erzielen
21 lassen? Im Saarland leben zurzeit 989.000 ⁷Menschen. Davon sind ungefähr 14,4⁸
22 Prozent unter 18 Jahre alt. Im Saarland leben zurzeit ungefähr 34.000⁹ Menschen,
23 die das Arbeitslosengeld Zwei längerfristig in Anspruch nehmen und somit einen
24 ÖPNV Satz von 19,20 Euro pro

25 Monat zahlen .Somit würden 811460 Personen die pauschale Nahverkehrsabgabe
26 mitfinanzieren, wodurch eine zusätzliche Einnahmequelle von 243,4 Mio. Euro pro
27 Jahr resultieren würde. Diese Einnahmequelle basiert auf einem Mittelwert von 25
28 Euro pro Saarland-Ticket. Durch diese Mehreinnahme, die als direkte Investition in
29 den ÖPNV fließen muss, kann das bisherige Streckennetz erneuert, besser vertaktet

⁷ www.wikipedia/saarland.org

⁸ www.statistik-bw.de/Pressen_rhmitt/2015025.asp

⁹ www.sr-online/Politik/Wirtschaft/ArbeitslosenzahlenSaarland

1 und ausgebaut werden. Zudem können neben weiteren Einsparungen, die z.B. den
2 Wegfall der Ticketkontrollen beinhalten, weitere positive Synergieeffekte erzielt
3 werden, die eine Einschränkung des Schwarzfahrens garantieren.

4 Das defizitäre Kapitel des ÖPNVs wird außerdem durch eine höhere Auslastung der
5 Busse und Bahnen beendet. Zusätzlich führt es zu Entlastungen auf den
6 saarländischen Verkehrswegen, wodurch erhöhte Verkehrsaufkommen gesenkt und
7 hohe Co2 Belastungen vermieden werden.

8 Das Saarland-Ticket schafft somit ein festes solides Fundament, das zugleich die
9 zukünftigen Finanzierungsprobleme, die durch den demografischen Prozess
10 entstehen, aushebelt.

11

12 Durch dieses Ticket nutzen mehr Menschen den ÖPNV und deswegen ist auch eine
13 Verbesserung und eine grundlegende Modernisierung des Netzes unabdingbar.

14 Diese Nahverkehrsabgabe belebt auch das Pflicht und Verantwortungsgefühl der
15 Fahrgäste, mit den jeweiligen Verkehrsmitteln ordnungsgemäß umzugehen. Dies
16 garantiert Sicherheit für alle Seiten und der Steuerzahler wird mit weniger Kosten,
17 die durch mutwilligen Vandalismus verursacht werden, belastet. Der ÖPNV würde
18 sich wieder zu einem standfesten Konkurrenzprodukt gegenüber dem
19 Individualverkehr etablieren.

20 Zudem muss mit der Einführung des Saarland-Tickets das Semesterticket aufgehoben
21 werden, da ansonsten eine Doppelbelastung für die Studierenden bestehen würde.
22 Dieses Geld soll für die Studenten zur Verfügung stehen. Damit sollen die
23 umfangreichen Einsparungen der saarländischen Hochschulstandorte beendet
24 werden und zugleich einen bedingungslosen

25 Erhalt der einzelnen Fakultäten garantieren. Der Hartz 4 Satz soll in seiner bisherigen
26 Form weiterbestehen. Gleiches gilt auch für die Abgabeleistung, die für Flüchtlinge
27 eingeführt wurde.

28 ÖPNV Zweckverband

29 Die bisherige Aufgabenverteilung zwischen dem Land, das den SPNV betreut und
30 den einzelnen Landkreisen, die den restlichen Bestandteil des ÖPNVs organisieren,
31 soll in dieser Form bestehen bleiben.

32 Hierbei dürfen auch weiterhin keine Verkehrsunternehmen bzw. Betreiber inkludiert
33 sein. Jedoch sollten die einzelnen Bereiche effizienter miteinander kooperieren,
34 damit bessere Abstimmungen erzielt werden können.

1

2 Sonderleistungen

3 Aufgrund der geographischen Lage des Saarlandes kann das Saarland-Ticket ohne
4 Sonderleistungen nicht bestehen. Zahlreiche Studenten, die die Universität des
5 Saarlandes besuchen, jedoch in Rheinland Pfalz oder in Lothringen leben können
6 nicht in das Saarland-Ticket mit eingeschlossen werden. Gleiches gilt auch für
7 Auszubildende, die im Saarland arbeiten, jedoch nicht dort leben. Hierfür müssen
8 gesonderte Rahmenbedingungen geschaffen werden, die jedoch unter anderen
9 ökonomischen Konditionen stehen.

10 Damit sollen Anreize geschaffen werden, die letztlich dazu führen sollen, dass wieder
11 mehr Studenten bzw. Auszubildende im Saarland wohnen.

12

13 Eurodistrict Saar Moselle

14 Das Modell Saarland-Ticket kann somit nicht grenzüberschreitend eingeführt
15 werden, jedoch sollte auch dort die Preispolitik überprüft werden und bessere
16 Konzepte für die Metropolregion entstehen, die zunächst Nachhaltigkeit und
17 Strukturierung garantieren. Das Saarland – ein Teilstück der Großregion SaarLorLux –
18 kann hierbei über ein großes Potenzial verfügen und sollte dies auch endlich nutzen.
19 Eine Stärkung des Eurodistrict Saar Moselle erscheint somit als eine wichtige
20 Handlung, die umgesetzt werden muss. Hierbei muss insbesondere die
21 grenzüberschreitende Kooperation eine zentrale Rolle spielen, wovon der ÖPNV nun
22 auch profitieren sollte. Aufgrund der Tatsache, dass es einen starken Pendlerstrom
23 zwischen dem Saarland und Frankreich gibt, sollten weitere Verbindungen entstehen.
24 Dies würde den Großraum Saarbrücken, besonders die Landeshauptstadt, erheblich
25 entlasten und zu weniger Verkehrsbelastungen auf den einzelnen Straßen bzw.
26 Autobahnen führen. Besonders auf der Strecke zwischen Saarbrücken und Forbach
27 sollte eine Saarbahn-Verbindung eingeführt werden, da dadurch auch die beiden
28 Schulzentren besser miteinander vernetzt werden können. Bisher wird
29 grenzüberschreitend lediglich die Verbindung nach Sarreguemines angefahren,
30 jedoch sollten hierbei, was auch die Finanzierung durch die Entflechtungsmittel
31 betrifft, weitere Strecken entstehen. Zudem sollte über eine gemeinsame
32 Marketingfirma für den grenzüberschreitenden Nahverkehr
33 nachgedacht werden. Das Vorbild hierfür wurde im Fernverkehr auf der Route
34 Frankfurt am Main via Saarbrücken nach Paris geschaffen. Die Firma Alleeo

1 übernimmt im Auftrag von DB Fernverkehr und SNCF den gemeinsamen
2 Marktauftritt dieser Linie, was finanziell und konzeptionell mit großen
3 Begünstigungen verbunden ist.

4

5 Das Bürgerticket in der Praxis (Basissystem des Saarland-Tickets)

6 In Wuppertal wurde diesbezüglich ein kleineres Pilotprojekt in Form des
7 Bürgertickets gestartet. Der erfolgreiche Praxis-Test zeigte, dass dieses Modell sehr
8 positive Aspekte mit sich zieht und den Strukturen des ÖPNVs sehr behilflich ist. Auch
9 die Autofahrer waren sehr zufrieden.

10

11 Das Saarland-Ticket ist eine lohnende Investition, die den ÖPNV grundlegend
12 verbessern wird und gleichzeitig eine real existierende Daseinsvorsorge garantiert.

13

K2

Antragsteller:

Unterbezirk St. Wendel

1 Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag

2

3 **Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!**

4

5 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich bei der Landesregierung und im
6 Parlament zügig für die Erstellung eines landesweiten Bäderkonzepts einzusetzen.
7 Die saarländischen Kommunen dürfen mit der Finanzierung von Schwimmbädern
8 nicht länger alleine gelassen werden.

9

10 Seit mehreren Jahren stehen die Kommunen vor finanziellen Überlastungen. Vor
11 allem die Schwimmbäder stellen ein teures Zuschussgeschäft für Städte und
12 Gemeinden dar. Vor allem jenen Gemeinden, denen die Überschuldung droht, wird
13 geraten, ihr Bad zu schließen. Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge jedoch sind
14 Bäder „Zuschussgeschäfte“ – nicht zuletzt, um soziale Eintrittspreise zu realisieren.

15

16 Die Diskussion um die Sonderbehandlung des Schaumbergbades der Gemeinde
17 Tholey zu Lasten der anderen Gemeinden im Landkreis St. Wendel zeigt
18 exemplarisch, dass es vordergründig um die finanzielle Lastenaufteilung zwischen
19 den Kommunen und die Rolle des Landkreises bei der Bäderfinanzierung geht.

20

21 Im Kern stellt sich die Frage, wie die vielfältige Bäderlandschaft im Saarland erhalten
22 bleiben kann. Diese stellt nämlich einen außerordentlich bedeutsamen Teil der
23 Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land dar: Für den Schul- und
24 Breitensport, den Behindertensport, die gesundheitliche Prävention ebenso wie als

1 wohnortnahes Freizeitangebot für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren sowie
2 als Sport- und Trainingsstätte für die Sportvereine und RettungsschwimmerInnen.
3 Darüber hinaus sind die Bäder Teil der touristischen Infrastruktur unserer Region. Bei
4 andauerndem Spardruck auf die Kommunen ist es nur eine Frage der Zeit, bis weitere
5 Schwimmbäder geschlossen werden und so das Netz an Bädern weiter ausgedünnt
6 wird.

7

8 Seitens des Innenministeriums als Kommunalbehörde fehlt es an einem klaren
9 Konzept, wie die Zukunft der Bäderlandschaft im Saarland aussehen soll. Der
10 saarländische Innenminister stiehlt sich hier aus der Verantwortung. Dabei sind
11 gerade jetzt vorausschauende Weitsicht und intelligente Lösungen statt pauschale
12 Kürzungspolitik nach dem Rasenmäher-Prinzip gefragt.

13

14 Ein landesweites Bäderkonzept muss sich mit der Frage befassen, wie viele
15 Schwimmbäder, gemessen an der Einwohnerzahl, im Saarland sinnvoll und nachhaltig
16 finanzierbar sind. Um die Kommunen signifikant zu entlasten und die Bäder in der
17 Fläche zu erhalten, bedarf es eines Umdenkens in der Finanzierung der Bäder. Im
18 Sinne eines solidarischen Kostenausgleichs muss ein Konzept erstellt werden, wie das
19 Land, die Landkreise und Kommunen an der Finanzierung beteiligt werden und wie
20 das Defizit eingedämmt werden kann, damit die Kommunen mit der Finanzierung
21 ihrer Bäder nicht überfordert werden und weiterhin in die kommunale Infrastruktur
22 investieren können.

23

24

K3

Antragsteller:

Juso- Landesvorstand

1 **Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland**

2 Über Jahrhunderte hinweg war Cannabis ein legal erhältliches Rauschmittel. Nur aus
3 wirtschaftlichen Erwägungen wurden Cannabisprodukte 1929 in Deutschland für
4 illegal erklärt. Seitdem ist diese Prohibition einer beständigen Kritik ausgesetzt.

5

6 Auch heute mehren sich wieder die Stimmen, die eine Legalisierung dieser Droge
7 fordern. Denn das Verbot von Cannabis hat viele negative Auswirkungen auf die
8 Gesellschaft. Wir glauben, dass das Saarland ein perfekter Ort für ein Modellprojekt
9 zur Legalisierung von Cannabis ist.

10

11 Das Saarland als kleines – relativ gut abzugrenzendes Marktgebiet – eignet sich
12 hervorragend, um die Auswirkungen einer Legalisierung zu beobachten. Es ist zu
13 erwarten, dass eine Legalisierung den bestehenden Schwarzmarkt austrocknet wenn
14 die Preispolitik dies ermöglicht (was sie sollte) reinere und damit weniger
15 gesundheitsschädliche Cannabisprodukte auf den Markt kommen und die Prävention
16 gestärkt werden kann.

17

18 Wer heute Cannabis konsumieren will, der bekommt es auch. Es existiert ein weit
19 verzweigtes Vertriebssystem, welches einen wachsenden Markt bedient. Da dieses
20 Vertriebssystem im verborgenen existiert, bleiben auch die Gewinne unbesteuerter.
21 Eine Kontrolle von Produktion und Vertrieb findet nicht statt. Durch eine
22 Legalisierung würde dieses Vertriebssystem aus dem Schatten genommen und unter
23 eine Aufsicht gestellt.

24 Jegliche Suchtprävention in Bezug auf Cannabis findet unter der Voraussetzung statt,
25 dass der Konsum sowieso verboten ist. Eigene – vielleicht auch als positiv
26 empfundene – Erfahrungen können unter dieser Voraussetzung kaum eingebracht

1 werden. Eine Legalisierung hat positive Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen
2 für Präventionsmaßnahmen.

3

4 Das überschuldete Saarland ist dringend auf neue Einnahmequellen angewiesen. Ein
5 Modellprojekt zur Cannabislegalisierung kann Daten darüber liefern, wie eine legale
6 und kontrollierte Abgabe von Hanfprodukten die Landeshaushalte entlasten kann.
7 Das Modellprojekt könnte dabei einen Beitrag zu Sanierung des angeschlagenen
8 Landeshaushaltes leisten.

9

10 Durch die Erfahrungen aus einem solchen Modellprojekt, kann die bundesweite
11 Debatte um die Legalisierung von Cannabis befruchtet werden. Darum sind alle
12 Erkenntnisse zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

13

14 Darum fordern wir die Landesregierung auf:

15

- 16 • Etablierung eines Modellprojektes zur Legalisierung von Cannabis im Saarland
- 17 • Die Abgabe soll ausschließlich über Apotheken erfolgen. Eine maximale
18 wöchentliche Abgabemenge ist anzudenken.
- 19 • Das Projekt soll eine Laufzeit von zwei Jahren nicht unterschreiten.
- 20 • Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Projektes
- 21 • Stärkung der Präventionsmaßnahmen durch eine teilweise Abschöpfung der
22 Steuereinnahmen aus dem Vertrieb
- 23 • Aufarbeitung der Ergebnisse in einer Studie, die Argumente für und gegen eine
24 bundesweite Cannabislegalisierung enthalten soll.

25

26

27

28

K4

Antragsteller:

Unterbezirk Saarpfalz

1 **Schwimmunterricht im Saarland ausbauen**

2 **Analyse:**

3 Im Jahr 2013 kamen 440, im Jahr 2014 392 Menschen bei Badeunfällen um's Leben,
4 bei Kindern ist Ertrinken die dritthäufigste unfallbedingte Todesursache. Für das Jahr
5 2015 wird auf Grund der Hitzewelle mit noch mehr Badetoten gerechnet.
6 Hauptursache für Badeunfälle mit tödlichem Ausgang ist neben der Überschätzung
7 der eigenen Schwimmfähigkeiten jedoch auch die steigende Anzahl von
8 Nichtschwimmer*innen.

9 Heute kann nach Angaben der DLRG jedes zweite Kind im Saarland nach Ende der
10 Grundschulzeit nicht oder nicht sicher schwimmen. In der Klassenstufe 5-7 sind 25 %
11 der Schüler*innen immer noch Nichtschwimmer*in.

12 Die Gründe für die steigende Zahl von Nichtschwimmer*innen sind vielfältig:

13 Nur 80% der Grundschulen können überhaupt Schwimmunterricht anbieten, durch
14 Bäderschließungen sind die Wege weit, es fehlt an qualifizierten Lehrkräften. Die
15 verbleibende Schwimmzeit ist knapp bemessen, die Gruppen sind groß. Spaßbäder
16 sind häufig nicht zur Schwimmausbildung geeignet und außerschulische
17 Kursangebote sind kostenpflichtig und weit im Voraus ausgebucht. Der steigenden
18 Zahl von Nichtschwimmer*innen muss entgegengewirkt werden mit dem Ziel, dass
19 kein Kind die Grundschule als Nichtschwimmer*in verlässt.

20

21 **Forderung:**

- 22 • Ein qualifiziertes Konzept zum Ausbau des obligatorischen Schwimmunterrichts an
23 saarländischen Grundschulen in enger Kooperation mit lokalen Schwimmvereinen.
24 • Die Möglichkeit der Inanspruchnahme kostenfreier außerschulischer
25 Schwimmkurse für alle Grundschüler*innen.
26 • Eine Kontrolle der Durchführung des Konzepts durch jährliche
27 Vergleichserhebungen.

- 1 • Eine Reform des saarländischen Erlasses über den Schwimmunterricht unter der
2 Berücksichtigung der eben genannten Punkte.

3

4 **Begründung:**

5 erfolgt mündlich.

6

7

8

9

I1

Antragsteller:

Unterbezirk: Merzig-Wadern

1 **Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag**

2 **Für ein neues Internationales Klimaabkommen**

3 Die kontinuierliche Erwärmung des Erdklimas hat weitreichende Folgen, die heute
4 nicht nur messbar, sondern bereits sichtbar sind. Das verstärkte Auftreten von
5 Wetterextremen, der Lebensraum- und Lebensgrundlagenverlust durch den Anstieg
6 des Meeresspiegels und die sozialen Auswirkungen der Klimaveränderungen sind
7 drängende Probleme der Menschheit im 21. Jahrhundert. Jedes Jahr, das ohne ein
8 weitreichendes, internationales und engagiertes Abkommen zum Schutz des
9 Erdklimas verstreicht, verringert die Chancen auf Erfolg.

10

11 **Die Jusos Saar fordern daher:**

12 Im Rahmen der Pariser UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 soll ein internationales
13 Abkommen zum Schutz des Erdklimas erreicht werden, das die folgenden Aspekte
14 beinhalten muss:

- 15 • Die Erderwärmung muss auf 2°C, bezogen auf die vorindustrielle Zeit,
16 eingedämmt werden.
- 17 • Die Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen muss bereits in diesem
18 Jahrzehnt begonnen werden.
- 19 • Beschlossene Klimaschutzziele dürfen nicht wieder aufgeweicht werden.
- 20 • Die Klimaziele dürfen nicht ausschließlich anhand der Einteilung in Industrie-,
21 Schwellen- und Entwicklungsländer festgelegt werden.

22 Die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union müssen in der
23 Vorbereitung des Klimagipfels, bei den Verhandlungen in Paris und vor allem in der
24 Umsetzung des Klimaabkommens eine Vorreiterrolle übernehmen.

25

1

2 **Begründung:**

3 Im August 2015 hat der Präsident der Vereinigten Staaten angekündigt, die
4 Treibhausgasemissionen US-amerikanischer Kraftwerke bis 2050 um 32% zu senken
5 und die erneuerbaren Energien stark auszubauen. Dass er mit seinen Forderungen
6 gegen die Kohlelobby und die Klimaskeptiker_innen in den Entscheidungsgremien der
7 USA Erfolg hat, ist unsicher. Trotzdem ist es ein wichtiges Zeichen, dass gerade der
8 Präsident des Landes mit dem zweitgrößten Kohlenstoffdioxidausstoß entgegen der
9 Blockadepolitik der vergangenen Jahrzehnte nun bereit ist, für den Klimaschutz zu
10 handeln.

11 Die Auswirkungen des Treibhausgasausstoßes auf das Erdklima sind in den
12 vergangenen Jahren von Wissenschaftler_innen auf der ganzen Welt gemessen und
13 erforscht worden. Dass menschliches Handeln, im speziellen die Emission von
14 Treibhausgasen in die Atmosphäre, einen Einfluss auf das Erdklima hat, ist
15 unbestritten. Trotzdem sind Anstrengungen auf den Klimakonferenzen der letzten
16 Jahre immer wieder im Sande verlaufen und internationale Abkommen zur absolut
17 notwendigen Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen wurden nicht
18 abgeschlossen.

19 Um die Erderwärmung auf 2°C, bezogen auf die Temperatur vor Beginn der
20 Industrialisierung im 18. Jahrhundert, zu begrenzen, sind bereits heute sehr große
21 Anstrengungen notwendig. Mit jedem Jahr, das ohne ein solches Abkommen vergeht,
22 wachsen die notwendigen Anstrengungen um ein Vielfaches.

23 Es ist daher unerlässlich, die Ende dieses Jahres stattfindende Klimakonferenz in Paris
24 zum Erfolg zu führen. Die EU – in ihrer Gesamtheit drittstärkster
25 Treibhausgasemittent – und im speziellen Deutschland als Land mit dem größten
26 Ausstoß in Europa, haben hier die Chance voranzuschreiten und zu zeigen, dass
27 Weitsicht bedeutet, die Lebensgrundlagen kommender Generationen nicht wegen
28 vermeintlicher gegenwärtiger Profitverluste oder Standortnachteile aufs Spiel zu
29 setzen.

30

G2

Antragsteller:

Saarbrücken Land

1 **Verköstigung**

2

3 Die Jusos in Deutschland werden dazu aufgerufen, in all ihren Gremien egal ob AG,
4 Kreis-, Landes-, oder Bundesebene, nur noch Produkte, also Getränke und Speisen,
5 aus fairer, ökologischer, saisonaler und/oder regionaler Erzeugung für die
6 Verköstigung bei Sitzungen und Veranstaltungen zu verwenden.

7 Außerdem fordern wir alle Jusos auf, beim Kauf von Druckmaterialien, sei es z.B. bei
8 Papier oder bei Erstellen von T-Shirts, die für die Arbeit bei den Jusos gedruckt
9 werden, auch dort die Aspekte der Nachhaltigkeit immer im Blick zu haben.

10 **Begründung:**

11 Die Jusos verstehen ihre Umweltpolitik unter dem Aspekt der ökologischen
12 Gerechtigkeit, dazu zählt natürlich auch eine „nachhaltige und soziale
13 Industriepolitik“.¹⁰

14 Oft ist es uns beim Einkaufen nicht bewusst, woher unser Essen kommt und ob es
15 unter fairen Gesichtspunkten produziert wurde. Wir kaufen es einfach, weil es
16 günstig ist. Ob die Menschen, die es hergestellt haben, dafür richtig entlohnt wurden,
17 spielt dabei weniger bis gar keine Rolle. Das ist fatal! Wir Sozialdemokraten kämpfen
18 in Deutschland für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen und genau deshalb muss es
19 uns auch wichtig sein, dass die, die für uns Lebensmittel produzieren, auch gerecht
20 für ihre Arbeit bezahlt werden!

21 Die Nachhaltigkeit der Produkte, die wir kaufen, muss dabei auch immer wieder
22 geprüft werden. Es ist oft relativ einfach nachzuvollziehen, ob die gekauften
23 Lebensmittel unter ökologischen Aspekten hergestellt wurden, schnell durch

¹⁰ <http://jusos.de/themen/umwelt>

1 zertifizierte Ökosiegel, die meist gut erkennbar auf den Verpackungen
2 gekennzeichnet sind.

3 Dabei kann auch die Regionalität der Produkte berücksichtigt werden. Der Kauf
4 regionaler Produkte bedeutet weniger Anfahrtsweg in die Geschäfte und damit
5 weniger CO₂-Ausstoß, was wiederum der CO₂-Bilanz zugute kommt.

6 Bei der Verköstigung ist immer darauf zu achten, dass es eine vegetarische
7 Alternative als Auswahl geben muss.

8 Es soll aber nicht nur bei Lebensmitteln, die der Verköstigung bei Veranstaltungen
9 und Gremien dienen sollen, auf die Nachhaltigkeit geachtet werden, sondern auch
10 bei erstellten Drucksachen, wie Flyer oder T-Shirts. Auch hier ist dies durch
11 zertifizierte Ökosiegel, wie z.B. der blaue Engel bei Papier oder das „Global Organic
12 Texil Standard“-Siegel¹¹ bei Kleidung einfach zu überprüfen und umzusetzen.

13 Ungerechten Handelspraktiken und nicht ökologische Wirtschaftsweise können und
14 dürfen uns nicht egal sein!

15 Es muss uns als Jusos ein Anliegen sein, in unseren Gremien mit gutem Beispiel
16 voranzugehen und sich durch bewusstes Einkaufen ohne viel zusätzlichen Aufwand
17 für die Menschen weltweit und die Umwelt einzusetzen.

18

¹¹ Vgl. dazu: Textil-Fibel 4, Greenpeace Media GmbH, Hamburg.

G3

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 **Therapiekostenübernahme bei Lipödemem**

2 Das Lipödem ist eine Erkrankung an der zurzeit etwa 4 Millionen Frauen in
3 Deutschland leiden. Durch einen Defekt der körpereigenen Fettzellen, kommt es zu
4 einer unnatürlich starken Vermehrung dieser im Unterhautgewebe. Dies führt in der
5 Regel zusätzlich zu Wassereinlagerungen, also Gewebsschwellungen, die meist mit
6 starken Schmerzen und Bewegungseinschränkungen einhergehen. Da die Krankheit
7 fortschreitend ist, können viele Frauen bereits nach wenigen Jahren nicht mehr
8 arbeiten, unter Umständen nicht einmal mehr einfache, alltägliche Dinge selbst
9 erledigen. Dies stellt natürlich auch eine enorme psychische Belastung dar. Sport und
10 gesunde Ernährung können zwar die Prognose bessern, aber nicht die Ursache
11 bekämpfen. Die einzige tatsächlich effektive (wenn auch möglicherweise nur
12 temporäre) Therapie besteht in der Entfernung überschüssigen Fettes, einer
13 sogenannten Liposuktion. Dieser Eingriff ist zwar minimalinvasiv aber kostspielig.
14 Darum wird er aktuell von den Krankenkassen nicht übernommen.

15

16 Doch all diese Frauen haben das Recht, dass ihr Leiden endlich gänzlich als Krankheit
17 anerkannt wird! Sie haben das Recht, dass die Kosten der für ihre physische und
18 psychische Gesundheit wichtigen Operation übernommen werden!

19

20 **Wir fordern daher:**

- 21 - Die Krankheit vollständig anzuerkennen und entsprechend in der ICD 10
22 Klassifikation einzugliedern
23 - die komplette Übernahme der Kosten für die Liposuktion durch die Krankenkassen.

24

25

G4

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 **Drogenprävention durch Aufklärung**

2

3 Im Saarland gab es im letzten Jahr 12 Drogentote, bundesweit waren es im gleichen
4 Jahr 1032. Über 200.000 Saarländer_innen haben einen gefährlichen Umgang mit
5 Alkohol. 74.000 Menschen verstarben 2014 bundesweit durch die Folgen von
6 Alkoholsucht und 100.000 bis 120.000 an den Folgen von Zigarettenkonsum.

7 Die Zahl der durch Drogensucht und –missbrauch zerstörten Familien und Existenzen
8 ist wahrscheinlich sehr viel höher.

9 Diese verheerende Faktenlage macht es notwendig sich mit diesem Problem
10 auseinander zu setzen und Lösungen zu erarbeiten.

11

12 Wir fordern daher:

- 13 - Eine frühe Aufklärung aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen über Drogen
14 sowie ihre Wirkung und Risiken insbesondere an Schulen.
15 - Eine bessere Erforschung von allen Drogen, um ihre Wirkung und ihr
16 Risikopotential besser darstellen und erklären zu können.

17

18 Begründung:

19

20 Das Phänomen, dass Menschen bewusstseinsverändernde Substanzen zu sich
21 nehmen, ist so alt wie die Menschheit selbst. Von Platon bis zu Charles Baudelaire
22 oder Vincent van Gogh haben bedeutende Persönlichkeiten die Effekte der
23 verschiedensten Drogen nicht nur gekannt, sondern sich auch ihnen ausgesetzt.

24 Problematisch wird es jedoch, wenn der Konsum nicht mehr rational kontrolliert
25 werden kann und damit zu einem pathologischen Zustand führt. Dann spricht man im
26 Allgemeinen von Drogensucht. Ob es sich um legale oder illegale Drogen handelt,

1 spielt bei der Definition einer Drogensucht überhaupt keine Rolle. Die Folgen sind
2 sowohl bei legalen als auch bei illegalen Substanzen oft verheerend. Der Weg heraus
3 aus dieser Sucht ist meist alleine nicht zu bewältigen.

4

5 Wie kommt es jedoch zur Sucht? Nur die wenigsten Suchtkranken werden zum
6 Beginn des Drogenkonsums gezwungen. Genau hier kommt die Prävention ins Spiel:
7 Wenn sich eine Person schon im Teufelskreis der Sucht befindet, dann kommt die
8 Prävention zu spät oder hat versagt. Daher muss sie sich schon vor Beginn der
9 Suchtentwicklung an potenzielle Suchtgefährdete richten.

10 Das übliche und am weitesten verbreitete Mittel der Prävention ist die Abschreckung,
11 ob es nun durch Verbote und Gesetze mit besonders hohen Strafen oder durch
12 erschütternde Beispiele der Folgen eines exzessiven Konsums geschieht. Wie die
13 Zahlen zeigen, ist das aber kein besonders effektiver Weg.

14

15 Verbote bringen Bürger_innen nur selten dazu sich regelkonform zu verhalten.
16 Wichtiger wäre es die Menschen mit wissenschaftlich belegten Fakten zu
17 informieren, so dass sie sich aus freien Stücken entscheiden. Das bedeutet: „Was ist
18 das? Wie wirkt es? Was tut es mit mir? Was sind die Risiken?“ Durch diese
19 Faktenlage kann man Menschen von selbst dazu motivieren sich gesetzestreu und
20 verantwortungsbewusst zu Verhalten, denn am Ende entscheidet jede_r selbst was
21 er tut. Ein solches präventives informatives Suchtprogramm sollte schon früh an
22 allen Schulen stattfinden, da es häufig in dieser Zeit zu den ersten Erfahrungen
23 kommt.

24 Das wäre eine echte Prävention, mit der man Menschen nicht wie Lämmer sondern
25 wie vernünftig denkende Lebewesen behandelt, die fähig sind ihre eigenen richtigen
26 Entscheidungen zu treffen, wenn man ihnen das nötige Wissen zur Verfügung stellt.

27

28

G5

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit

2

3 Im Zeitalter der modernen Medizin gewinnen die Themen Tod und Sterblichkeit
4 immer mehr an Bedeutung, wenn auch in einer ganz anderen Perspektive als noch
5 vor einigen wenigen Jahrzehnten. Wo Menschen früher sterben mussten, ist es heute
6 möglich ihr Leben in zum Teil erstaunlichem Maße zu verlängern. Nun stellt sich die
7 Frage: Verlängern wir ihr Leben oder ihr Leiden?

8

9 Modernste Techniken erlauben es uns das Versagen nahezu aller Organe zu
10 kompensieren. Neuste Geräte im Zusammenspiel mit hochdosierter Medikation
11 können häufig über lange Zeiträume hinweg das Versagen des Körpers ausgleichen.
12 Dies führt in der Bevölkerung zunehmend zu einem „Klammern“ an die moderne
13 Medizin, einem „alles tun was möglich ist“, ohne dabei wirklich eine Vorstellung zu
14 haben, was dies für die sterbende Person bedeutet. Wenn Menschen ein Alter
15 erreichen, indem man früher damit gerechnet hat, sich darauf eingestellt hat, dass es
16 nun bald sein könnte, dass dieser Mensch uns verlässt, geht man heute davon aus,
17 dass Ärzte und Pflegende diesen Punkt um ein Vielfaches hinauszögern können. Es
18 fällt zunehmend schwerer zu akzeptieren, dass geliebte Angehörige oder Freunde an
19 den Punkt gelangen, wo ihr Körper zu krank, oder schlicht zu alt zum Überleben ist.
20 Dass dies der natürliche Verlauf des Lebens ist, gerät dabei in den Hintergrund. Dass
21 so viele Mittel zur Verfügung stehen, um einen, in vielen Fällen leider
22 unvermeidlichen, Tod hinauszuzögern, führt dazu, dass man als Angehöriger nicht
23 mehr daran denkt, dem Patienten ein friedvolles Ende ohne Schmerzen zu schenken,
24 sondern sich von Angst und Trauer übermannen lässt, den geliebten Menschen nicht
25 loslassen will und unbewusst sein Leiden verlängert. Häufig kann man ihnen das auch
26 gar nicht vorwerfen, denn es liegt in der Natur der Sache, dass man sich nicht

1 spontan zu Hause mit solchen Themen beschäftigt, wenn man nicht persönlich oder
2 beruflich Kontakt mit den Bereichen Medizin und Gesundheit hat.

3 Darum ist es notwendig sich bereits möglichst früh mit den Themen Tod und
4 Sterblichkeit auseinanderzusetzen. Wenn man dann in die Situation kommt eine
5 Entscheidung für seine Verwandten treffen zu müssen, kann man in der Lage sein,
6 diese wohl abzuwägen.

7

8 Wir fordern daher die Integration des Themenkomplexes Tod und Sterblichkeit (unter
9 Einbeziehung von Themen wie Patientenverfügung, Umgang mit erkrankten
10 Verwandten, Intensiv- und Palliativmedizin) in den Religions- bzw. Ethikunterricht der
11 Oberstufe.

12

13 Dies soll zum einen junge Menschen zur Auseinandersetzung und Diskussion mit
14 diesem Thema anregen und zum anderen sekundär dazu führen, dass sie das Thema
15 auch nach Hause tragen und mit Eltern, Großeltern und anderen Verwandten
16 besprechen. Sie sollen sich eine persönliche Meinung dazu bilden können und im
17 Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls in ihrem nahen Umfeld nicht plötzlich in
18 diese schreckliche Entscheidung gezwungen werden. Sie sollen im Vorfeld über eine
19 solche Situation nachgedacht haben, um dadurch vielleicht die Wünsche ihrer Lieben
20 berücksichtigen zu können.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

G6

Antragsteller:

Unterbezirk Merzig-Wadern

1 **Bessere Kennzeichnung von Lebensmittelinhaltsstoffen für Allergiker**

2 Häufig haben es Allergiker_innen beim Lebensmitteleinkauf schwer, die
3 gesundheitsrelevanten Informationen zu bekommen, die sie brauchen. Die
4 Kennzeichnung von allergenen Inhaltsstoffen wird häufig durch uneinheitliche
5 Darstellung oder kleingedruckte Angaben unübersichtlich oder sie fehlt vollständig.

6

7 **Wir fordern:**

- 8 - bessere, d.h. klar erkennbare und einheitliche Angaben zu Allergenen auf
9 Lebensmittelverpackungen.
10 - die Kennzeichnungspflicht auch von Allergenen, die durch Kontamination bei
11 der Herstellung in die Lebensmittel gelangt sein könnten (durch z.B. eine
12 Schwellenwertregelung).

13

14 **Begründung:**

15 Bereits kleinste Mengen von Allergenen in Lebensmitteln können bei
16 Allergiker_innen zu einer allergischen Reaktion oder im schlimmsten Fall zu einem
17 allergischen Schock führen. Die EU-weite Einführung der obligatorischen
18 Kennzeichnung zahlreicher als Allergie auslösend bekannter Lebensmittel im
19 Zutatenverzeichnis hat größtenteils zu einer besseren Information der betroffenen
20 Verbraucher geführt. Nicht gesetzlich geregelt ist jedoch die Kennzeichnung von
21 Allergenen bei nicht als Zutat verwendeten Inhaltsstoffen, sogenannten
22 Kontaminationen oder „cross contacts“, die unbeabsichtigt während der
23 Lebensmittelherstellung oder -verarbeitung in die Produkte übergehen. Hier kann
24 durch eine Schwellenwertregelung gute Abhilfe geschaffen werden. Die Hersteller
25 wären dann zum Beispiel verpflichtet, auf Allergene hinzuweisen, die beim
26 Produktionsprozess durch Kontamination in das Lebensmittel gelangt sein können,
27 sobald ein festzulegender Grenzwert überschritten wird.

Q1

Antragsteller:

Unterbezirk Saarlouis

1 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Saar

2

3 **Aufgaben der Antragskommission der SPD klar definieren!**

4

5 Bei saarländischen Landesparteitagen, aber auch bundesweit, zeigt sich immer
6 wieder, dass bei vorhandenem Votum der Antragskommission der SPD nur selten
7 eine wirkliche inhaltliche Debatte aufkommt. Es kann sogar passieren, dass sich die
8 Delegierten sich blind auf die Antragskommission der SPD verlassen. Das Vertrauen
9 gipfelte auf diversen Parteitag darin, dass ganze Antragsbereiche auf Basis des
10 Votums im Block abgestimmt wurden.

11

12 In Diskussionen um die Antragskommission wird immer wieder behauptet, es wäre
13 die Pflicht der Antragskommission eine Beschlussempfehlung zu geben, damit
14 Delegierte, die sich – weshalb auch immer – nicht mit dem Antragsbuch beschäftigt
15 haben, einen Leitfaden für das Abstimmungsprozedere erhalten. Lassen wir es
16 erstmals dahin gestellt, ob es nicht zu der Pflicht der Delegierten gehört, sich vor
17 einem Parteitag selbst, oder in der delegierenden Gliederung mit dem Antragsbuch
18 zu befassen. Weder die Satzung der SPD Saar, noch das Organisationsstatut der SPD
19 legen genaue Aufgaben der Antragskommission fest. Im Organisationsstatut heißt es
20 in §18 Abs. 1: „Die Anträge sind den Delegierten, Bezirken, Unterbezirken und den
21 Antragstellenden mit einer Stellungnahme der Antragskommission zwei Wochen vor
22 dem Parteitag zuzusenden.“ Diese Stellungnahme ist aber nicht näher definiert und
23 wird auch nicht als verpflichtend beschrieben. Deshalb ist es für den Juso
24 Kreisverband wichtig, dass diese Aufgaben in Zukunft genau definiert sind.

25

1 Forderungen:

- 2 • Die Antragskommission soll die Anträge sichten auf:
- 3 ○ Redaktionelle Prüfung
- 4 ○ Prüfung der Zulässigkeit und fachlicher Korrektheit
- 5 • Aufstellung der Reihenfolge der Antragsberatung
- 6 • Votum der Antragskommission zur Kenntnis an die Delegierten, aber nicht
- 7 mehr innerhalb der Antragsberatung
- 8 • Änderungsvorschläge der Antragskommission werden wie alle anderen
- 9 Änderungsanträge behandelt

10

11

#1

Antragsteller:

Juso-Landesvorstand

1 **Kapitalismuskritik**

2

3 Unser Leben wird in vielen Belangen von unserer Art zu wirtschaften beeinflusst.
4 Wirtschaften ist deshalb eine zentrale Stellschraube, um gesellschaftliche
5 Veränderungen zu bewirken. Darum haben wir Jusos uns nie von der Kritik
6 distanziert, die den Kapitalismus seit seiner Entstehung begleitet. Gleichzeitig müssen
7 wir unsere Theorien immer wieder auf den Prüfstand stellen und neu überdenken,
8 damit sie nie den Bezug zur Wirklichkeit verlieren.

9 Den Ausgang all unserer Analysen bildet dabei die erste industrielle Revolution. Viele
10 Menschen in dieser Zeit wurden durch die Veränderungen in der Agrarwirtschaft vom
11 Land in die neu entstandenen, industriell geprägten Städte vertrieben. Die Menschen
12 verließen damit nicht nur einen Ort, um sich an einem anderen anzusiedeln. Sie
13 siedelten in eine andere Gesellschaft um. Diese versprach die Möglichkeit auf
14 gesellschaftlichen Aufstieg. Für die allermeisten hielt die neue Gesellschaft jedoch vor
15 allem Armut, zu wenig Wohnraum und eine ausufernde Arbeitszeit bereit. Das große
16 Reservoir an schlecht ausgebildeten, niedrig bezahlten Arbeitskräften half, im
17 Zusammenspiel mit einer großen Menge an Kapital einer neuen Form des
18 Wirtschaftens beim Aufstieg: Den Kapitalismus.

19 Der Kapitalismus hat sich seit seinem ersten Auftreten immer wieder stark verändert.
20 Seine Herrschaftsform ist flexibel für Anpassungen, aber gleichzeitig zementiert er
21 die herrschende Ungleichheit. Eine Gesellschaft im kapitalistischen System befindet
22 sich deshalb seit Beginn des Kapitalismus in einem dauerhaften Anpassungsprozess.

23 Nach der ersten industriellen Revolution, in der erstmals technische Abläufe und
24 Maschinen in der Produktion eingesetzt wurden, folgten eine zweite industrielle
25 Revolution (durch Elektrifizierung und die Massenproduktion am Fließband) und eine

1 dritte (durch die Digitalisierung und den Einsatz von Computertechnik zur
2 Automatisierung der Produktion).

3 Heute stehen wir an der Schwelle zu einer weiteren industriellen Revolution. Der
4 Einsatz von Algorithmen erlaubt erstmals den Einsatz von Computertechnik, um mehr
5 als eine schlichte Automatisierung zu erreichen. Mit der vierten industriellen
6 Revolution beginnt die Fabrik flexibel und ohne menschliches Kommando auf die
7 Produktion Einfluss zu nehmen. Unsere Generation wird die erste sein, welche die
8 Auswirkungen dieser neuen Produktionsform spüren wird.

9 Die Geschichte des Kapitalismus ist noch nicht bis zu ihrem Ende geschrieben.
10 Insbesondere ist sie nicht festgelegt – sie kann und muss von uns gestaltet werden.
11 Durch unsere Konsumententscheidungen, durch unsere Kämpfe in Ausbildung und
12 Betrieb und durch unsere politische Haltung verändern wir die Art und Weise, wie wir
13 leben. Nur durch diese Kämpfe und die Entwicklung von alternativen zur
14 kapitalistischen Produktionsweise haben wir die Möglichkeit herrschende
15 Ungleichheit zu bekämpfen!

16 Dieses Grundsatzprogramm ist im Willen und Bewusstsein geschrieben diese Welt
17 verändern zu wollen.

18

19

20 • Wie funktioniert Kapitalismus?

21 Um den Kapitalismus kritisieren zu können, müssen wir wieder lernen den
22 Kapitalismus überhaupt zu verstehen. Wenn in der SPD und bei den Jusos dieses
23 Wissen verloren geht, verlieren unsere Organisationen ihre ursprüngliche
24 Existenzberechtigung.

25 Die neo-klassische Wirtschaftslehre hat längst Einzug in den Unterricht und das
26 Bewusstsein der Massen gehalten. Sie wird nicht nur in Gesellschaftsfächern gelehrt,
27 in denen man widerstreitende Konzepte erwartet, sondern auch im
28 Mathematikunterricht, welcher den Anspruch hat, neutrales Wissen zu vermitteln.
29 Der reine Bezug auf die Marktwirtschaft, auf das Aushandeln der Preise auf einem
30 Markt, erklärt nicht die Position einer Arbeiterin (oder eines Arbeiters) im
31 Wirtschaftsgefüge. Sie stellt keine Fragen nach der Verteilung von Macht und
32 Einfluss. Sie stellt nicht die Frage, in wie fern gerechte Löhne abgebildet werden
33 können. Darum müssen wir eine weitere Dimension mitdenken – die Entstehung des
34 Mehrwertes. .

1 Ein Mensch ohne Produktionsmittel (Kapital) ist dazu gezwungen das Einzige was er
2 besitzt, sich selbst und seine Arbeitskraft, zu verkaufen. Das kann die Kraft in seinen
3 Muskeln oder seine Denkleistung sein. Im Austausch erhält er vom Besitzer der
4 Produktionsmittel (Kapitalist_in oder Unternehmer_in) genau so viel Geld um seine
5 Arbeitskraft wieder herzustellen – und erneut arbeiten zu gehen. Die Lohnsumme
6 enthält demnach einen Betrag für die Miete, Essen, Mobilität kurz für eine
7 Lebensführung, die den gesellschaftlichen Standards für Arbeiter in etwa entspricht.
8 Die Wiederherstellung der Arbeitskraft ist hierbei gesamtgesellschaftlich zu denken,
9 der Lohn enthält also auch Beträge zur Aufzucht von Kindern und zum Zahlen von
10 Steuern und Gebühren, die dazu dienen, die öffentliche Ordnung aufrecht zu
11 erhalten, die lebensnotwendige Infrastruktur zur Versorgung der Arbeiter zu
12 erhalten, die Ausbildung der nächsten Arbeitergeneration zu organisieren und so
13 weiter.

14 Im Gegenzug erhält das Unternehmen die Produkte die aus der Lohnarbeit
15 entstehen. Diese Produkte sind bedeutend wertvoller, als die Summe, die den
16 Arbeiter_innen ausbezahlt wird. Das heißt, dass ein_e Arbeiter_in bereits nach einer
17 recht kurzen Zeit ihren Lohn erwirtschaftet hat. Ein weiterer Teil der Arbeit
18 erwirtschaftet die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionskosten des
19 eingesetzten Kapitals, wie etwa Maschinen und Land. Durch ihren Vertrag, ist sie
20 jedoch weitere Stunden an ihrem Arbeitsplatz gebunden und leistet einige Stunden
21 weiter Arbeit (die sog. Surplusarbeit). Diese Erlöse aus dieser Arbeit, welche dem
22 Unternehmen meist allein zugutekommen, nennt man den Mehrwert. In
23 Deutschland arbeitet im Durchschnitt jeder Mensch ca. 24 Minuten am Tag um
24 seinen Lohn zu erwirtschaften. Der Rest ist Mehrwert.

25

26 Der Kapitalismus beruht demnach auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.
27 Sie alleine ist es, was einen Mehrwert schafft. Der Begriff der „Ausbeutung“ ist darum
28 kein Kampfbegriff, sondern ein beschreibender. Ein Mensch ist nicht dann von
29 Ausbeutung betroffen, wenn er zu einem Hungerlohn arbeiten muss. Er ist von
30 Ausbeutung betroffen, wenn er mehr Arbeit, als zur Wiederherstellung seiner
31 Arbeitskraft leisten muss. Er verliert dadurch die Herrschaft über einen Teil seiner
32 Zeit und die Produkte, die er erarbeitet hat.

33

34 Die neoklassische Wirtschaftslehre spricht vom Kapitalisten als Arbeitgeber und dem

1 Proletarier als Arbeitnehmer. Diese Begriffe verschleiern die Funktionsweise des
2 Kapitalismus, da Arbeiterinnen eigentlich ihre Arbeitskraft geben und die
3 Kapitalist_innen die Arbeitskraft der Arbeiter_innen in Anspruch nehmen. Darum
4 wollen wir diese Begriffe nicht benutzen

- 5 • Deine Arbeitszeiten sind eine Machtfrage

6 Der Unternehmer entscheidet welcher Anteil des auf dem Markt erlangten Geldes an
7 die Produzierenden (die Arbeiter_innen) zurückfließt und welchen Anteil er für sich
8 behält. Dies ist eine Frage der Machtstrukturen in Betrieb und Gesellschaft. Über die
9 Gestaltung von Lohn und Arbeitsplatz wird Macht ausgeübt.

10 Für den Unternehmer könnte es möglich sein, Löhne zu erhöhen oder Geld in die
11 Firma zu reinvestieren, was jedoch seinen eigenen Gewinn schmälern würde.
12 Stattdessen werden Löhne den Hierarchieebenen angepasst und damit die
13 Machtstrukturen gefestigt. So ist es heute noch üblich, dass Menschen mit Fach-
14 oder Erfahrungswissen schlechter bezahlt werden, als Personen, die eine hohe
15 Position in der Hierarchie einnehmen (also, viele Leute unter sich haben). Dies
16 spiegelt nicht wieder, welchen Anteil diese Personen am Funktionieren der
17 Produktion haben – geschweige den welchen Mehrwert sie wirklich produzieren.

18 Die Kämpfe zwischen Kapitalist_innen und Gewerkschaften sind harte Machtkämpfe.
19 An dieser Stelle ist der immer noch existierende Klassenkampf am schärfsten zu
20 spüren.

- 21 • Nicht-produzierende Berufe ermöglichen Produktion

22 Natürlich gibt es auch Menschen, die keinen Mehrwert im klassischen Sinn
23 produzieren. Eine Lehrerin 'produziert' keine gebildeten Menschen und der
24 Bildungserfolg ihrer Schüler_innen ist nicht immer messbar. Sie trägt mit ihrer Arbeit
25 jedoch dazu bei, dass eine weitere Generation von Menschen in das Berufsleben
26 einsteigen kann. Diese Menschen werden wiederum Mehrwert erwirtschaften. Ihre
27 Arbeit ist somit für das kapitalistische System in dem wir leben extrem wichtig. Eine
28 Bildung, hin zu einem ganzen Menschen, der sich einer Position in der Welt bewusst
29 ist, kann aber auch zu dessen Überwindung beitragen.

30 Das gleiche gilt zum Beispiel für Feuerwehrleute, Pfleger_innen und
31 Sozialarbeiter_innen. Diese Menschen produzieren keinen Mehrwert, tragen jedoch
32 dazu bei, dass überhaupt Mehrwert produziert werden kann.

1 Diese nicht-produzierenden Arbeiten sind damit absolut notwendig, um das System
2 zu erhalten.
3 Der einzelne Mensch hat nicht die Wahl, ob er systemtragend agiert, oder nicht. Jede
4 Arbeit ist systemtragend. Ein „Ausstieg“ aus dem System schadet dem Kapitalismus
5 nicht.

6 • Die Krise ist kein Ausweg aus dem Kapitalismus

7 Die Krisenhaftigkeit ist im Kapitalismus angelegt. Sie ist eine normale,
8 wiederkehrende Erscheinungsform, die nicht auf das baldiges Ableben dieses
9 Wirtschaftssystems schließen lässt. In der Krise werden schwache Unternehmen vom
10 Markt gefegt. Sie haben weniger Ressourcen um eine Schwächephase zu überstehen.
11 Durch den Konkurs wird ein Teil dieser Ressourcen jedoch wieder frei. Die stärkeren
12 Unternehmen schlucken die Produktionsmittel und Kundenbindungen dieser
13 Unternehmen. Sie werden durch die Krise gestärkt.

14 Das Symbol für die – im Kapitalismus zyklisch auftretenden – Krisen sind die fallenden
15 Indizes von DAX bis Dow an den Börsen der Welt. Durch die Kapitalvernichtung
16 werden jedoch auch reelle Produktionskapazitäten vernichtet – und zwar dadurch,
17 dass Maschinen stillgelegt oder für den Moment nicht weiter genutzt und
18 Arbeiter_innen entlassen werden. Dadurch produziert die Gesellschaft weniger
19 Waren.

20

21 Als Sozialist_innen sind wir davon überzeugt, dass eine neue Art zu produzieren, die
22 Klassenunterschiede hinwegfegen muss. Dabei wird die Art und Weise, wie wir
23 produzieren, sich auch in Zukunft immer wieder wandeln. Wir glauben, dass jede
24 politische Entscheidung daran ausgerichtet sein muss, dass sie die
25 Klassenunterschiede zwischen den Menschen letztendlich aufgehoben wird.
26 Sozialismus kommt nicht von heute auf morgen – wir müssen ihn in einem
27 langwierigen Prozess erstreiten.

28 • Alle Menschen sind gleich?!

29 „Jede Geschichte ist die Geschichte vom Kampf zwischen den Klassen.“

30 Karl Marx

31 Marx stellt all seinen Wirtschaftstheorien im „Kapital“ diese Überzeugung voran.
32 Heute gibt es so gut wie kein Klassenbewusstsein mehr in unserer Gesellschaft.
33 Theorien von Schichten und Milieus haben den öffentlichen Diskurs erobert. Nicht

1 wenige Politiker_innen appellieren an die „Tarifpartner_innen“, dass
2 Produktionsausfälle durch Streiks vermieden werden sollen. Eine wachsende
3 Volkswirtschaft gilt als wertvoller, als eine gerechtere Verteilung von Reichtum. In
4 der herrschenden Vorstellung hat der Mensch der Wirtschaft zu dienen und nicht
5 umgekehrt. Ist dies das Ende des Klassenkampfes?

6 Ob wir heute noch von einer Arbeiter_innenklasse sprechen ist weniger eine Frage
7 von wissenschaftlicher Betrachtung und Soziologie, als von Überzeugung.
8 Mit dem Begriff der Klasse meinen wir eine Gruppe von Menschen, die durch sehr
9 ähnliche soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten verbunden ist. Insbesondere die
10 gemeinsame Ausbeutung durch Kapitalist_innen definiert heute die Klasse der
11 Arbeiter_innen. In eine Klasse wird man hineingeboren. Ein Wechsel zwischen
12 Klassen ist nur für sehr wenige Menschen möglich. Die Klassen Bourgeoisie und
13 Proletariat stehen in einem gegensätzlichen Verhältnis zueinander. Wenn wir unsere
14 Gesellschaft nach Klassen analysieren, dann stellen wir Machtfragen. Es geht in dieser
15 Betrachtungsweise nämlich immer darum, nach welchen Prinzipien Macht zwischen
16 den Klassen verteilt ist. Es sind andere Fragen, wie die Menschen stellen, die unsere
17 Gesellschaft nach Millieus oder Schichten sortieren.
18 Die Frage nach Millieus kann uns zum Beispiel helfen, Chancen bei Wahlen
19 auszuloten und entsprechende Schwerpunkte in einer Kampagne zu bilden. Auch
20 solche Fragen werden wir aus pragmatischen Gründen stellen müssen um die
21 Machtverteilung zwischen Klassen auf demokratischem Weg zu verändern.
22 Programmatisch ist für uns entscheidend, was die heute noch existierenden Klassen
23 trennt.

24 In der Entstehungsphase des Kapitalismus gab es eine klare, für jeden Menschen
25 sichtbare Trennung zwischen den Klassen. Angehörige der Bourgeoisie besaßen das
26 Eigentum an den Produktionsmitteln, also an Maschinen, Fabriken, Land und
27 Rohstoffe.

28 Ihnen gegenüber steht das Proletariat, eine Klasse von besitzlosen Menschen, welche
29 ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen müssen, da ihnen sonst keine Ware zum
30 Handel bleibt. Diese Spaltung der Gesellschaft war gleichzeitig die Spaltung in arm
31 und reich, in gebildet und ungebildet, in teilhabend und machtlos. Diese Grenzen sind
32 heute aufgrund der Entwicklung nicht mehr eindeutig sichtbar.

33

1 Im gegenwärtigen Kapitalismus sind diese Rollen nicht mehr klar verteilt.
2 Manager_innen, als hochbezahlte Führungskräfte, sind scheinbar nicht mehr als
3 Angestellte des Unternehmens, das sie leiten. Gleichzeitig legen Angestellte und
4 Arbeiter_innen ihr Geld in Fonds an, was sie zumindest mittelbar zu
5 Miteigentümer_innen an den Produktionsmitteln macht – und damit zu Angehörigen
6 der Bourgeoisie?
7 Tatsächlich gibt es immer noch eine Trennung zwischen diesen beiden Hauptklassen.
8 Angehörige des Proletariats verdienen ihren Lebensunterhalt eben nicht durch den
9 Profit, den ein Investment abwirft. Es ist ihr tägliche, stundenlange Arbeit, die es
10 Ihnen im besten Fall lediglich ermöglicht einen Teil des Einkommens zurück zu legen.
11 Dieses Kapital wird dann jedoch von anderen verwaltet. Für einen Menschen in
12 einem 8-Stunden-Arbeitstag, ist es aufgrund der täglichen Arbeitsbelastung und dem
13 Ausschluss von Informationen kaum möglich erfolgreiche Investitionsentscheidungen
14 zu treffen. Von Entscheidungen der Unternehmensführung ist er sowieso
15 ausgeschlossen, da Großinvestoren Eigentümerversammlungen dominieren. Somit
16 stellen Proletarier_innen ihr angespartes Kapital lediglich den Kapitalisten zur
17 Verfügung ohne dabei ein Teilhaberecht geltend machen zu können. Die Trennung
18 zwischen den Klassen ist somit noch lange nicht aufgehoben.
19 Gleichzeitig erleben wir, dass gut ausgebildeten Facharbeiter_innen durch Bildung
20 ein Aufstieg gelingen kann. Am Ende eines solchen Karriereweges kann eine
21 Facharbeiter_in die Verantwortung für viele ihrer Kollegen haben. Dennoch gehört er
22 in der Regel weiterhin der Klasse der Ausgebeuteten an. Denn auch weiterhin muss
23 sie/er ihre/seine Arbeitskraft auf dem Markt anbieten und erhält dafür einen Lohn.
24 Sozialer Aufstieg ist im kapitalistischen System also möglich – ein Wechsel der Klasse
25 von unten nach oben sehr schwer bis unmöglich.
26 Die Aufteilung der Arbeiter_innenschaft in Langzeitarbeitslose, Prekariat,
27 Facharbeiterschaft, Beamtentum und viele weitere Gruppen erklärt bestimmte
28 Bedürfnisse für bestimmte Gruppen innerhalb des Proletariats. Ein Angehöriger des
29 Präkariat, dessen Erwerbsleben von kurzfristiger Beschäftigung, schlechten
30 Weiterbildungschancen und geringer Bezahlung geprägt ist, hat andere Forderungen
31 an die Politik als eine Facharbeiterin, deren Karrierechancen durch die „gläserne
32 Decke“ gehemmt und von der Aussicht auf Altersarmut verunsichert ist.
33 Die Jusos müssen die Sozialdemokratie immer daran erinnern, dass sie keine dieser
34 Gruppen außer Acht lassen darf, damit nicht die eine Gruppe von Arbeiter_innen

1 gegen die andere ausgespielt wird. Jegliche Spaltung des Proletariats führt lediglich
2 zur Schwächung der eigenen Klasse und festigt daher die Herrschaft der Bourgeoisie.

- 3 • Wachstum und Ökologie
- 4 • Grenzen des Wachstum

5 In einer Welt mit begrenzten Ressourcen ist ein unbegrenztes Wachstum nicht
6 möglich. Ein ungezügelt Wachstum ist sogar schädlich, weil es das Auffrischen von
7 Ressourcen erschwert, oder unmöglich macht.
8 Wenn eine Mensch regelmäßig über seine Belastungsgrenzen hinaus arbeitet, um
9 damit mehr Zeit in ihren Job zu investieren, macht das auf Dauer Krank und führt
10 dazu, dass er bald nicht mehr arbeiten kann.
11 Wird die Natur überstrapaziert schädigt das die Artenvielfalt und die Lebensqualität.
12 Dies erleben wird durch übersäuerte Böden und Wüstenbildung, Krüppelvegetation
13 und leergefischte Meere.

14 Wachstum nutzt zuerst den Herrschenden. Wächst der Profit eines Betriebes, kommt
15 diese Steigerung zuerst beim Unternehmer selbst an. Erst danach können
16 Interessenvertretungen der Arbeiter_innen einen Teil des Wachstums für die
17 Belegschaft als Lohnsteigerung heraushandeln. Dabei wird nur ein Teil des
18 Wachstums umverteilt. Dies sorgt tendenziell dafür, dass die Schere zwischen den
19 Erträgen aus Lohnarbeit und aus Kapitalanlagen auseinandergeht. Darum stimmt die
20 Aussage, dass „Wachstum allen nützt“ nicht. Im aktuellen Kapitalismus nützt
21 Wachstum also zuerst der Bourgeoisie.

22 Doch auch die Bourgeoisie ist nicht völlig frei in ihren Wachstumserwartungen. Das
23 vorhandensein von Zinsen determiniert eine Wachstumserwartung. Der Zins
24 verteuert die Rückzahlung eines Kredites. Dadurch lohnt sich ein Investment für das
25 Unternehmen nur dann, wenn es damit rechnen kann, eine Steigerung der Rendite zu
26 erzielen, welche den Zinssatz übertrifft. Diese Logik sorgt dafür, dass ein Wachstum
27 notwendig wird um den Kapitalismus zu erhalten. Darum ist es für eine nachhaltige
28 Wirtschaft notwendig Investitionssysteme jenseits von Zinsen zu finden.

- 29 • Bevölkerungswachstum

30 In den westlichen Gesellschaften spielt das Bevölkerungswachstum keine Rolle mehr.
31 In vielen anderen Gesellschaften stellt sie ein ernstzunehmendes Problem da. Eine
32 große Anzahl von Kindern ist in Gesellschaften ohne Sozialsystem notwendig, um für
33 die Elterngeneration eine Alterssicherung zu gewährleisten. Diese sorgt jedoch dafür,

1 dass in der nächsten Generation das Wachstum auf eine größere Gruppe verteilt
2 werden muss. Wenn der Wohlstand in einem geringen Maße wächst als die
3 Bevölkerung sorgt das für neue Armut. Darum ist es notwendig, dass die finanzstarke
4 Weltbank sich als Weltentwicklungsbank umdefiniert. Sie muss soziale Systeme für
5 alle Menschen schaffen, damit ein sich abzeichnendes geringeres Weltwachstum
6 nicht zur Armutsfalle für die Bevölkerungen ganzer Staaten wird.

7 • Nahrungsmittelproduktion

8 Durch die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion, die ebenfalls den
9 Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus unterworfen ist, werden Mensch und Natur in
10 extremer Weise geschädigt und voneinander entfremdet.

11 Einige der Instrumente, schädigen dabei ganze Landstriche – und natürlich auch die
12 Menschen, welche in diesen Landstrichen leben. Durch die Subventionen der EU auf
13 landwirtschaftliche Produktion und dem Export der daraus entstandenen dumping-
14 Produkte werden die Preise, vor allem von kleinen und mittleren LandwirtInnen,
15 weltweit unterboten. Diese können so ihre Produkte nicht mehr kostendeckend
16 absetzen. Ihre Betriebe, die den Menschen Arbeit und Einkommen sicherten,
17 schließen. Die betreffenden Länder geraten für die Versorgung ihrer Bevölkerung in
18 Importabhängigkeit. Durch hohe Handelsbeschränkungen macht es die EU auf der
19 anderen Seite extrem unattraktiv landwirtschaftliche Produkte in die EU zu
20 importieren und abzusetzen. Während seitens der europäischen Länder also von
21 Drittstaaten immer Freihandel für ihre eigenen Produkte gefordert wird, gesteht sie
22 das den Drittstaaten dies selbst nicht zu.

23 Frankreich hat im Mai mit einem neuen Gesetz einen Schritt in die Richtige Richtung
24 hin zu ökologischer Wirtschaft gemacht. Das Gesetz beinhaltet ein Verbot für
25 Großkonzerne nicht verkaufte Lebensmittel zu entsorgen. Stattdessen müssen von
26 nun an die Lebensmittel gespendet, als Tiernahrung genutzt, oder als Kompost der
27 Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Zwar löst das nicht das gesamte
28 Problem, da in Privathaushalten ebenfalls große Mengen an Lebensmitteln
29 weggeworfen werden, jedoch vermindert es zumindest die
30 Lebensmittelverschwendung im Großhandel und regt auch Privatpersonen zum
31 nachdenken an.

32 • Ausbeutung der „dritten Welt“

1 Die Waren- und Geldströme des Welthandels bilden Machtstrukturen ab. Kaum ein
2 Produkt in der westlichen Welt, wird heute noch vollständig „vor Ort“ produziert.
3 Viele Ressourcen müssen importiert werden und Produktionsschritte werden
4 ausgelagert.

5 Globale Wirtschaftsunternehmen nutzen diesen Umstand um auf Kosten ihrer
6 Belegschaft billiger zu produzieren und damit einen größeren Mehrwert zu
7 erwirtschaften.

8 • Primark als Prototyp des weltumspannenden Kapitalismus

9 Primark, Saarbrücker Bahnhofsstraße: Ein Basic T-Shirt gibt es dort für 3 Euro -
10 ungefähr so viel wie ein Bier in der Kneipe kostet. Wie ist dieser Preis möglich? Ein
11 Blick in die textile Wertschöpfungskette verschafft Klarheit:

12 Alles beginnt auf einem Baumwollfeld in Usbekistan. 400 Gramm Baumwolle werden
13 dort -- wahrscheinlich von Kinderhänden - gepflückt. Unter einem enormen
14 Ressourcenaufwand von 7000 Litern Wasser, 1,2 kg - teils giftigen - Chemikalien und
15 7 kg CO₂-Ausstoß pro T-Shirt wird die Baumwolle verarbeitet. Weiter geht es per
16 Frachtschiff nach Bangladesch.

17 4 Millionen Menschen, davon 80% Frauen, fertigen dort an 6 Tagen in der Woche 10-
18 13 Stunden am Tag in baufälligen Schuppen, Kleidung für den europäischen Markt an.
19 Von den 4500 Fabriken, die für Primark herstellen, sind gerade einmal 1500 in
20 akzeptablem Zustand. Primark beruft sich auf Sicherheitsabkommen und faire-trade-
21 Vereinbarungen, doch Papier ist geduldig. Der monatliche Lohn dafür beträgt 30-60
22 Euro. Selbstverständlich ohne Urlaubsanspruch, Kündigungsschutz und
23 Krankenversicherung. Der Textilmüll landet auf der Straße und in den Flüssen.

24 Die fertigen T-Shirts werden nach Europa verschifft und landen schließlich bei
25 Primark in Saarbrücken im Regal. Dort gibt es zwar keinen Einzelhandelsarbeitsvertrag
26 für die Angestellten, dafür aber Handscreenings, ein dichtes Netz an
27 Überwachungskameras - auch dort wo keine Ware verkauft wird - und
28 Taschenkontrollen beim Personal.

29 Und der Textilriese Primark? Der wächst und wächst und wächst und eröffnet bald
30 seine 300. Filiale in Europa bei 6,2 Milliarden Euro Umsatz im Jahr.

31 • Wem nutzen weltumspannenden Produktionszyklen?

32 Wie viele andere global agierende Unternehmen, hat sich Primark unter der
33 Ausnutzung von Schutzlücken ein ausbeuterisches System zur Produktion aufgebaut.
34 Dieses System beruht darauf in den Ländern mit den geringsten Standards für Arbeit

1 um Umweltschutz zu arbeiten.

2 Auch Unternehmen in der Automobilindustrie und in anderen Industriezweigen
3 nutzen solche Lücken.

4 Diese Produktionszyklen nutzen besonders den Großunternehmen, die dadurch
5 einen noch größeren Mehrwert aus der Produktion ziehen können. Wem diese
6 Zyklen schaden liegt somit auf der Hand – allen Arbeiter_innen, die an der Produktion
7 beteiligt sind und systematisch in immer höherem Grad ausgebeutet werden.
8 Besonders aber den Arbeiter_innen in der dritten Welt.

9 Denn die bestehenden Zyklen führen zu deren Abhängigkeit von dort produzierenden
10 Unternehmen für die eine Produktion bei höheren Arbeitsschutzstandards nicht
11 mehr so rentabel wäre.

12 Primak ist nur ein Beispiel für viele Unternehmen, welche diese zerstörerischen
13 Zyklen nutzen.

14 • Was tun?!

15 *„Wer die Welt verändern will, muß sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht*
16 *Genossen. Wer Kraft entfalten will, muß sich organisieren. Wer ein freies,*
17 *menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, der muß kämpfen!“*

18 Ernesto „Che“ Guevara

19 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Art der Produktion und die Arbeitswelt
20 massiv gewandelt. War nach Ende des zweiten Weltkrieges die wertschaffende
21 Produktion maßgeblich die Industrie, stellen Dienstleistungsberufe mittlerweile einen
22 nicht unerheblichen Anteil der Wertschöpfung dar. Die moderne Form der
23 Beschäftigung versucht zusätzlich Freizeit und Arbeitszeit so eng zu verkoppeln, dass
24 die Menschen ständig ihre Arbeit im Kopf haben, sich mit ihrem Konzern
25 identifizieren und schlussendlich sich sogar gerne ausbeuten lassen. Die Akzeptanz
26 flexibler Arbeitsverhältnisse, eines steigendes Arbeitspensums trotz
27 Produktivitätsfortschritts, individueller, außertariflicher Arbeitsverträge und
28 gebrochener Erwerbsbiografien sind die Konsequenz. Die Ausbeutung der
29 Arbeitskraft wird zur akzeptierten und gesellschaftlich gewollten Normalität. Dieser
30 Wandel des Kapitalismus von der Fremd- zur Selbstausbeutung, macht
31 Abhängigkeiten und Machtverhältnisse noch weniger sichtbar. Die heutigen
32 ArbeitnehmerInnen kämpfen nicht mehr miteinander gegen ihre prekäre Lage. Sie
33 „optimieren“ sich in ständigen Wettbewerb und bekämpfen sich damit gegenseitig
34 und selbst. Angst vor dem Abstieg, Ehrgeiz, Gewissensbisse, gesellschaftliche

1 Bewunderung, Selbstdisziplin: Es braucht heute keinen Fabrikaufseher mehr, damit
2 sich die Menschen immer stärker in die kapitalistische Verwertung einpassen. Das
3 machen sie schon aus erlerntem Eigenantrieb selbst. Die Folgen kann man in
4 sprunghaft ansteigenden Zahlen von Burn-outs, Depressionen oder anderen
5 psychischen Erkrankungen erkennen. Doch die Ursache wird meist nur in der Person
6 selbst gesehen. Dabei ist die Freiheit, welche uns das aktuelle Wirtschaftssystem
7 verspricht, keine wirkliche Freiheit. Es gibt weiterhin keine Möglichkeit aus den
8 Mechanismen der Ausbeutung auszusteigen, ohne nicht gleich von Armut bedroht zu
9 sein oder die Gesellschaft verlassen zu müssen.

10 Diese Entwicklung führt zur Konkurrenz und damit zum Abbau von Solidarität bis hin
11 zur inneren Spaltung der arbeitenden Klasse. Tagtäglich erfahren Arbeiter_innen ein
12 Gefühl des unaufhaltsamen Abstiegs, ein Gefühl des Verlusts der Würde. Sie
13 empfinden ein Gefühl „fallen gelassen werdens“ von linken und
14 sozialdemokratischen Parteien. Die Folge ist ein Rückzug ins Private und ein
15 zunehmendes Verschwinden von der politischen Bühne.

16 Die kapitalistische Produktionsweise stellt eine Form des Wirtschaftens da.
17 Dementsprechend kann sie nur verändert, wenn die grundlegenden Bedingungen des
18 Wirtschaftens im Kapitalismus angegriffen und die Ausbeutung der arbeitenden
19 Klasse beendet wird. Eine emanzipatorische sozialistische Bewegung muss deshalb
20 insbesondere in der Arbeiter_innenklasse und bei den Werktätigen verankert sein.
21 Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen alternativen zur systemintegrierenden
22 Sozialpartnerschaft entwickelt werden.

23 Wir wollen uns mit diesen Verhältnissen nicht zufrieden geben. Wir wollen dieser
24 Gesellschaft, die auf Konkurrenz und Ausbeutung beruht, eine Alternative entgegen
25 setzen. Unsere Antwort auf ihre Konkurrenz heißt sich in Solidarität gemeinsam zu
26 organisieren und für ein besseres Leben zu kämpfen. Die Solidarität mit den
27 Ausgebeuteten und Unterdrückten ist unsere stärkste Waffe!

28 Gesellschaftliche Veränderungen und die konkrete Ausgestaltung von
29 Arbeitsverhältnissen ist immer Gegenstand politischer Kämpfe! Sie sind keine starren
30 Gebilde, sondern können und müssen verändert werden!

31 Auf dem Weg hin zum demokratischen Sozialismus sind für uns deshalb folgende
32 Handlungsmaximen zentral:

- 1 1. Wir stehen für eine sozialistische Wirtschaftspolitik! Dies beinhaltet eine
2 Politik, welche die Verelendung und Ausbeutung der Gesellschaft im jetzigen
3 System aufheben und die kapitalistische Marktwirtschaft überwinden will.
- 4 2. Wir treten ein gegen jeglichen Abbau von sozialen und gesicherten
5 Beschäftigungsverhältnissen. „Gute Arbeit“ bedeutet für uns die Ablehnung
6 von menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen und die generelle Ausbeutung
7 der Arbeiter_innen. Insbesondere prekäre und befristete
8 Beschäftigungsverhältnisse, von denen fast ausschließlich Kapitalist_innen
9 profitieren, lehnen wir ab!
- 10 3. Wir stellen die vorherrschenden Eigentumsverhältnisse grundsätzlich in Frage.
11 In Zeiten, in denen produktiver Fortschritt weit über den damit verbundenen
12 Lohnsteigerungen liegt muss die Frage nach der Verteilung von Besitz erneut
13 gestellt werden. Jeglicher Mehrwert wird tagtäglich insbesondere von den
14 Arbeiter_innen produziert. Die Entlohnung die sie dafür erhalten entspricht
15 jedoch bei weitem nicht dem von ihnen produzierten Mehrwert. Eine gerechte
16 Verteilung der Produktionsmittel in Verbindung mit kollektiv organisierten
17 Betrieben halten wir deshalb für dringend notwendig. Ein erster Schritt zur
18 Bekämpfung der immer stärkeren Kapitalakkumulation ist die
19 Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- 20 4. Unbegrenzter Wachstum und die Produktion von Mehrwert ist für uns kein
21 Selbstzweck. Eine sozialistische Wirtschaftspolitik muss deshalb darauf
22 abzielen den Menschen und seine Bedürfnisse wieder in den Fokus des
23 politischen Handelns zu rücken. Das Wirtschaftssystem hat an erster Stelle den
24 Menschen zu dienen – und nicht umgekehrt! Und da der Mensch in erster Linie
25 ein soziales Wesen ist, sind rein ökonomische Erklärungsansätze wie etwa das
26 Modell des "Homo oeconomicus" abzulehnen. Das Wirtschaften muss immer
27 als soziale Tätigkeit gedacht werden.
- 28 5. Die Forderung der internationalen Solidarität über die Grenzen dieses Staates
29 und auch über die Grenzen Europas hinaus ist für uns zentral. Kam es in der
30 Vergangenheit in der gewerkschaftlichen und politischen
31 Arbeiter_innenbewegung bei Standortverlagerungen teilweise zu
32 klasseninternen Spaltungen aufgrund von Standortkonkurrenz, hat sich dies in
33 den vergangenen fünf Jahren maßgeblich verbessert. Für uns ist klar, dass
34 jegliche Standortverlagerung der Kapitalist_innen einen Keil zwischen die

1 Arbeiter_innen der jeweiligen Standorte treiben soll. Dem wollen wir
2 gemeinsam mit den Gewerkschaften entgegen treten und die Betroffenen
3 Arbeiter_innen und Kolleg_innen solidarisch unterstützen! Die Dekonstruktion
4 des Konstrukts der Nation und die schlussendliche Überwindung des
5 Nationalstaates als Interessenvertretung der kapitalistischen Klasse bleibt
6 unser Ziel.

7

8

#2

Antragsteller: Juso- Landesvorstand

1 Internationales

2

3 Wir Jusos sind ein **internationalistischer Verband**. Das heißt auf theoretischer Ebene
4 die deutliche Abgrenzung von Nationalismus jedweder Art als legitimes politisches
5 Begründungs- und Argumentationsmuster und in praktischer Hinsicht, dass wir in
6 unserem Handeln stets mögliche weltweiten Auswirkungen mitdenken und für eine
7 Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen auf dieser Welt eintreten.

8

9 Wir wissen, jeder Mensch auf dieser Welt hat den gleichen Wert und die gleichen
10 Rechte. Die Herkunft oder Staatsangehörigkeit begründet nur eine rein zufällige
11 Unterscheidung zwischen Menschen. Sie werden jedoch für populistische Hetze und
12 offene Diskriminierung genutzt, um die wirklichen globalen Konfliktlinien zu
13 überdecken: die weltweite Spaltung der Menschen in Arm und Reich.

14

15 Wir wissen, dass die Ausbeutung von Menschen und die Akkumulation von Kapital als
16 unterschiedliche Seiten der gleichen Medaille, keine Landesgrenzen kennen, dass
17 ihre Funktions- und Wirkungsweise nur global verständlich und bekämpft werden
18 kann. Dies wird uns nur gemeinsam mit vielen Menschen weltweit gelingen. Einzelne
19 Staaten sind im globalen Finanzmarktkapitalismus der heutigen Zeit nahezu
20 machtlos. Internationalismus ist daher für uns auch immer die **praktische**
21 **Zusammenarbeit mit politischen Verbündeten aus der ganzen Welt.**

22

23 Wichtigstes Grundprinzip unserer Arbeit ist dabei für uns die **internationale**
24 **Solidarität**. Dieser, oftmals inflationär gebrauchte Begriff, steht für mehr als warme
25 Worte, er steht für tatsächliches solidarisches Handeln. Er bedeutet, dass auch
26 international starke Schultern mehr tragen müssen als schwächere, dass man die
27 Entwicklung von Regionen und Menschen weltweit fördert und nicht behindert, dass

1 man im kritisch-konstruktiven Verhältnis kooperiert und nicht einseitig diktiert, dass
2 man füreinander einsteht.

3

4 Unser **Ideal ist eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit**. Ein Ideal, das in
5 manchen Zeiten näher und in anderen ferner rückt, aber an dem wir festhalten und
6 für das wir folgende Ziele verfolgen:

7

8 Nach Ende des kalten Krieges und der Auflösung der starren Staatenblöcke, glaubten
9 viele daran, dass bewaffnete Konflikte nun endgültig überwunden seien. Und auch
10 wenn tatsächlich eine in der Menschheitsgeschichte einmalige Friedensperiode
11 bestand und sich die Katastrophe eines Weltkrieges nicht wiederholte, muss
12 inzwischen leider konstatiert werden, dass vor allem innerstaatliche und regionale
13 Konflikte wieder stark zunehmen. Derzeit zählt die Statistik einen traurigen
14 Höchststand von 21 Kriegen und 424 Konflikten weltweit.

15

16 **Aktive Friedenspolitik** ist daher dringend notwendig. Deutschland, als auch die
17 gesamte internationale Weltgemeinschaft müssen hierfür Verantwortung
18 übernehmen, bewaffnete Konflikte klar verurteilen, präventive Friedensarbeit
19 betreiben und Staaten Hilfe zur Lösung bestehender Konflikte anbieten.

20

21 Zentrales Element ist hierfür die **massive Beschränkung von Rüstungsexporten**. Es
22 darf kein Profit mit Krieg gemacht werden. Die Verfügbarkeit von und Neuversorgung
23 mit Waffen wird aber immer dazu führen, dass bestehende Konflikte angeheizt und/
24 oder aufrecht erhalten werden. Waffenexporte in Länder, die
25 Menschenrechtsstandards nicht einhalten oder in denen Konflikte schwelen, müssen
26 generell verboten werden. Die Produktion und der Verkauf bestimmter Waffen, die
27 durch ihre Beschaffenheit besonders unverhältnismäßige Schäden anrichten, wie
28 Anti-Personenminen, müssen grundsätzlich verboten werden.

29

30 Wir setzen uns für eine **weltweite Abrüstung** ein. Die bestehenden Waffenarsenale
31 könnten die Erde gleich mehrmals zerstören, haben also jedes Maß und jede
32 Sinnhaftigkeit verloren. Statt Unmengen im grenzenlosen Wettrüsten zu verpulvern,
33 fordern wir den Einsatz der Finanzmittel und Forschungskapazitäten für soziale
34 Belange einzusetzen.

1 Wir Jusos bündeln verschiedene Ansichten aus dem Bereich Pazifismus und
2 Antimilitarismus. Einig sind wir uns aber darin, dass **Frieden mehr ist als die**
3 **Abwesenheit von Krieg**. Gewalt in einer Gesellschaft kann viele Formen annehmen.
4 Gesellschaften, die durch Militarisierung geprägt sind, in denen das Recht des
5 Stärkeren gilt und die Anwendung und Ausübung von Gewalt weit verbreitet sind,
6 vielleicht sogar glorifiziert werden, bieten den idealen Nährboden nicht nur für
7 interne, sondern auch internationale Konflikte dar. Solche gesellschaftlichen
8 Tendenzen stellen wir uns daher weltweit entgegen.

9

10 Bewaffnete Konflikte führen zwangsläufig zu Fluchtbewegungen von Menschen, die
11 ihr Leben retten müssen. Aktuell sind knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht,
12 der größte Anteil davon, nämlich knapp 40 Millionen Menschen, sind
13 Binnenflüchtlinge. 86% der Flüchtlinge befinden sich in Entwicklungsländern, nur eine
14 Minderheit befindet sich, oder flieht in Industrieländer.

15

16 Migration stellt grundsätzlich ein natürliches Phänomen dar. Zu allen Zeiten der
17 Menschheit, gab es Handelswege und Wanderungen. Für uns gilt, dass jeder
18 Menschen seinen Wohn- und Aufenthaltsort selbstbestimmt wählen können sollte,
19 sofern diese Freiheit nicht die Freiheit und Rechte anderer unverhältnismäßig stark
20 einschränkt. Daraus leitet sich zum einen ab, dass **Flucht**, welche immer eine
21 erzwungene Mobilität bedeutet, in ihren **Ursachen bekämpft werden und den**
22 **Flüchtenden Schutz geboten werden muss**. Zum anderen streben wir die **globale**
23 **Bewegungsfreiheit** als Ideal an. Während Geld heute in sekundenschnelle und ohne
24 Hemmnisse von einem Land zum nächsten verschoben wird, werden für Menschen
25 Grenzen gezogen und aufgerüstet, die sich teilweise zu nur schwer überwindbaren
26 Todesfallen, wie im Mittelmeer entwickeln.

27

28 Ein weiterer zentraler Punkt für eine friedlichere und gerechtere Welt ist die **Achtung**
29 **und Wahrung der Menschenrechte**. Menschenrechte sind universell, unveräußerlich
30 und unteilbar. Leider ist das in vielen Ländern noch keine Realität. Entweder, weil sie
31 grundsätzlich nicht anerkannt werden oder weil sie zwar auf dem Papier existieren,
32 aber ihrer Umsetzung oder Durchsetzung Hindernisse in den Weg gestellt werden.
33 Wir begrüßen daher internationale Vereinbarungen über Menschenrechte, so wie die
34 Einrichtung internationaler Gerichte zur Wahrung dieser ausdrücklich. Wir sehen in

1 der Praxis von Außenpolitik aber auch, dass wirtschaftlichen Interessen oft der
2 Vorrang gegeben wird. Das ist nicht unsere Vorstellung von verantwortlichem
3 internationalem Handeln, wir stehen für eine **wertegeleitete Außenpolitik**.

4

5 Nach Statistiken der Weltbank, welche auf die angepasste Kaufkraft von 1,25 Dollar
6 pro Tag basieren, leben weltweit rund 1 Milliarden Menschen in Armut. Auch wenn
7 sich die Anzahl von in Armut lebender Menschen in den letzten Jahrzehnten drastisch
8 reduziert hat, steigen die Zahlen durch die globale Wirtschaftskrise wieder und Armut
9 stellt weiterhin eines der größten Probleme unserer Zeit dar. Es muss die
10 Verpflichtung jeder Regierung und der internationalen Gemeinschaft sein, Armut
11 weiter zu reduzieren und den Menschen Perspektiven zu bieten aus der Armut zu
12 entkommen. Dabei ist Entwicklungszusammenarbeit keine Verteilung von Almosen
13 für Entwicklungsländer. **Entwicklungszusammenarbeit** sollte heute auf Kooperation
14 basieren und gemeinsame Entwicklungsziele beinhalten, nach dem Prinzip „Hilfe zur
15 Selbsthilfe“ funktionieren und statt neuer Abhängigkeiten, den Aufbau
16 eigenständiger good governance Strukturen erreichen. Entwicklungspolitik sollte
17 einen breiten Ansatz verfolgen, der mindestens Armutsbekämpfung, Verbesserungen
18 im Bereich Ernährung, Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherheit, Umweltschutz,
19 Friedenssicherung, Menschenrechte und Demokratie beachtet.

20 Klar ist aber auch, dass eine wirkliche und nachhaltige Armutsbekämpfung, als auch
21 eine gerechte Vermögensverteilung nur mit einem anderen, mit einem
22 **sozialistischen Weltwirtschaftssystem** möglich ist. Die aktuelle Struktur und
23 Funktionsweise kommt vor allem den sowieso schon reicheren Industrienationen
24 zugute und perpetuiert die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von ihnen.
25 Exemplarisch dafür steht zum Beispiel der Freihandel der WTO, welcher Formen der
26 Protektion, also auch des erstmaligen Aufbaus von Industrie, verhindert oder die
27 sogenannten Strukturanpassungsprogramme des IWFs, durch die Länder wegen
28 dringend benötigtem Geld zum Ausverkauf ihres Landes gezwungen werden.

29

30 Als Internationalistinnen und Internationalisten begrüßen wir die kooperative
31 Zusammenarbeit von Staaten auf internationaler Ebene in **multilateralen,**
32 **dauerhaften und rechtlich bindenden Institutionen**. Mit der Gründung der UN
33 wurde der bisher bedeutendste Schritt hin zu, einem Weltparlament verwirklicht.
34 Allerdings ist dies lediglich ein erster kleiner Schritt. Daher fordern wir als

1 internationalistischer Verband die weitere Stärkung der UN und ihrer Organe. Dies
2 muss jedoch zum ersten mit einer Demokratisierung der Staatengemeinschaft
3 insgesamt, denn nur wer demokratisch legitimiert wurde kann auch als wirklicher
4 Repräsentant in einer demokratischen Institution fungieren. Kampagnen für eine
5 parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen wie etwa UNPA sind
6 hierfür nur ein erster aber wichtiger Schritt. Und zum zweiten mit einer
7 grundlegenden Reform der Institution einhergehen; so sehen wir es als grundsätzlich
8 kritisch, dass z.B. im Weltsicherheitsrat die fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht
9 innehaben.

10 Wir fordern außerdem, dass die Verbindlichkeit von UN-Beschlüssen, zum Beispiel
11 durch Sanktionierungsmaßnahmen wie bereits im Bereich Friedenssicherung,
12 gestärkt wird. Auch ist es nicht hinnehmbar, dass zahlreiche Länder sich immer noch
13 verweigern das Statut des internationalen Strafgerichtshofs zu unterzeichnen.

14

15 Wir wissen aber auch, dass solange Nationalstaaten existieren, die inhärente
16 Tendenz besteht, dass diese gegeneinander arbeiten oder nur das eigene Wohl im
17 Blick haben. Nationalstaaten stellen ein Relikt der letzten beiden Jahrhunderte dar.
18 Unser Ideal stellt hingegen eine Welt dar, in der Nationalstaatlichkeit und alle damit
19 zwangsläufig verbunden künstlichen Grenzen und Einteilungen von Menschen
20 zugunsten einer **gemeinsamen Welt der Regionen** überwunden werden.

21

22 Ein dafür wichtiger Zwischenschritt stellt für uns die erste intergouvernementale
23 Organisation der Welt, die Europäische Union dar. Wir stehen klar für ein **vereintes**
24 **Europa und das gemeinsame europäische Projekt** ein. Hierdurch wurde erreicht, was
25 bis dahin unmöglich erschien: ein Europa des Friedens, der Demokratie und der
26 Freizügigkeit. Dies ist für uns von unschätzbarem Wert. Nichtsdestotrotz gibt es für
27 uns zahlreiche Verbesserungspunkte und vor allem massive Kritik an der aktuellen
28 Wirtschaftspolitik der Eurozone. Wir kämpfen für ein sozialeres und
29 demokratischeres Europa, dass heißt für uns zum Beispiel die Stärkung des
30 Europäischen Parlaments, die Einführung einer wirklichen Europäischen Regierung
31 und der Schwerpunktsetzung auf soziale Belange und sozialen Ausgleich innerhalb
32 Europas. Die europäische Krise ist weiterhin nicht überwunden und bringt das
33 gesamte Projekt Europa in Gefahr. Ihre Kennzeichen sind Nationalismus,
34 Demokratiefeindlichkeit, Austerität um jeden Preis, Massenarmut, Unmenschlichkeit

1 und Umwandlung von privaten zu staatlichen Schulden. Deutschland trägt daran die
2 Hauptschuld. Wir fordern eine sofortige Umkehr hin zu einer solidarischen
3 Lastenteilung, wirkliche Beteiligung des Bankensektors, Einführung von
4 Umverteilungsmechanismen, dauerhafte finanzielle Ausgleichssysteme, Aufbau von
5 Sozialsystemen und einem Marschall-Plan 2.0 für Europa.

6

7 Zunehmende **Vernetzung und weltweite Kommunikations- und**
8 **Kontaktmöglichkeiten** werten wir als historische Chance, dass sich Menschen
9 weltweit kennenlernen, Vorurteile abgebaut und Verständnis aufgebaut werden, sich
10 Informationen verbreiten und internationale Verbindungen und Bündnisse
11 vereinfacht möglich werden. Gerade auch aus diesen Gründen sehen viele staatliche
12 Eliten darin eine Gefahr. Die Überwachung, bevorzugt im digitalen Bereich, hat
13 beinahe orwellsche Ausmaße angenommen. Überwachungsskandale, wie durch die
14 NSA, stellen nur den Gipfel des Eisberges dar und zeigen, dass jede_r einzelne, ja
15 ganze Staaten machtlos sind Daten und Privatsphäre zu schützen. Wir stehen für ein
16 zensurfrees Internet weltweit. Wir fordern internationale Abkommen, welche das
17 verdachtsunabhängige Ausspähen und Speichern von Daten, falls es technisch nicht
18 nötig und vom Benutzer nicht gewünscht ist komplett verbieten. Whistleblower und
19 couragierte Medien stellen aktuell die einzige Möglichkeit für die Öffentlichkeit dar
20 von den Vorgängen überhaupt Kenntnis zu erlangen. Statt Ermittlungen wegen
21 Landesverrat fordern wir den Schutz dieser Menschen.

22

#3

Antragsteller:

Juso- Landesvorstand

1 **Gemeinde als Keimzelle der Demokratie**

2

3 **Gemeinde als Keimzelle der Demokratie**

4 Die Kommunen – das ist der Oberbegriff für unsere Städte, Gemeinden und
5 Landkreise – werden oft als Keimzelle der Demokratie bezeichnet. Allerdings müssen
6 die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie auch erleben können, die Kommunen
7 sowohl die entsprechende Infrastruktur vorhalten, aber auch die rechtlichen
8 Rahmenbedingungen vorliegen. Damit es möglich ist das sich die einbringen können,
9 die dies auch wollen.

10 Demokratie funktioniert gut wenn Viele mitmachen, sich einigen können und auch
11 die Beschlüsse von fast Allen mitgetragen werden. Deshalb müssen wir die Basis
12 derer, die wählen können und gewählt werden dürfen, ausbauen. Viele Menschen
13 werden von den Kommunalwahlen ausgeschlossen, zum einen auf Grund ihres Alters
14 zum andern wegen ihrer Staatsbürgerschaft. Daher sehen es die Jusos Saar als
15 unverzichtbar an, das passive und aktive Wahlalter für kommunale Wahlen auf 16
16 Jahre herabzusetzen. Des Weiteren fordern die Jusos Saar das aktive und passive
17 kommunale Wahlrecht auch für nicht EU-BürgerInnen, wenn diese seit 5 Jahren ihren
18 Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

19 Ein weiterer wichtiger Baustein der demokratischen Teilhabe sind die Beiräte. Dabei
20 bekennen sich die Jusos Saar zur Einrichtung von Integrationsbeiräten,
21 Seniorenbeiräten und letztlich auch Jugendbeiräten in allen saarländischen
22 Kommunen, in denen sich Menschen finden, die diese Beiräte bestücken wollen

23 Zusammenfassend fordern die Jusos:

- 24
- Passives und aktives Kommunalwahlrecht für 16-Jährige

- 1 • Passives und aktives Kommunalwahlrecht für nicht EU-BürgerInnen
- 2 • die Einrichtung von Integrationsbeiräten, Seniorenbeiräten und Jugend-beiräten
- 3 in allen Kommunen, in denen das von der Bevölkerung und von den
- 4 kommunalen Vertretungen eingefordert wird.

5

- 6 •

7 **Finanzausstattungen der Kommunen im Saarland**

8 Die Finanzlage der Kommunen im Saarland ist mit desolat noch schmeichelhaft

9 umschrieben. Ein Großteil der Saarländischen Kommunen steht mit dem Rücken zu

10 Wand. Dies hat verschieden Hintergründe. Zum einen leidet das Saarland wie kein

11 anders Bundesland unter Steuerabkommen, die die Bundesrepublik mit

12 Nachbarländern geschlossen hat. So zahlen Menschen, die in Deutschland arbeiten

13 und in Frankreich leben, in Frankreich steuern und Menschen, die in Luxemburg

14 arbeiten und in Deutschland leben, zahlen in Luxemburg steuern. Das reduziert die

15 Steuerbasis gerade in Grenzregionen wie dem Saarland enorm.

16 Ein weiterer Anknüpfungspunkt besteht bei der Umsatzsteuer. Derzeit wird die in

17 den Kommunen erwirtschaftete Umsatzsteuer zwischen Bund, Ländern und

18 Kommunen verteilt. Der Bund erhält dabei rund 51%, die Länder rund 46% und den

19 Gemeinden bleiben lediglich 3 % der Umsatzsteuer.

20 Wir fordern als Jusos Saar, dass die Umsatzsteuerverteilung neu verteilt wird und

21 zwar sollen die Anteile zu 45 % an die Kommunen, zu 45 % ans Land und zu 10 % an

22 den Bund gehen. Die Steuereinnahmen müssen in den Gemeinden und den

23 Bundesländern bleiben, in denen diese angefallen sind. Zudem fordern wir die

24 Auflage eines weiteren Konjunkturprogrammes auf Bundesebene zur Förderung von

25 Innenstädten und Gemeindekernen sowie von öffentlicher Infrastruktur. Nur so kann

26 man Kommunen und die Länder anhalten, weiter in Innenstädte und Zentren zu

27 investieren. Zudem fordern die Jusos Saar, dass alle Finanzmittel, die von der

28 Bundesregierung an die Kommunen gegeben werden, auch bei den Kommunen

29 ankommen. Die Finanznot der Länder ist kein Grund dafür, diese Finanzmittel an die

30 Länderhaushalte weiterzuleiten.

1 Ein weiteres Thema ist die Umlage, die die Gemeinden an die Gemeinderverbände
2 abführen. Diese Kreisumlage stieg zwischen 2003 und 2012 um 49% auf 539,9 Mio. €.
3 Dies begründet sich durch größtenteils durch gestiegene Ausgaben im Sozialbereich
4 und die Festlegung höherer Standards. Diese Verbesserungen sind wichtig, den
5 Kommunen muss bei ihrer Einführung aber auch der dafür notwendige finanzielle
6 Mehraufwand zur Verfügung gestellt werden.

7 Zusammenfassend fordern die Jusos:

- 8
- die Umsatzsteuer muss in Deutschland neu verteilt werden
 - Finanzmittel des Bundes müssen, die für die Kommunen gedacht sind müssen
9 auch vollumfänglich an diese weiter geleitet werden.
- 10

- 11
- Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und
12 Asylbewerbern dauerhaft sichern
- 13 Die Aufhebung der obligatorischen Unterbringung im Lager Lebach begrüßen
14 wir als einen wichtigen Schritt zu besseren Lebensbedingungen für die
15 Geflüchteten. Für die Kommunen bedeutet die eine erhebliche Umstellung
16 durch die neue Aufgabe der Verteilung vor Ort. Zwar werden die direkten
17 Kosten für sie vom Land übernommen, jedoch wollen viele Kommunen darüber
18 hinaus Angebote schaffen und benötigen insbesondere mehr Wohnraum.

19 Eine wichtige Aufgabe der Kommunen ist nicht zuletzt durch die Aufhebung des
20 Ministerratsbeschluss vom 05.02.1994 die Unterbringung von Asylbewerbern und
21 Asylbewerberinnen. Durch die Aufhebung des Ministerratsbeschlusses werden die
22 Asylsuchenden direkt in den Kommunen untergebracht und nicht mehr zentral in der
23 Landesaufnahmestelle in Für die Kommunen entwickelt sich diese aber immer mehr
24 zur Mammutaufgabe. Viele Gemeinden im Saarland sind hoffnungslos verschuldet
25 und können die angebotenen Hilfs- und Strukturförderprogramme nicht nutzen, da
26 sie den geforderten Eigenanteil nicht stemmen können. Das von der saarländischen
27 Landesregierung im Jahr 2015 angebotene Wohnraumförderprogramm für
28 Kommunen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen im
29 Saarland ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch wird hier im günstigsten
30 Fall eine 75% Förderung erreicht. In vielen Fällen ist die Haushaltslage saarländischer
31 Kommunen jedoch so angespannt, dass beispielsweise bei einem Sanierungsobjekt

1 mit Gesamtkosten in Höhe von 100.000 €, der Eigenanteil von 25.000 € nicht
2 aufgebracht werden kann. Auch die neuerlichen Äußerungen des Innenministers
3 werfen mehr Fragen in den Kommunen auf, als sie Antworten liefern. So ist es
4 äußerst fraglich, inwieweit Ausgaben im Finanzhaushalt dargestellt werden können
5 und wie sich die über den Kreditrahmen hinaus beantragten Kredite langfristig auf
6 die angespannte Haushaltsslage der Kommunen auswirken werden.

7 Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die saarländische Landesregierung es in den
8 letzten Jahren versäumt hat, sozialen Wohnraum zu fördern und genügend
9 Wohnraum für sozial Schwache zu schaffen. Dadurch ist es auch wenig überraschend,
10 dass sich in letzter Zeit viele „besorgte Bürger und Bürgerinnen“ wenig tolerant im
11 Umgang mit Asylbewerbern und Asylbewerberinnen und deren Unterbringung zeigen
12 und sich den bereits vorhandenen rechtspopulistischen Strukturen und
13 Vereinigungen hingeben. Hierbei geht es nicht nur um die Versäumnisse im sozialen
14 Wohnungsbau, sondern vielmehr um den generellen Abbau von Sozialleistungen und
15 den Transformation ganzer Gesellschaftsschichten.

16 Dies wird dadurch verstärkt, dass die Kommunen aktuell nicht verpflichtet sind für
17 Wohnraum der Bürger und Bürgerinnen zu sorgen und selbst im Fall der
18 Obdachlosigkeit, lediglich ein Obdach zur Verfügung gestellt werden muss.

19 Deshalb fordern wir Jusos eine hundertprozentige Finanzierung durch die
20 Landesregierung von sozialem Wohnraum in Kommunen, sowie eine Ausweitung des
21 Programms auf soziale Wohnraumprojekte. Außerdem fordern wir, dass die
22 Versorgung der Bürger und Bürgerinnen einer Kommune mit Wohnraum zur
23 Pflichtaufgabe der Kommunen im Saarland wird.

24 Ein weiterer wichtiger Aspekt in der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern
25 und Asylbewerberinnen in saarländischen Kommunen ist die generelle Infrastruktur
26 des Saarlandes. So müssen Asylbewerber und Asylbewerberinnen teilweise weite
27 Strecken zurücklegen, um die erforderlichen Behördengänge zu erledigen oder
28 Integrationsangebote wahrzunehmen. Vielerorts ist jedoch die Integrationshilfe und
29 die größtenteils ehrenamtliche Hilfsstruktur nicht ausreichend, um die Asylbewerber
30 und Asylbewerberinnen dabei zu unterstützen und deren Mobilität zu gewährleisten.
31 Daher ist es für uns wichtig, dass es eine Möglichkeit für Asylbewerber und
32 Asylbewerberinnen gibt, kostenlos den öffentlichen Nahverkehr nutzen zu können.

1 Um in diesem Punkt Sozialneiddebatten zu verhindern sollte diese Förderung auf die
2 Gesamtheit der Leistungsbezieher und Leistungsbezieherinnen, sowie Sozial
3 schwächer gestellte Schichten ausgeweitet werden.

4 Deshalb fordern wir Jusos ein kostenloses Mobilitätsprogramm, welches einen
5 Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für alle ermöglicht.

6 Auch eine Verbesserung von Integrationsangeboten für Geflüchtete ist wichtig. Dazu
7 gehört zum Beispiel der Anspruch auf Sprachkurse für Asylbewerberinnen und
8 Asylbewerber. Die vorhandenen Strukturen sind dafür leider nicht ausreichend und
9 oft fehlt es den TrägerInnen an den finanziellen Mitteln oder qualifiziertes Personal.
10 Da sich bei den weltweiten Krisen und Kriegen aktuell keine Besserung abzeichnet,
11 wird die Anzahl der Flüchtenden voraussichtlich ebenfalls nicht sinken. Hierbei ist
12 neben der Sprache auch die Integration im Alltag eine Grundvoraussetzung. Hierfür
13 müssen vor Allem die Sprachlernangebote in den einzelnen Kommunen verbessert
14 werden, aber auch die alltägliche Integration von Asylbewerbern und
15 Asylbewerberinnen muss verbessert werden. Die vorhandenen Strukturen sind leider
16 nicht ausreichend und oft fehlt es den Trägern auch schlichtweg an den finanziellen
17 Mitteln mehr geschultes Personal für die Betreuung von Asylbewerbern und
18 Asylbewerberinnen einzustellen. Dieses Problem wird sich aufgrund neuester Zahlen
19 nicht von alleine lösen, da bis zum Ende des Jahres 2016 aktuell davon ausgegangen
20 wird, dass 8.000 zusätzlich zu den bereits angekommenen Asylbewerber und
21 Asylbewerberinnen ins Saarland kommen werden. Diese Zahlen schließen den
22 Familiennachzug über Schnellvisa nicht mit ein, sodass man davon ausgehen kann,
23 dass die Zahl sich auf 20.000 Menschen erhöhen wird, wenn nur die Hälfte der
24 Asylbewerber und Asylbewerberinnen vom Familiennachzug mit durchschnittlich 3
25 Personen Gebrauch macht. Dies macht deutlich, dass dringend Mittel für Integration
26 bereit gestellt werden müssen. Hierbei muss auch beachtet werden, dass in diesem
27 Fall die Finanzstärke eines Bundeslandes nicht über die Verfügbarkeit von wirklich
28 notwendigen Hilfen entscheiden darf. Trotz Schuldenbremse müssen Hilfen, deren
29 Ausbleiben einen ihre Kosten deutlich übersteigenden gesellschaftlichen Schaden
30 verursachen würde, überall dort, wo sie gebraucht werden, auch angeboten werden

31 Deshalb fordern wir Jusos eine deutliche Erhöhung der Integrationsangebote für
32 Asylbewerber und Asylbewerberinnen, welche über den reinen Spracherwerb hinaus

1 gehen, sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln von Seiten der
2 saarländischen Landesregierung für dringend benötigtes Personal.

3 Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz und eine Anpassung
4 der bestehenden Sozialgesetze. Vor allem ein Ausbau an Integrations- und
5 Bildungsansprüchen.

6 Zusammenfassend fordern wir:

- 7 • eine hundertprozentige Finanzierung durch die Landesregierung von sozialem
8 Wohnraum in Kommunen, sowie eine Ausweitung des Programms auf soziale
9 Wohnraumprojekte. Außerdem fordern wir, dass die Versorgung der Bürger
10 und Bürgerinnen einer Kommune mit Wohnraum zur Pflichtaufgabe der
11 Kommunen im Saarland wird.
- 12 • ein kostenloses Mobilitätsprogramm für Sozial schwächer gestellte, welches
13 einen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für alle ermöglicht.
- 14 • eine deutliche Erhöhung der Integrationsangebote für Asylbewerber und
15 Asylbewerberinnen, welche über den reinen Spracherwerb hinaus gehen,
16 sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln von Seiten der saarländischen
17 Landesregierung für dafür dringend benötigtes Personal.

18

19 **Strukturreform im Saarland - Kommunale Strukturen im Saarland verändern und** 20 **interkommunale Zusammenarbeit verbessern**

21 Vielerorts wird von kommenden notwendigen Strukturreformen im Saarland
22 gesprochen und deren Notwendigkeit ist anhand der aktuellen Haushaltslage des
23 Saarlandes auch nicht von der Hand zu weisen. Doch bei der Frage, ob es notwendig
24 sein wird, Kommunen zusammenzulegen, scheiden sich die Geister. Das Saarland ist
25 mit 52 Kommunen, 5 Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken, im
26 Verhältnis zur Einwohnerzahl groß aufgestellt. Jedoch ist diese breite Streuung
27 subsidiärer Strukturen aufgrund der infrastrukturellen Gegebenheiten des Saarlandes
28 keineswegs zu groß gedacht. In vielen ländlichen Regionen des Saarlandes würde
29 eine Zusammenlegung von Kommunen den Alltag der Menschen erschweren. Auch
30 das Einsparungspotenzial einer solchen Zusammenlegung ist eher gering, da die

1 Rathhäuser als Anlaufstelle vielerorts erhalten bleiben müssten, um den Bürgern und
2 Bürgerinnen den Zugang zu notwendigen kommunalen Strukturen zu ermöglichen.
3 Vielmehr sehen wir Jusos die Aufgabe einer Strukturreform darin, die
4 interkommunale Zusammenarbeit zu fördern. So ist es beispielsweise nicht
5 notwendig, dass jede Kommune ihre Kassen- und Finanzgeschäfte selbst abwickelt,
6 dies könnte genauso zentral gesteuert werden. So wie in diesem Beispiel gibt es in
7 vielen kommunalen Bereichen Möglichkeiten Ressourcen zu bündeln und dadurch
8 Gelder einzusparen. Sollte jedoch eine Strukturreform im Sinne der Zusammenlegung
9 von Kommunen notwendig werden oder als notwendig erachtet werden, darf diese
10 nur unter wirtschaftlich sozial und geografisch sinnvollen Aspekten geschehen.
11 Hierbei darf der Versuch politischer Kräfte Wählerpotenziale zu bündeln, keine Rolle
12 spielen.

13 Zusammenfassend fordern wir

- 14 • eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit der saarländischen
15 Gemeinden und die Zentralisierung von zusammenlegbaren kommunalen
16 Aufgaben.

17

18

19

#4

Antragsteller:

Juso- Landesvorstand

1 **Bildung**

2

3 Analyse:

4

5 Als politischer Jugendverband haben wir Jusos Saar naturgemäß zu fast keinem
6 Thema eine solch dezidierte und aktuelle Beschlusslage wie im Bereich Bildung.

7 Als Grundfeste und unumstößliche Eckpfeiler unserer Vorstellung eines
8 Bildungssystems müssen daher der freie Zugang zu Bildung und die
9 Chancengleichheit genannt werden. Bildung ist der einzig verbliebene Weg zu
10 sozialem Aufstieg, der heute noch jederzeit möglich erscheint. Niemals dürfen wir
11 zulassen, dass irgendwann der Geldbeutel der Eltern oder von Gönnern alleine zum
12 Maßstab dafür wird, wie viel und welche Qualität von Bildung Kinder und junge
13 Erwachsene in unserer Gesellschaft genießen können. Denn Bildung ist nicht nur die
14 Grundlage eines glücklichen, selbstbestimmten Lebens, sondern auch der Ursprung
15 von echter Toleranz und einem friedlichen Miteinander in einer immer komplizierter
16 werdenden Gesellschaft. Dieser freie Zugang zu Bildung darf allerdings nicht an der
17 Schwelle nach dem ersten echten Abschluss enden. Gerade nach der schulischen
18 Laufbahn vergessen wir viel zu oft, dass auch eine Ausbildung oder ein Studium noch
19 in den Bereich der Bildung gehört, da erst dort der erste echte berufsqualifizierende
20 Abschluss erworben wird. Auch hier darf der familiäre oder eigene finanzielle
21 Hintergrund nicht zur Triebfeder der Entscheidung werden. In all diesen Bereichen
22 und auch im Bereich der Bildungsdurchlässigkeit verfügen wir bereits über eine
23 starke Beschlusslage. Genauso sind wir im Bereich der individuellen Förderung und
24 Bewertung der Leistung von Schüler*innen sehr gut aufgestellt. All dies ist und bleibt
25 das Fundament unserer Bildungspolitischen Vorstellungen!

1 Trotzdem hält Bildung durch die ihr eigene Dynamik jedes Jahr wieder neue
2 Herausforderungen bereit und eröffnet fast unbegrenzt gestalterische Möglichkeiten.
3 Im Rahmen der Grundsatzdebatte zu #SYSTEMFRAGEN haben wir daher, auch im
4 Dialog mit Expert*innen, vier unsere Beschlusslage ergänzende Positionen erarbeitet.

5
6 Forderungen:
7 Wir fordern:
8
9 - klare Profile der gebundenen Ganztagschulen stärken

10
11 Der Schritt zu immer mehr gebundenen Ganztagschulen wird von uns ausdrücklich
12 begrüßt und entspricht auch unserer Beschlusslage.

13 Vielen Schulen mangelt es nach dem Umstieg auf den Ganztagsbetrieb allerdings an
14 einem neuen geschärften Profil was mittel- bis langfristig die Akzeptanz der
15 Schulform beschädigen könnte. Wohin will die Schule letztendlich? Wo ist das Ziel
16 der Ganztagschule, ihre Philosophie? Hierzu bedarf es eines geschärften Profils,
17 welches beim Umstieg auf den Ganztagsbetrieb überdacht oder neu erdacht werden
18 muss. Hierzu gilt es aus unserer Sicht 4 Dimensionen zu beachten: Erstens die
19 verstärkte Kooperation der Schulen mit nicht-schulischen Akteuren, sowie die
20 Beteiligung der Lehrkräfte am Angebot außerhalb des Unterrichts. Zweitens wird eine
21 Angebotsvielfalt benötigt, die es den Schüler*innen ermöglicht freizeitbezogene
22 Angebote wie Sport mit bildungsergänzenden Angeboten wie
23 Hausaufgabenbetreuung oder Förderunterricht, sowie soziale
24 Verantwortungsübernahme zu kombinieren. Drittens wird eine flexible Zeitstruktur
25 gebraucht, um aus dem starren 45-Minuten-Korsett auszubrechen. Und Viertens eine
26 bessere Bewertung der Förderbedürftigkeit der Schüler*innen weg von Lehre als
27 Massenprodukt hin zur individuellen Förderung als Maßanfertigung. Hierzu muss
28 gestützt durch das Ministerium für Bildung und Kultur ein Umdenken in den Schulen
29 stattfinden.

30 Die Erfahrung im Bildungsbereich zeigt, dass Schulen mit einem klar definierten Profil
31 und einer gelebten Schulkultur erfolgreicher darin sind, Schüler*innen zu
32 erfolgreichen Bildungsabschlüssen zu befähigen. Das Ministerium für Bildung und
33 Kultur muss für diesen Übergang unterstützend wirken und im weiteren Verlauf
34 geeignete Instrumente zur Qualitätssicherung der Schulen unter Einbeziehung aller

1 Beteiligten Gruppen (Schüler*innen, Lehrkörper, Eltern, nicht-schulische Partner) zu
2 etablieren, um langfristigen Erfolg der Maßnahmen zu gewährleisten.

3 Ferner ist in allen Schulformen eine Entschlackung des Unterrichts geboten, um
4 immer wieder auch Platz für neue Inhalte zu schaffen. Mit dem gewonnenen
5 zeitlichen Rahmen soll ein Fach „Lebensgestaltung“ eingerichtet werden, welches
6 Schüler*innen auch Grundzüge eines eigenverantwortlichen Lebens vermitteln soll
7 als Ergänzung zum elterlichen Erziehungsauftrag oder Ersatz, wenn das familiäre
8 Umfeld dazu nicht in der Lage ist. Dies darf allerdings in der Summe nicht dazu führen
9 Schule zu überfordern oder zu überfrachten und darin resultieren, dass der
10 wichtigste Auftrag, nämlich die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen in
11 den Hintergrund gerät. Gerade in Zeiten, in denen von den Schüler*innen immer
12 schnellere Abschlüsse gefordert werden und ihnen abseits des Schulalltags immer
13 weniger Zeit bleibt sich selbst, ihre Interessen, Neigungen und Talente zu erforschen
14 und zu entwickeln, besteht die große Gefahr, dass wir durch den hohen
15 Leistungsdruck sozial „unfertige“ Menschen hervorbringen, die nach ihrer
16 schulischen Laufbahn mit von ihnen nicht mehr zu überblickenden
17 Zukunftsentscheidungen wie Berufs- oder Studienwahl konfrontiert werden.

18

19 - Religionsunterricht an staatlichen Schulen reformieren - Grundlage für ein
20 Miteinander der Weltanschauungen schaffen

21

22 Ferner scheint es uns in Zeiten, in denen Menschen wieder allein aufgrund ihrer
23 religiösen oder weltanschaulichen Ausrichtung massiv gegeneinander aufgewiegelt
24 werden mehr als geboten endlich für mehr Toleranz zu sorgen. Dies geht nach
25 unserer Auffassung am besten durch Wissen über Weltanschauungen abseits der
26 eigenen, denn nur aus Wissen kann Verständnis und damit Toleranz resultieren.
27 Hierzu bedarf es eines gemeinsamen Umdenkens im Bereich des Religionsunterrichts.
28 Bisher findet auf Grundlage der Verträge über den Religionsunterricht an
29 saarländischen Schulen pro Woche 2 Stunden konfessioneller Religionsunterricht
30 statt. Dies wollen wir ändern. Wir möchten den konfessionell gebundenen Unterricht
31 auf 1 Wochenstunde Unterricht durch an europäischen, vorzugsweise deutschen,
32 Universitäten ausgebildete Lehrer begrenzen und die frei gewordene Stunde für ein
33 Fach nutzen, in dessen Rahmen im gesamten Klassenverband gemeinsam jegliche
34 Weltanschauungen gelehrt werden. Dies soll durch Ethiklehrer*innen erfolgen, die im

1 Einzelfall durch externe Experten unterstützt werden. Dieser Kompromiss ist bewusst
2 gewählt und stellt sicher, dass Schüler*innen endlich umfassend über andere
3 Weltanschauungen informiert werden, selbst wenn sie an einem konfessionellen
4 Religionsunterricht teilnehmen und entlässt gerade diesen nicht aus der staatlichen
5 Kontrolle, indem er ihn nicht wieder zurück in Kirchenschulen oder Hinterhöfen
6 drängt, wo die Gefahr einer Fundamentalisierung und Radikalisierung bestünde. Im
7 Gegensatz dazu fördert unser Modell den interreligiösen Dialog und damit auch das
8 Wissen um Bräuche und Gemeinsamkeiten und schafft somit auch mehr Toleranz.

9

10 - mittlere Abschlüsse stärken

11

12 In den letzten Jahren ist es nach unserer Erfahrung zu einer immer stärkeren
13 Entwertung der mittleren Schulabschlüsse gekommen. Immer mehr Unternehmen
14 und Betriebe fordern aufgrund der hohen Zahl an verfügbaren Abiturienten im
15 Bewerbungsverfahren klassischer Ausbildungsberufe die allgemeine Hochschulreife
16 von ihren Bewerber*innen, obwohl dies gar keine formale Voraussetzung für die
17 Aufnahme der Ausbildung darstellt. Hier wird eine künstliche Barriere für
18 Bewerber*innen mit mittlerem Bildungsabschluss geschaffen und sie werden so von
19 einer Vielzahl attraktiver Berufs- und Ausbildungsfelder ausgeschlossen. Hier muss
20 dringend entgegengesteuert werden. Ganz einfach könnte man an dieser Stelle die
21 demografische Entwicklung der Bundesrepublik und den schon jetzt daraus
22 entstehenden Fachkräftemangel ins Feld führen, wonach es sich Unternehmen gar
23 nicht leisten könnten sollten, solch künstliche Hürden zu schaffen. Aber noch viel
24 mehr widerspricht es unserem Menschenbild als Jungsozialisten nicht den richtigen
25 Menschen für eine freie (Ausbildungs-)Stelle zu suchen, also jemanden der aufgrund
26 seiner Fähigkeiten, Neigungen und Talente geeignet ist, sondern streng nach einem
27 Zeugnis zu suchen und die menschliche Komponente von vornherein auszuklammern.
28 Hier muss in Zusammenarbeit des Ministeriums für Bildung und Kultur sowie des
29 MWAEVs ein Umdenken in den saarländischen Betrieben angestoßen werden. Auch
30 eine Ausbildungsplatzumlage ist weiter notwendig.

31

32 - unbürokratische Anerkennung von Studien-, Ausbildungs- und sonstiger Abschlüsse,
33 sowie nicht zertifizierter Kenntnisse aus Drittstaaten

34

1 Genauso treten wir weiterhin dafür ein, dass für gut ausgebildete Menschen aus
2 Drittstaaten oder Europäer*innen, die in diesen ausgebildet wurden, keine unnötigen
3 bürokratischen Hürden errichtet werden, die sie an der Fortsetzung ihres Studiums in
4 Deutschland hindern. Durch die Umstellung auf das Bologna-System sollte einst die
5 Bildungsdurchlässigkeit im europäischen Binnenraum erhöht werden. Man wollte
6 die Studierenden auch mobiler in ihrer Studienplanung machen, ihnen ermöglichen
7 Bachelor und Master durch normierte Systeme an verschiedenen Universitäten oder
8 gar in verschiedenen Mitgliedsstaaten absolvieren zu können. Dieses System
9 funktioniert aufgrund von bürokratischen Hürden und auch der Arroganz im
10 Hochschulbereich bis heute nicht ausreichend gut. Viel zu oft werden Studierenden
11 durch Nuancenunterschiede im Abschluss Studienplätze im Masterbereich verwehrt
12 oder sie werden müde gemacht eine Bewerbung gar nicht erst weiter zu verfolgen.
13 Allerdings kann und darf ein funktionierendes System innerhalb der EU nur ein erster
14 Schritt sein. Gerade in Zeiten großer Flüchtlingsaufkommen und einer generell immer
15 enger zusammenwachsenden Welt muss auch ein Weg für Akademiker*innen aus
16 Drittstaaten geschaffen werden, innerhalb der EU unkompliziert weiterstudieren
17 oder eines angemessene Stelle im studierten Berufsfeld annehmen zu können. Hierzu
18 muss dringend ein System der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen
19 verankert werden, um Menschen aus Drittstaaten eine Perspektive zu geben. Daher
20 fordern wir konkret die Implementierung eines solchen Systems zentral durch die EU
21 in Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen der EU und Drittstaaten.
22 Desweiteren fordern wir die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für strittige Fälle als
23 Anlaufstelle.

24 Viele Länder besitzen kein so ausdifferenziertes und standardisiertes
25 Ausbildungssystem, wie Deutschland. Durch das Ablegen von Arbeitsproben,
26 erleichterten Zugang zu Abschlussprüfungen oder durch Einführung von
27 Kenntnisprüfungen, soll es den Menschen ermöglicht werden ihre Qualifikationen
28 erneut oder erstmalig unter Beweis zu stellen und problemlos die dafür zustehenden
29 Zertifikate zu erhalten.

30

#5

Antragsteller:
Juso-Landesvorstand

1 **Grundsatzprogramm**

2

3 Die Anträge #1, #2, #3 und #4 bilden die Grundlage für das Grundsatzprogramm der
4 Jusos Saar. Die Landeskonzferenz beauftragt den Landesvorstand auf Grundlage dieser
5 Anträge eine Druckversion für ein Grundsatzprogramm vorzulegen. Dieses
6 Grundsatzprogramm wird durch den Landesausschuss diskutiert und beschlossen.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

1

Ini

Antragsteller:
Juso-Landesvorstand

2 **TTIP**

3 Zum jetzigen Zeitpunkt der Verhandlungen über das geplante Transatlantische
4 Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ist TTIP abzulehnen. Der
5 Prozess ist intransparent und die bisher bekannten Inhalte und Zielsetzungen dienen
6 ausschließlich der rechtlichen Durchsetzung von Konzerninteressen und damit einer
7 weitestgehenden Ökonomisierung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse. Sollten
8 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen weitergeführt werden, sind für
9 uns folgende Punkte unverzichtbar:

10

11 - Die Verhandlungen müssen offen gelegt werden, damit eine breite Diskussion
12 in der Gesellschaft möglich ist und anschließend die einzelnen nationalen und
13 europäischen demokratischen Gremien darüber abstimmen können.

14

15 - Eine Absenkung von Standards sozialer, ökologischer, gesundheitlicher,
16 kultureller und politischer Art darf nicht statt finden.

17

18 - Dort wo es internationale Standards – vor allem ILO-Standards - gibt, dürfen
19 diese nicht unterschritten werden.

20

21

22 - -Investitionsschutzklauseln jeglicher Art, insbesondere private Schiedsgerichte,
23 dürfen kein Bestandteil des Vertrages werden

24 - Neue Vertragsbestandteile dürfen nicht durch eine laufende Abstimmung
25 politischer Entscheidungen mit Unternehmen Gültigkeit erlangen – ohne neue
26 Ratifikation durch gewählte nationale demokratische Parlamente.

27

1 - Freihandelsabkommen dürfen grundsätzlich die Entwicklung regionaler Märkte
2 insbesondere in Entwicklungsländern nicht negativ beeinflussen.

3

4

5 Alle Abgeordnete der SPD auf allen Ebenen fordern wir auf, nicht hinter die „roten
6 Linien“ aus dem Beschluss des Parteikonventes vom 20.09.14 zurück zu fallen.

7 Daher sind für uns nur folgende Verhandlungsgegenstände unter
8 rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Aspekten bei einem
9 Freihandelsabkommen möglich:

10 1. Wegfall von Zöllen

11 2. Gegenseitige Anerkennung von Industrienormen, wo möglich deren Angleichung.
12 Schaffung einer von den beteiligten Staaten gemeinsam getragenen Institution, in der
13 künftige Industrienormen frühzeitig auf Angleichungsmöglichkeiten zwischen ANSI-
14 Normen und Europäische Normen untersucht werden. Wo möglich neue Normen
15 gemeinsam daraus entwickeln mit dem Ziel einer ISO Normierung.

16 3. Verpflichtung zur Schaffung eines internationalen Rechtsprechungssystems für
17 internationale Handelsangelegenheiten in Kooperation mit den Vereinten Nationen
18 und der WTO analog zum Internationalen Gerichtshof (IGH), zum Internationalen
19 Strafgerichtshof (IStGH) und zum Internationalen Seegerichtshof (ISGH). Das schließt
20 hauptberufliche Richter und ein geordnetes Berufungsverfahren mit ein. Der
21 Rechtsweg über dieses System würde für die beteiligten Staaten und alle
22 Handelsakteure aus den beteiligten Staaten offenstehen, sofern der nationale
23 Rechtsweg keine ausreichende Abhilfe bietet, analog zum
24 Komplementaritätsgrundsatz des IStGH. Die Aufgabe dieses Gerichtssystems wäre die
25 Auslegung von Handelsabkommen zwischen den betreffenden Staaten, oder den
26 Staaten in denen die Streitparteien ansässig sind, sowie deren verbindliche
27 Durchsetzung.

28

29 Auch künftige Regulierungsfragen müssen außerdem in erster Linie der
30 demokratischen Kontrolle unterliegen, eine gemeinsame Regulierung könnte daher
31 nur über ein direkter demokratisch legitimiertes Gremium erfolgen als es der
32 diskutierte Regulierungsrat darstellen würde. Daher ist eine weitgehende
33 Angleichung von Standards oder eine gemeinsame Regulierung zurzeit noch nicht
34 möglich.“

1

2 Vor einer endgültigen Entscheidung über TTIP fordern wir eine Mitgliederbefragung,
3 der ein Willensbildungsprozess in der Partei vorausgehen muss.

4

5 Begründung erfolgt mündlich

6

7

8

Iniz

Antragsteller:

Saarbrücken Stadt

1 **Kein Rückfall in Vorurteile und Fremdenhass – Parteiausschlussverfahren für**

2 **Behauptung des Asyl- und Sozialmissbrauchs**

3 Forderung:

4 Die Jusos Saar fordern ein Parteiausschlussverfahren für SPD-Politikerinnen bzw. -
5 politiker, die im Zuge der Debatte um das Leid und die Flucht vieler Menschen von
6 „Asylmissbrauch“ oder „Sozialmissbrauch“ sprechen.

7

8 Begründung:

9 Solche Vorurteile und falschen Behauptungen gegenüber Menschen, die aus ihrer
10 Not heraus Zuflucht in anderen Ländern suchen, sind für SPD-Politikerinnen und –
11 politiker nicht hinnehmbar. Im Zuge der Asyldebatte unterliegen Asylsuchende aus
12 dem Balkangebiet Diskriminierung, Verfolgung und humanitär untragbaren
13 Zuständen. Leid und Not lassen sich nicht gegeneinander auspielen oder
14 aufrechnen. Das ist mit den Grundwerten der SPD nicht vereinbar.

15

16

Iniz

Antragsteller:

St. Wendel

- 1 Das Betreuungsgeld wurde vom Verfassungsgericht gekippt.
- 2
- 3 Wir Jusos fordern die Bundesregierung dazu auf, die frei werdenden Mittel in den
- 4 Ausbau der Kindertagesstätten fließen zu lassen.
- 5 Begründung: Erfolgt mündlich.
- 6
- 7

Ini4

Antragsteller:

Saarbrücken-Stadt

1 **Refugees welcome!**

2 An diesem Wochenende konnten c.a. 10.000 Flüchtlinge, die in Ungarn fest gesessen
3 hatten, endlich nach Österreich und Deutschland weiterreisen. Das Saarland hat sich
4 bereit erklärt, 100 davon aufzunehmen. Die Jusos Saar heißen diese Flüchtlinge, die
5 heute in Lebach ankommen, herzlich willkommen. Nach den Strapazen ihrer Reise
6 und den Schikanen, denen sie auf der Balkanroute und besonders in Ungarn
7 ausgesetzt waren, hoffen wir, dass sie bei uns im Saarland den Schutz und die Ruhe
8 finden, die sie jetzt brauchen.

9 Unsere Pflicht ist aber nicht damit getan, die zu schützen, die es bis zu uns schaffen.
10 Es müssen unverzüglich Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge
11 bei ihrer Ankunft in und ihrer Reise durch Europa ergriffen werden.

12 Leider müssen die Vereinten Nationen ihre Hilfe in den Flüchtlingslagern im nahen
13 Osten aus Geldmangel immer stärker reduzieren, so werden z.B. die Essenrationen
14 radikal zusammengestrichen. Die dort fehlenden Millionen müssten doch irgendwie
15 finanzierbar sein. Daher rufen wir alle Regierungen Europas eindringlich und
16 nachdrücklich dazu auf, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)
17 und dem Welternährungsprogramm (WFP) schnell die benötigten Geldmittel zur
18 Verfügung zu stellen, um die Versorgung der Flüchtlinge sicher zu stellen. Wenn die
19 Menschen vor Ort menschenwürdig versorgt werden und eine Perspektive erhalten,
20 müssten nicht so viele ihr Leben an den Grenzen der Festung Europa riskieren.

21